



# BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Am KPV-Podium in München - v. l.: Alois Rainer, Josef Mederer, Gunnar Braun, Stefan Röbke, Werner Bumedel und Christiane Juckenack. Bild: DK

**KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss in München:**

## Dynamik der Energiewende

Ein Gespräch mit dem Geschäftsführer des Verbandes Kommunaler Unternehmen (VKU), Landesverband Bayern, Gunnar Braun, sowie die Vorstellung einer aktuellen Emnid-Studie durch Werner Bumedel, Abteilungsleiter Politik und Parteilarbeit (CSU-Landesleitung) bestimmten die jüngste Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München.

Unter dem Vorsitz von KPV-Landesvorsitzendem Landrat Stefan Röbke wies Geschäftsführer Gunnar Braun zunächst darauf hin, dass zu den Mitgliedern des VKU Stadt- und Gemeindegewerke als klassische Querverbundunternehmen genauso zählen wie Ein- oder Zweiparteiunternehmen in allen Größenklassen. Auch sei das gesamte Spektrum möglicher Rechtsformen abgebildet, sowohl der Eigenbetrieb, als auch der Zweck-

verband, die GmbH oder die AG. Aufgabe der Landesgruppe sei es, so Braun, die gemeinsamen Anliegen dieser Mitgliedsunternehmen gegenüber Politik, Wirtschaft und Verwaltung auf Landesebene zu vertreten. Deshalb halte die Landesgruppe engen Kontakt zur Landesregierung sowie zu den relevanten Ministerien und Behörden ebenso wie zu den Landtagsabgeordneten. Welche große wirtschaftliche

Anzahl der Akteure statt. Laut dem Institut für Weltwirtschaft könnte die gleiche weltweite Ölproduktion mit nur der Hälfte der CO<sub>2</sub>-Emissionen erfolgen, wenn alle Volkswirtschaften die gleiche Energieintensität hätten wie Deutschland, d. h. „wenn sie genauso effizient fossile Energie einsetzen würden wie dies hierzulande der Fall ist“.

### Risikostreuung

„Energiewende ist Risikostreuung“, betonte Braun. Als aktuelle Chancen und Herausforderungen bayerischer Stadt- und Gemeindegewerke nannte er die Chance der Geschäftsfelderweiterung in der Erzeugung (insbesondere Wind) und den Umgang mit der Regionalplanung, unteren Genehmigungsbehörden, etc. im (gemeinsamen) Lernprozess. Zu bewältigen seien hohe Beiträge fluktu-

ierender Erzeugung aus Photovoltaik in Netzen, zudem bestehe die Notwendigkeit zu (ressourcenintensiven) Kooperationen mit anderen Stadtwerken (Netze und Regulierung; Risikostreuung Erzeugung), Kommunen und Landkreisen (Planung) sowie Bürgern (Entscheidungsfindung und Finanzierung). Darüber hinaus gelte es, den Umgang mit der Bayerischen Gemeindeordnung zu klären und sich mit der Umsetzung von Energieeffizienz auseinanderzusetzen. Zum Teil seien erste Folgen des demografischen Wandels in der technischen Infrastruktur zu bewältigen.

### Kompetenz der Stadtwerke

Als Beispiele für aktuelle Chancen und Herausforderungen nannte Braun die Energieallianz Bayern, (Bürger-) Beteiligungsangebote von Stadtwerken, eigene Kraftwerksprojekte sowie die Bewältigung von regenerativem Strom in den Netzen (flächendeckender Ausbau der Netze, rechtliche Klärung zur Hochspeisung 20 kV zu 110 kV, administrative Abwicklung). Auch die Verlagerung des Kapitaleinsatzes des Kunden zähle dazu. Braun: „Ingenieur, Architekt, Bauplaner und Bauträger etc. werden wesentliche Energiedienstleister. Sie bringen in wachsendem Maß die entsprechende Kompetenz mit. Stadtwerke können hier vorhandenes Know-how nutzen. Sie können aber auch Investor sein, um am veränderten ‚Kuchen‘ weiter teilhaben zu können.“

### Wärmemarkt

Dass sich die Geschäftsmodelle im Wärmemarkt gewandelt haben, steht für den VKU- (Fortsetzung auf Seite 4)



Ministerpräsident Horst Seehofer (links) mit Landrat Gebhard Kaiser (Mitte) und Landkreistagspräsident Dr. Jakob Kreidl. □

**Bayerischer Landkreistag:**

## Erfolg auf der ganzen Linie

Jahresversammlung in Sonthofen

Über 300 Teilnehmer aus ganz Bayern befassten sich im Rahmen der Jahresversammlung des Bayerischen Landkreistags in Sonthofen (Oberallgäu) mit den „Zukunftschancen für die Landkreise“. Auf der Agenda standen Fragen zur Bildungspolitik, zum Ärztemangel im ländlichen Raum und zum Breitbandausbau.

Ein rundum positives Fazit zog der Präsident des Landkreistags und Miesbacher Landrat, Jakob Kreidl: Er sprach von einem „Erfolg auf der ganzen Linie“. Die Landräte hätten viele ungelöste Themen angesprochen und von den Vertretern der Bayerischen Staatsregierung in mehreren Punkten eindeutige Zusagen bekommen.

In seiner Begrüßungsrede richtete der Oberallgäuer Landrat

Gebhard Kaiser als Gastgeber sein Augenmerk unter anderem auf den Abbau der Bürokratie, „wo wir auch nach 40 Jahren nicht sonderlich weit gekommen sind“. Er selbst könnte sich einen Personalabbau in der Verwaltung (Fortsetzung auf Seite 4)



Jedes Jahr zu Pfingsten, bevor die Sudetendeutschen zu ihren Heimattreffen fahren, muss der Bürgermeister an deren große Entbehrungen denken. Auch waren die Vertriebenen seiner Auffassung nach eine der großen Stützen des Wirtschaftswunders nach dem Krieg, was dem Rathauschef enormen Respekt abnötigt. Seite 15

**Vormerken!**  
28. Juni 2012

**Power für Bayerns Kommunen:**  
**GZ lädt zum Energie-Forum**

„Knowledge is power“, sagte Sir Francis Bacon. Wissen ist Energie. Seit mehr als 60 Jahren vertrauen die kommunalen Entscheider in Bayern auf die Informationen unserer kommunalpolitischen Fachzeitung. Am 28. Juni ist es wieder soweit: Die Bayerische GemeindeZeitung lädt zum großen Info-Tag für Kommunen. Im Garchinger Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Mehr Infos unter [www.gemeindezeitung.de](http://www.gemeindezeitung.de).

**Pressekonferenz des Bayerischen Städtetags:**

## FAG und BayKiBiG

Mit „den nicht gerade fanclubfähigen Themen kommunaler Finanzausgleich und Novellierung des BayKiBiG“, so der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, beschäftigt sich der kommunale Spitzenverband bei seiner Pressekonferenz in München.

Aus aktuellem Anlass jedoch informierte Maly zunächst über ein vorangegangenes Gespräch mit Bayerns Finanzminister Dr. Markus Söder, bei dem es erneut um den Erwerb von Wohnungen der Landesbank-Tochter GBW ging. Die staatliche BayernLB muss sich nach dem Willen der EU von ihren Wohnungen trennen. Bayerns Städte fordern für ein Bieterverfahren im Verkauf von rund 33.000 GBW-Wohnungen mit rund 85.000 Bewohnern die hohe soziale Standards als Bedingung für mögliche Kaufinteressenten.

### Sozialverträglichkeit

„Es ist immer noch nicht klar, ob die EU von sich aus „die Exklusivität eines Verkaufsprozesses zwischen der BayernLB und einem kommunalen Konsortium akzeptieren würde“, machte der Städtetagschef deutlich. Mieter-

schutz müsse aber in jedem Fall vor Gewinnstreben gehen. Dazu gehörten auch sozialverträgliche Regelungen für Mietersteigerungen.

### Bieterverfahren

Nach Malys Darstellung soll bis Ende Juni feststehen, ob die EU-Kommission ein Bieterverfahren verlangt. Erst danach könnten die Städte entscheiden, ob sie sich daran beteiligen. Die Kommunen seien weiterhin im Gespräch mit der Staatsregierung. Maly sprach von 103 betroffenen Städten. Nicht alle wollten aber möglicherweise in einem Konsortium mitbieten.

Im Einzelnen fordert der Bayerische Städtetag seit zwei Jahren den lebenslangen Ausschluss von Eigenbedarfs- und Verwertungskündigungen für Mieterinnen und Mieter über 60 Jahre, für alle übrigen Mieterin-

nen und Mieter auf die Dauer von 15 Jahren, ein mit Vertragsstrafen bewehrtes Umwandlungsverbot für die Dauer von 15 Jahren, den Ausschluss von Luxusmodernisierungen sowie eine Beschränkung der gesetzlichen Spielräume für Mieterhöhungen.

### Gerechtigkeitslücken

Stichwort kommunaler Finanzausgleich: „Nur mit ruhigem Blut und klarem Blick“ könne der FAG fortentwickelt werden, betonte Maly. Der Grundgedanke (Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

## Sie lesen in dieser Ausgabe

Volkshochschulen: Ruf nach solider finanzieller Basis	Seite 2
Untersuchungsausschuss: Aufklärung der Nazimorde	2
<b>GZ-Kolumne Alois Rainer: Kommunen und die Energiewende</b>	<b>3</b>
Infrastruktur: Kommunen als Kommunikationsplattform	3
Netzausbau: Beteiligungsrechte der Kommunen	3
<b>GZ-Fachthemen: Kommunale Finanzthemen</b>	<b>5-7</b>
<b>Kommunale Energiethemen</b>	<b>8-12</b>
<b>Dienstleistungen für Kommunen</b>	<b>13</b>
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Landestagung der bayerischen Volkshochschulen:

## Ruf nach solider finanzieller Basis

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern steht Bayern bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Erwachsenenbildung mit etwa zwei Euro pro Person und Jahr auf dem vorletzten Platz. „Es ist unabdingbar, die in den letzten Jahren stagnierenden Staatsmittel anzuheben“, forderte bei der Jahrestagung der Mitgliedseinrichtungen des Bayerischen Volkshochschulverbandes (bvv) in Schweinfurt der 1. Vorsitzende, Karl Heinz Eisfeld.

Eisfeld machte deutlich, dass die Mittel dringend benötigt würden, um den notwendigen Ausbau der lernbegleitenden Bildungsberatung zu finanzieren, die Kursleiterinnen und Kursleiter entsprechend ihrer Ausbildung zu honorieren und die Schließung kleinerer Volkshochschulen zu verhindern. Bildung müsse allen Bürgern zugänglich sein, denn Lernen mache Spaß und führe zu mehr Teilhabe in der Gesellschaft.

### Kompetente Partner

Die Volkshochschule müsse sich vor Ort als kommunales Weiterbildungszentrum breit aufstellen, um als kompetenter Partner wahrgenommen zu werden. Um diesen Bildungsauftrag auch in Zukunft erfüllen zu können, forderten die Volkshochschulen als die staatlich anerkannten Bildungsträger von der Staatsregierung eine solide Basis für das Lebenslange Lernen - zum Beispiel durch eine mit allen Fraktionen des Landtags gemeinsam erarbeitete Gesetzesgrundlage zur Verankerung und Unterstützung der Erwachsenenbildung.

### Vom Lernatlas zur Bildungsregion

Wie Alt-Oberbürgermeister Josef Deimer, Präsident des bvv, hervorhob, „wird zunehmend erkannt, dass ein Gesellenbrief, für sich allein gestellt, zum ‚Auslaufmodell‘ geworden ist.“ Erfreulich sei aber das große Verständnis für eine konsequente Fortentwicklung vom Lernatlas zur Bildungsregion. Dass es nicht reicht, wenn die Staatsregierung diese „Bildungsregion“ zwar öffentlich reklamiert, aber ein weiteres Mal versäumt, gerade die Erwachsenenbildung zu

erwähnen, könne und dürfe nicht verschwiegen werden.

Deimer zufolge sind Schule und Hochschule zu entlasten. Von der Last der Verantwortung, alles Wichtige für ein langes Leben schon im ersten Viertel des Lebens wissen zu müssen, sollten der Schulen und Hochschulen befreit werden. An ihrer Stelle habe die Politik dafür etwas mehr Verantwortung zu übernehmen. Sie müsse dafür sorgen, dass alle ein Leben lang lernen können und dies auch dürfen. Diese Umverteilung von Bildung und Entwicklung weg von der Kopflastigkeit und verteilt auf das ganze Leben, bedürfe einer bildungs- und finanzpolitischen Steuerung.

### Beschleunigung

Allzu lange ignoriert habe man sowohl die Beschleunigung aller Elemente des Lebens, die sog. Halbwertszeit des Wissens, als auch die fortschreitende demografische Entwicklung mit einer längst absehbaren, nicht abwendbaren Umkehrung der Alterspyramide, bemerkte Deimer. Beides im Zusammenhang werde heute noch nicht als reale Bedrohung realisiert, müsse daher aber übertrieben dargestellt werden, „damit unsere Welt ein Stück ‚verrückt‘ wird“. Lebenslanges Lernen werde zur Überlebensstrategie. „Überleben durch Lernen“ laute das Motto.

Wie Deimer weiter ausführte, müssten die Bildungseinrichtungen in die Lage versetzt werden, dass die Menschen entsprechend ihrem Bedarf punktgenau Kurse und Veranstaltungen buchen können. Jedoch löse auch hier wieder die kombinierte Wahrnehmung zweier Phänomene ein explosionsartiges Gemisch aus: Zum einen nehme die Individua-

lisierung der Bedarfe und Bedürfnisse auch in der Bildung und Ausbildung exponentiell zu. Zum anderen erschwere die Unübersichtlichkeit der Angebote für den Bürger zunehmend die Auswahlentscheidung, welche Weiterbildung gebucht wird.

### Kundenzufriedenheit

Deimer: „Beide Phänomene erfordern Beratung, Beratung und nochmals Beratung. Damit wird mehr Kundenzufriedenheit erreicht, mehr Freude am Lernen erzeugt, mehr Wirtschaftlichkeit gesichert und schließlich mehr Glück, Erfolg und Teilhabe möglich. Beratung muss der Normalfall werden. ‚Blindflug‘ die Ausnahme.“

Stellvertretend für Bayerns Kultusminister Ludwig Spaenle bestärkte Ministerialdirektor Peter Müller die Volkshochschulen, ihre Angebote in den wichtigen Kernbereichen ‚Persönliche Lebensgestaltung‘ und ‚Berufliche Bildung‘ weiter auszubauen. „Volkshochschulen sind traditionelle als auch moderne Einrichtungen, die das ABC des Lebenslangens Lernens professionell abdecken und sich in der Region mit anderen Partnern beispielhaft vernetzen. Jüngstes Beispiel ist das Bildungsportal Bayern, das zu 50 Prozent vom Staatsministerium für Unterricht und Kultus finanziell unterstützt wird“, machte Müller deutlich.

Jörg Dräger, Mitglied im Vorstand der Bertelsmann-Stiftung, stellte den viel beachteten „Deutschen Lernatlas“ vor und wies darauf hin, dass Lernen mehr als Schule ist. „Im Lernatlas sind die Volkshochschulen in den Kategorien persönliches, berufliches und soziales Lernen gut aufgestellt und als Vorreiter nicht mehr wegzudenken. Sie füllen ihre Rolle beim Lebenslangen Lernen mit einem breitgefächerten Angebot vorbildlich aus“, verdeutlichte Dräger anhand zahlreicher Grafiken.

### Lerninfrastruktur

Der Lernatlas misst den Stellenwert des beruflichen, persönlichen und sozialen Lernens in 412 deutschen Kreisen und kreisfreien Städten und bietet eine geeignete Grundlage, um die regionale Lerninfrastruktur differenziert zu verbessern. Die Anzahl der vhs-Kurse floss als wesentliche Maßzahl in die Ergebnisse der Studie ein. **DK**

Mühldorfs Landrat Georg Huber:

## Standpunkte und Strategien

Informationssitzung der Koalitionsarbeitsgruppe „Ländliche Räume, regionale Vielfalt“ in Berlin - Fünf-Punkte-Katalog vorgestellt

„Nur wenn die Verkehrsinfrastruktur und die Mobilität, die Sozial- und Gesundheitsinfrastruktur wirklich und nachhaltig einer nutzbaren und pragmatischen Lösung zugeführt werden, werden wir die bereits stark einsetzende Urbanisierung mit allen Problemen der demografischen Entwicklung in den ländlichen Räumen einigermaßen in den Griff bekommen“, urteilte Mühldorfs Landrat Georg Huber bei einer Informationssitzung der Koalitionsarbeitsgruppe „Ländliche Räume, regionale Vielfalt“ in Berlin.

In seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen des Bayerischen Landkreistages sowie Mitglied des Bundesausschusses referierte Huber zum Thema „Probleme und Herausforderungen der Infrastrukturentwicklung in den ländlichen Räumen aus kommunaler Perspektive“. In diesem Zusammenhang formulierte er einen Fünf-Punkte-Katalog mit konkreten Forderungen von Vertretern aus Wirtschaft und Kommunen an den Bund.

Mit Blick auf Erhalt und Ausbau kommunaler Straßen plädierte Huber dafür, die Gelder in Höhe von derzeit 1,34 Milliarden Euro pro Jahr „auf keinen Fall zu kürzen“, ganz im Gegenteil: eine Aufstockung auf die von den Länderverkehrsministern errechnete Summe von 1,96 Milliarden Euro sei zwingend notwendig. Daneben forderte er einen Inflationsausgleich, der den von Jahr zu Jahr steigenden Preisen für Bauleistungen Rechnung trägt.

### Netzmodernisierung

Beim Schienenverkehr müsse der Bund gemeinsam mit den Ländern über 2013 hinaus zudem die nötigen Finanzmittel zur Sicherung und Verbesserung der Verkehrsverhältnisse bereitstellen. Auch sei zu prüfen, wie weit die von der Deutschen Bahn AG vorgegebenen hohen technischen Standards an nicht bundeseigene Eisenbahnen den Bedürfnissen regionaler Strecken angepasst werden können. Der ländliche Raum benötige eine Strategie zur Modernisierung des Netzes, um einen integralen Taktfahrplan mit attraktiven Reisezeiten realisieren zu können. Aus diesem Grund sollte die Angebotsplanung für

den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) eng mit der Infrastrukturplanung verzahnt und beim selben Aufgabenträger angesiedelt werden.

### Digitale Dividende II

Darüber hinaus fordern die Kommunen den Bund auf, schnellstmöglich die geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen für einen zügigen Breitbandausbau mit mindestens 50 MBits/s zu schaffen. Konkret geht es um die stringente Anwendung der Regelungen aus der Novelle zum Telekommunikationsgesetz, die frühzeitige Schaffung der Voraussetzungen für die Bereitstellung weiterer Funkfrequenzen (Stichwort „Digitale Dividende II“) und die Vorlage von Leitlinien zur Berücksichtigung von Breitbandinvestitionen im Rahmen der Energieregulierung durch die Bundesnetzagentur.

Daneben ist es Huber zufolge aus Sicht des Deutschen und des Bayerischen Landkreistages unverzichtbar, dass Bund und Länder ihre finanzielle Förderung fortführen bzw. verstärken: „Das GAK-Programm hat sich bewährt, die Förderrichtlinien müssen angepasst werden, so dass auch eine Förderung des NGA-Ausbaus (Next Generation Access) möglich wird.“ Darüber hinaus sollte ein eigenständiges, gezielt auf den NGA-Ausbau ausgerichtetes Förderprogramm auf Bundesebene aufgelegt werden.

### Koordinierung

Huber: „Nur wenn sowohl die rechtlichen Rahmenbedingungen wie auch die bundesweite Förderung stimmen, kann der gesteckte zeitliche Rahmen des Breitbandausbaus erreicht werden. Und nur dann können die Landkreise den Breitbandausbau zusammen mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden nachhaltig koordinieren.“

Was die medizinische Versorgung angeht, muss der Gesetzgeber nach den Worten des Landrats die Kassenärztlichen Vereinigungen dazu zwingen, frühzeitig mit der kommunalen Ebene, insbesondere mit den Landkreisen, ins Gespräch zu kommen. Dies müsse geschehen, „wenn absehbar ist, dass in einigen Jahren eine Unterversorgung mit bestimmten ärztlichen Leistungen eintreten könnte“. Auf diese Weise würde sichergestellt, dass frühzeitig auch kommunale Möglichkeiten genutzt werden, um gemeinsam eine Struktur zu kreieren, die die Ansiedlung in der Region attraktiver gestalten kann. Dies könne die gemeinsame Schaffung eines funktionierenden Netzwerks zwischen verschiedenen medizinischen Berufsgruppen und Institutionen sein, auch die Einbindung des ÖGD oder eines Krankenhauses in die ambulante Versorgungsrealität sei denkbar.

Die Landkreise müssten zudem bei wichtigen regional begrenzten Planungs- und Versorgungsentscheidungen der Kassenärztlichen Vereinigungen ein Mitspracherecht erhalten. „Dies kann auch die Mitwirkung des Landkreises bei abschließender Entscheidungskompetenz der Kassenärztlichen Vereinigung Betreuungsplätze Ebenso sei

denkbar, eine Ausgangssituation als Mindestbedingung für dieses Mitspracherecht zu formulieren. Dies könnte ggf. die Feststellung einer drohenden Unterversorgung innerhalb einer Zeit von z. B. fünf Jahren sein.

### Betreuungspplätze

Stichwort Bildung: Um möglichst vielen Kindern den von ihnen beanspruchten Platz auch tatsächlich anbieten zu können, sei es notwendig, für einen befristeten Zeitraum auf einige Standards wie beispielsweise Gruppengrößen oder ähnliches in einem näher zu definierenden Rahmen verzichten zu können, stellte der Landkreischef fest.

Gelingt es im Einzelfall nicht, den gewünschten Betreuungspätzen nachweisen zu können, stehe den Eltern nach den Erfahrungen mit der Rechtsprechung bei Einführung des Rechtsanspruchs auf Kindergartenbetreuung Schadensersatz zu, der sich zunächst einmal auf die Höhe der dann entstehenden Kosten bezieht. Dieser Anspruch sollte dringend auf die Kosten beschränkt werden, die einer Kommune dadurch entstehen, dass sie einen Krippenplatz vorhält. Schließlich wäre die selbst organisierte Betreuung in aller Regel qualitativ geringwertiger als die Betreuung in einer Krippe oder in Kindertagespflege.

### Flexibilisierung

Derzeit sind die Landkreise verantwortlicher Schulträger (Gymnasien und Berufsschulen) und nicht für innere Schulangelegenheiten zuständig. Nach Hubers Auffassung sollten die Landkreise jedoch mehr Einflussmöglichkeiten auf innere Schulangelegenheiten erhalten, z. B. bezüglich Lehrpläne. Darüber hinaus sei eine Flexibilisierung von Standards zu Klassengrößen, Lehrerschlüsseln etc. notwendig, um beispielsweise in ländlichen Räumen mit teilweise starken Rückgängen bei den Schülerzahlen flexibel gegensteuern und Bildungsangebote regional angepasst organisieren zu können. **DK**

### Hunde als Luxusgut

Der Bund der Steuerzahler in Bayern hat die Hundesteuersätze in den 25 kreisfreien bayerischen Städten verglichen. Für Halter eines Hundes sind die Städte Passau und Coburg für wahr ein Steuer-Eldorado. Dort werden lediglich 30 Euro Hundesteuer jährlich für einen Hund verlangt. Die Städte Passau und Coburg weisen damit den niedrigsten Steuersatz in den 25 kreisfreien Städten Bayerns auf. Dies ergibt ein Vergleich des Bundes der Steuerzahler in Bayern. Besitzt ein Passauer oder Coburger Bürger allerdings sogenannte Kampfhunde, dann gibt es in Bayern weitaus günstigere Wohnorte.

Die Höhe der Hundesteuersätze unterscheiden sich teilweise gravierend, so Maria Ritch, Vizepräsidentin des bayerischen Steuerzahlerbundes In den Städten Nürnberg und Fürth werden Hundebesitzer mit 132 Euro pro anno zur Kasse gebeten. Dicht dahinter liegt die Landeshauptstadt München, die jährlich 100 Euro für einen Vierbeiner an Hundesteuer verlangt. In Erlangen werden 96 Euro, in Augsburg 84 Euro jährlich fällig. In Regensburg, Würzburg und Schwabach müssen Besitzer eines Hundes jeweils 80 Euro pro Jahr bezahlen. **□**

### Wir gratulieren

#### ZUM 70. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Erich Stohl  
86707 Kühlenbach  
am 8.6.

#### ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Georg Riedl  
84347 Pfarrkirchen  
am 18.6.

#### ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister  
Werner Kaniewski  
95496 Glashütten  
am 6.6.

Bürgermeister Alfred Endres  
97297 Waldbüttelbrunn  
am 13.6.

Bürgermeister Georg Krenn  
94474 Vilshofen  
am 21.6.

Bürgermeister  
Franz-Clemens Brechtel  
89297 Roggenburg  
am 24.6.

Bürgermeister  
Winfried Prinz  
87758 Kronburg  
am 25.6.

Bürgermeisterin  
Brigitte Niedermeier  
85395 Attenkirchen  
am 25.6.

#### ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Rudolf Fuchs  
86444 Affing  
am 5.6.

Bürgermeister Ludwig Maurer  
85664 Hohenlinden  
am 11.6.

Bürgermeister Alfred Rappel  
86508 Rehling  
am 11.6.

Bürgermeisterin Gisela Bauer  
91355 Hiltpoltstein  
am 12.6.

Bürgermeister Ernst Prüße  
97816 Lohr a. Main  
am 20.6.

Bürgermeisterin  
Gudrun Unverdorben  
83093 Bad Endorf  
am 30.5.

Bürgermeister  
Helmut Oelschlegel  
95179 Geroldsdorf  
am 30.5.

#### ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Schelle  
82041 Oberhaching  
am 2.6.

#### ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Robert Husterer  
91809 Wellheim  
am 21.6.

## Aufklärung der Neonazimorde

Jetzt auch Untersuchungsausschuss im Landtag

**Fehler und Versäumnisse von Polizei und Verfassungsschutz bei der Fahndung nach der dreiköpfigen „Zwickauer Zelle“ als Tätern der Neonazi-Morde in den Jahren 2001 bis 2008 soll im Landtag ein Untersuchungsausschuss aufdecken. Dieser wird auf Initiative von SPD und Grünen demnächst die Arbeit aufnehmen. Ein entsprechender Antrag der SPD, die als erste initiativ wurde, erhielt bereits vor der formellen Einsetzung die Zustimmung der Regierungsfractionen.**

Die Notwendigkeit dieses Ausschusses, der Zeugen laden und Akten anfordern kann, ergab sich laut SPD-Rechtsextremismus-Sprecher Florian Ritter daraus, dass Innenminister Joachim Herrmann (CSU) in Plenardebatten und auf schriftliche Anfragen keine ausführenden Auskünfte erteilt hatte mit der Begründung, die Fragen betrafen den Kern des Auftrages an den entsprechenden Bundestags-Untersuchungsausschuss, dessen Beratung nicht vorgegriffen werden solle. Zum SPD-Antrag kündigte der Innenminister nun an, er werde dem bayerischen Ausschuss die gleichen Unterlagen zur Verfügung stellen wie dem des Bundestages. Der SPD steht tumusgemäß der Ausschussvorsitz Sie setzt auf ihren erfahrenen Juristen Franz Schindler.

Bayern war in den Jahren 2001 bis 2005 Tatort von fünf der zehn

„Ceska“-Morde, denen türkische und griechische Mitbürger in der Migrantenszene sowie eine hessische Polizistin zum Opfer fielen. Wie inzwischen bekannt, wurde seinerzeit schwerpunktmäßig in Richtung Ausländerfeindlichkeit ermittelt. In Nürnberg richtete die Polizei sogar eine Döner-Verkaufsbude ein, um vermuteten grenzüberschreitenden Straftätern auf die Schliche zu kommen. Während die Ermittlungen des Bundestages noch laufen, hat in Erfurt eine von der thüringischen Landesregierung eingesetzte dreiköpfige Expertenkommission ihren Schlussbericht vorgelegt und darin vor allem den Verfassungsschutz kritisiert. Aber auch handwerkliche Fehler und Zurückhaltung bei den eigentlich zuständigen Behörden Staatsanwaltschaft und Polizei wurden moniert. **rm**

**Hinweis in eigener Sache:**  
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bürgerproteste bei Energie-Infrastrukturprojekten:

# Kommunen als Kommunikationsplattformen

Von Dr. Andreas Bachmeier, wbpr\_Kommunikation

Das Thema Energiewende beschäftigt nicht nur die Politik. Es bewegt auch das Gemüt der Bürger, vor deren Haustür Energieprojekte letztendlich umgesetzt werden. Der Forderung nach zügigeren Planungs- und Genehmigungsverfahren von Energieprojekten steht der wachsende Anspruch von Bürgern gegenüber, direkten Einfluss auf solche Bauvorhaben zu nehmen. Zwar ist in den formalen, gesetzlichen Abläufen eine solche Einbindung der Öffentlichkeit nicht vorgesehen. Den Kommunen wird es aber wenig helfen, sich auf dieses Argument zu berufen. Verwaltungen und Behörden müssen diese Beteiligung zusammen mit den Energieversorgern gewährleisten und sich ihrer besonderen Funktion als „Kommunikationsplattform“ für alle Beteiligten bewusst werden. Dazu gehört auch, der „schweigenden Mehrheit“ Präsenz zu verleihen.

Den Kommunen kommt beim Gelingen der Energiewende eine Schlüsselrolle zu, denn die meisten dafür notwendigen Projekte werden regional und lokal diskutiert. Ihnen obliegt die Planungshoheit und sie sind es, die Einfluss auf die örtliche Akzeptanz nehmen können. Die Energiewende ist zwar gewollt, sie ist Konsens und der Atomausstieg populär. Die Maßnahmen für eine vollständige Umstellung auf erneuerbare Energien sind es aber nicht. Die Umstellung auf regenerative Energiequellen erfordert den massiven Ausbau von Biogas- und Windkraftanlagen, von Gaskraftwerken, Geothermie und Stromtrassen.

## Legitimität

Im Gegensatz zum Gesamtprojekt Energiewende stoßen diese Projekte bei Bürgern aber auf wenig Zustimmung. Das Problem: Entscheidungen, die auf Gesetzeswegen legal zustande gekommen sind, gelten beim Bürger noch lange nicht als legitim. Anrainer, vor deren Haustür ein solches Projekt umgesetzt werden soll, sehen nur die subjektiv empfundenen Lasten, die sie zu tragen haben: Lärm, Schmutz, Verschandelung der Landschaft und Gefahren für die Umwelt. Der objektive Gesamtnutzen tritt in den Hintergrund. Organisierter Protest ist nur eine Frage der Zeit, wenn Anwohner bei der Planung und Umsetzung nicht einbezogen werden.

## Moderation

Hier muss die Moderation durch Kommunen frühzeitig ansetzen. Das beschriebene Problem gründet unter anderem darauf, dass der amtlich vorgegebene Prozess von Planfeststellung und Genehmigungsverfahren für die Bürger unverständlich und intransparent ist. So entsteht die Situation, dass Vertreter von beteiligten Unternehmen und Behörden den Eindruck gewinnen, formal alles richtig gemacht zu haben. Umso größer ist dann die Überraschung, wenn Proteste trotzdem losbrechen. Denn haben die Bürger das Gefühl, unzureichend oder zu spät informiert worden zu sein, fördert das deren Widerstand und Vorbehalte. Damit einher geht der Verlust von Vertrauen und Glaubwürdigkeit in die örtlichen Institutionen wie Bürgermeister, Gemeinderat und die beteiligten Unternehmen.

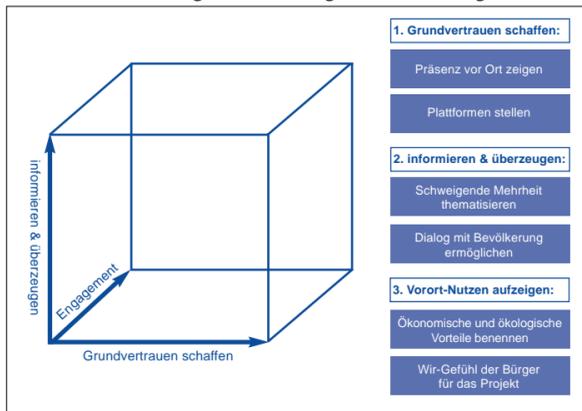
## Meinungsbildung

Was zählt ist zum einen, schnell und umfassend zu informieren. Was aber ebenso wichtig ist: Bevor die Öffentlichkeit über geplante Energieprojekte informiert wird, ist eine klare Meinungsbildung innerhalb der Kommune notwendig. Erst wenn hier Übereinstimmung herrscht, kann in Abstimmung mit allen Beteiligten eine klare Position bezogen werden. Und auch erst dann ist

lich eindrucksvoll in Szene zu setzen und sich so als Gesprächspartner im Spiel zu halten.

## Sachverstand

Der weitaus größere Teil, die „schweigende Mehrheit“, toleriert diese Projekte oder unterstützt sie sogar. Da diese Position in der Diskussion untergeht, kommt auch hier der Kommune die Rolle des Moderators zu und diese Position, wenn nicht zu vertreten, doch zumindest zu thematisieren und somit sichtbar zu machen. Dabei hilft die Unterstützung durch Persönlichkeiten, die lokal und regional über ein gewisses Prestige verfügen. Auch die Einholung von wissenschaftlichem und fachlichem Sachverstand unterstützt Kommunen dabei, Interessenausgleich herbeizuführen und damit zum Gelingen der Energiewende beizutragen. □



**Drei Dimensionen der Projektkommunikation: Grundvertrauen schaffen, informieren und überzeugen sowie Vor-Ort-Nutzen aufzeigen.** □

## Netzausbau/Energiewende:

# Beteiligungsrechte der Kommunen

Im Kontext des Energiegipfels mit der Bundeskanzlerin hat der Präsident des Deutschen Landkreistages Landrat Hans Jörg Duppré eine deutliche Beschleunigung des Netzausbaus sowie verbesserte Beteiligungsrechte der Kommunen angemahnt. Der Bau von Übertragungsleitungen im Höchstspannungsbereich und der Ausbau der Verteilernetze müssten zeitnah verwirklicht werden, was eine deutliche Beschleunigung der bisherigen Planungsprozesse sowie eine bessere Vermittlung gegenüber der Bevölkerung voraussetze. „Zu einer stärkeren Akzeptanz bei Kommunen und ihren Bürgern wird es aber nur kommen, wenn diese mit angemessenen Beteiligungsrechten ausgestattet sind, die Planungen also nicht gleichsam über die Köpfe der unmittelbar Betroffenen hinweg erfolgen.“

Der Bund hätte bereits erste Schritte unternommen. So sei mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetze (NABEG) eine Bundesfachplanung für besonders wichtige Höchstspannungsleitungen eingeführt und das Recht der Planfeststellung für solche Leitungen neu geordnet worden. „Wir sehen aber noch Verbesserungspotenziale: Insbesondere sollte geregelt werden, dass die Landkreise als Vertreter überörtlicher Interessen – z.B. bei der Moderation von Interessenkonflikten zwischen einzelnen Gemeinden hinsichtlich der konkreten Netzplanung, im Bereich der Wirtschaftsförderung, aber auch des Naturschutzes – über Beteiligungsrechte in den einzelnen Verfahrensschritten verfügen“, sagte Duppré.

## Akzeptanzsteigerung

Schon nach der geltenden Fassung des NABEG sei zwar davon auszugehen, dass die Landkreise als Träger öffentlicher Be-

lange einbezogen werden müssen. Darüber hinaus sei aber im Interesse der Akzeptanzsteigerung eine Regelung hilfreich, die die vom Leitungsbau betroffenen Kommunen ausdrücklich mit Beteiligungsrechten ausstattet. Außerdem sollten die Betreiber der Übertragungsnetze Kommunen und Bürger möglichst frühzeitig – also vor förmlicher Einleitung des Genehmigungsprozesses – an der Netzplanung beteiligen, um mögliche Konflikte bereits in diesem Frühstadium auszuräumen.

## Herausforderungen

Die mit dem Netzausbau verbundenen technischen und wirtschaftlichen Herausforderungen könnten außerdem nur von leistungsfähigen Netzbetreibern bewältigt werden. „Auch vor diesem Hintergrund ist an dem historisch gewachsenen und bewährten System der Regionalversorgung unter starker Beteiligung der Landkreise festzuhalten“, stellte Duppré klar. Deshalb

GZ

Kolumne  
Alois Rainer

## Liebe Leserinnen und Leser,

wie Ministerpräsident Horst Seehofer beim Bayerischen Landkreistag in Sonthofen erklärte, könnte er sich eine gesetzliche Regelung vorstellen, nach der die Landkreise für die Energieversorgung zuständig würden. Die Antwort des Vorsitzenden des Bayerischen Gemeindetags, Uwe Brandl, darauf: „Die Bayerischen Gemeinden wollen für die Energieversorgung der Bevölkerung zuständig bleiben.“ Diesem Statement kann ich nur zustimmen.

Sicher kommt den Landkreisen bei der Energiepolitik bzw. -wende eine bedeutsame Rolle zu. Sie sind als übergemeindliche Gebietskörper-



chendes Handeln erforderlich.

Dem ländlichen Raum wird dabei in mehrfacher Hinsicht eine besondere Rolle zukommen. Der Ausbau der erneuerbaren Energien wird überwiegend in der Fläche stattfinden. Gleiches gilt für den unumgänglichen Bau neuer Speicheranlagen und Übertragungsleitungen sowie die erforderliche Anpassung der Verteilernetze an eine zunehmend dezentralisierte Energieerzeugung.

Schon vor dem Beschluss zum Atomausstieg haben viele bayrische Kommunen die Zeichen der Zeit erkannt und entsprechend ihren Möglichkeiten die Energieversorgung auf nachwachsende Rohstoffe umgestellt. Auch in Sachen Energieeinsparung sind viele Kommunen vorbildlich mit innovativen Projekten vorangegangen. Diese hervorragende Arbeit der zum Teil auch kleinen Kommunen verdient höchste Anerkennung und Respekt. Diesen Prozess sollte man fortsetzen, vielleicht etwas schneller als bisher. Hier sind aber u. a. auch die Genehmigungsbehörden gefragt, damit den zahlreichen innovativen Ideen nicht unnötig viele Steine in den Weg gelegt werden.

Die Energiewende ist bei den Entscheidern der Kommunen vor Ort gut positioniert. Natürlich benötigen wir die fachliche Unterstützung der übergeordneten Behörden, aber kein Diktat „von oben“.

Ihr Alois Rainer

## Kommunen und die Energiewende

schaft an vielen Schaltstellen mit der Nutzung von Energiekonzepten unmittelbar befasst.

Die Bedeutung der erneuerbaren Energie wird in den nächsten Jahren kontinuierlich zunehmen. Um den Umbau des Energiesystems zu gestalten, ist ein planvolles, alle Ebenen einbindendes, dem Ziel der Nachhaltigkeit entspre-

## Internationaler Museumstag:

# Welt im Wandel - Museen im Wandel

Der 35. Internationale Museumstag unter dem Motto „Welt im Wandel – Museen im Wandel“ war auch heuer wieder ein voller Erfolg. Allein in Bayern boten fast 400 Häuser aller Größen und in allen Regionen nach ihren jeweiligen Möglichkeiten spezielle Angebote für ihre Besucher, in ganz Deutschland waren es weit über 1.650. Die deutschlandweite Auftaktveranstaltung fand im Beisein von Bayerns Europaministerin Emila Müller im Neuen Museum in Nürnberg statt. Sie vertrat den Schirmherren, Ministerpräsident Horst Seehofer.

Bayernweit luden von Aichach in Schwaben bis Zwiiesel in Niederbayern zahlreiche Museen oft bei freiem Eintritt zu Sonderausstellungen, speziellen Führungen, Angeboten für Familien und Kinder oder zu Einblicken in die Museumsarbeit ein. Darüber hinaus lockten viele Institutionen bereits am Vorabend mit einer „langen Nacht im Museum“.

## Hutmodenschau

In Oberreute im Allgäu wartete eine abendliche historische Hutmodenschau auf interessierte Gäste, während im Bandkeramik Museum Schwanfeld/Unterfranken Abenteuerlustige zuerst eine

Fackelwanderung zur Ausgrabungsstelle der 7.500 Jahre alten Siedlung machen und dann in einem Strohlager „zeitgerecht“ übernachten konnten.

## Konzerte am Hammerklavier

Am Museumstag selbst konnten Besucher in Augsburg zunächst im Maximilianmuseum an Themenführungen – „Ritter, Rösser, Rüstungen“ für Kinder, „Goldschmiedekunst“ für Erwachsene – teilnehmen und dann ins Jüdische Kulturmuseum zu Informationen Schwaben wechseln oder im Mozart-Haus kleinen Konzerten auf dem hi-

storischen Hammerklavier lauschen.

## Altes Handwerk

In vielen Museen wurden Vorführungen alten Handwerks dargeboten. Das Stadtmuseum Freising zeigte in einer extra zum Thema des Museumstags konzipierten kleinen Ausstellung Aspekte des Wandels in der Museumsarbeit auf. In Bamberg konnte man im Historischen Museum der Alten Hofhaltung einem Restaurator über die Schulter blicken und sich anschließend bei Musik aus Spanien und Lateinamerika erholen oder – je nach Musikgeschmack – in die Stadtgalerie Villa Dessauer wechseln, wo die „JVA - Jazz Vereinigung Aufgepasst“ zu moderner Kunst improvisierte.

## Markt in Bernried

Sollten Träume um alte Motorsägen kreisen, so war ein Besuch der Ausstellung im Museumsstadel im niederbayerischen Bernried ratsam: Hier herrschte außerdem Markttrieb, auch konnten die Besucher fast ausgestorbene Handwerkstechniken wie die Herstellung von Holzdachrinnen oder das Binden von Stroh beobachten. Und falls man schon immer wissen wollte, was die Oberpfalz mit Elvis Presley verbindet, so war der Besuch des Oberpfälzer Volkskundemuseums in Burglengenfeld ein Muss.

## App-gestützte Führungen

Ermöglicht werden die Werbemaßnahmen zum Internationalen Museumstag durch die langjährige Unterstützung der Kulturstiftungen der Sparkassen-Finanzgruppe. Zahlreiche Innovationen wie das bayernweite Museumsportal BYseum und app-gestützte Führungen entstanden gemeinsam mit der Bayerischen Sparkassenstiftung. Die Koordination der bayerischen Aktivitäten zum Internationalen Museumstag übernahm einmal mehr die Landesstelle für die nichtstaatlichen Museen in Bayern. **DK**

## Bayerischer Werkstättentag 2012

„Gerecht ist eine Arbeitswelt, in der jeder seine Potenziale bestmöglich entfalten kann. Das betrifft gerade auch Menschen, deren Potenziale wir noch zu wenig sehen und abholen, wie Menschen mit Behinderung, denen man deutlich mehr zutrauen kann, als man es derzeit tut. Werkstätten für behinderte Menschen leisten hier wertvolle Arbeit. Allein in Bayern bieten sie rund 34.000 Menschen mit Behinderung eine berufliche Bildung und Beschäftigung, die der allgemeine Arbeitsmarkt nicht bereithält. Zugleich sind sie Wirtschaftsunternehmen von hoher Professionalität und Leistungsfähigkeit, die mit ihren Produkten und Dienstleistungen im Wettbewerb bestehen müssen. Trotzdem schaffen sie es wie kein anderes Unternehmen, auch die soziale Komponente groß zu schreiben: Bei ihnen steht der Mensch mit seinen individuellen Stärken im Vordergrund und nicht das System!“, so Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer jüngst in München mit Blick auf den Bayerischen Werkstättentag 2012.

Haderthauer weiter: „Werkstätten sind inklusiv, innovativ und sozial! Auch in Zukunft bleiben sie für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung am Arbeitsleben unverzichtbar.“ □

sei insbesondere bei der vor Ort zu treffenden Entscheidung über die Rekommunalisierung von Netzbetreibern im Interesse der Gewährleistung einer sicheren Energieversorgung darauf zu achten, dass ausreichend große und leistungsfähige Unternehmen erhalten bleiben. In jedem

Fall gelte es, eine zu starke Zersplitterung der Versorgungsgebiete im kreisangehörigen Raum zu vermeiden. „Es empfiehlt sich daher, dass die betroffenen Kommunen eng zusammenarbeiten, um Netzkonzessionen nach Möglichkeit kreisweit zu vergeben.“ □

## FAG und BayKiBiG...

(Fortsetzung von Seite 1)  
des bayerischen kommunalen Finanzausgleichs habe sich ebenso bewährt wie die Grundkonstruktion von Schlüsselzuweisungen und Einwohnergewichtung. Wegen einzelner Gerechtigkeitslücken dürfe man nicht gleich den Gesamtmechanismus des kommunalen Finanzausgleichs zerstückeln.

### Künstlicher Gegensatz

Der Vorsitzende kritisierte, dass die Diskussion bisweilen mit Zahlen laufe, die zwar numerisch richtig seien, jedoch in einen falschen Zusammenhang gesetzt werden. Deshalb sollte auch kein künstlicher Gegensatz zwischen großen und kleinen Kommunen konstruiert werden. Bedürftigkeit sei kein Problem bestimmter Regionen, erklärte Maly; sie betreffe auch Großstädte wie Augsburg oder Nürnberg. Kommunen dürften sich nicht gegenseitig auspielen lassen. Man müsse gemeinsam marschieren, um beim Freistaat das Beste herauszuholen.

### Viele Stellschrauben

Eine Fortentwicklung des Finanzausgleichs kann nach Auffassung des Bayerischen Städtetags nur im Rahmen einer gründlichen Aufarbeitung stattfinden. Bereits kleine Drehungen an einer einzelnen Stellschraube des komplexen Ausgleichssystems könnten erhebliche Wirkungen entfalten. Maly: „Wir müssen genau überlegen, an welchen der vielen Stellschrauben im Finanzausgleich wir in welche Richtung drehen, um einzelne Gerechtigkeitslücken zu schließen. Ein Finanzausgleich kann zwar helfen, aber er kann die Probleme der strukturschwachen Regionen in Bayern nicht von Grund auf heilen. Für strukturschwache Regionen steht der Freistaat mit einer gezielten Regionalpolitik und Landesentwicklung mit Sonderprogrammen in der Pflicht. Wir dürfen die Erwartungen an den kommunalen Finanzausgleich nicht überfrachten.“  
Der kommunale Finanzausgleich könnte nach den Vorstel-

lungen des Städtetagsvorstands künftig etwa durch eine Modifizierung der Sonderschlüsselzuweisungen für Kommunen mit einer weit unterdurchschnittlichen Steuerkraft verändert werden. Auch eine Verstärkung des bestehenden Strukturschwächeansatzes könnte für mehr Balance sorgen.

Bei der Berechnung der Schlüsselzuweisungen werden Maly zufolge bereits jetzt Sonderbedarfe für Gemeinden mit hoher Arbeitslosigkeit und für Gemeinden mit unterdurchschnittlicher Steuerkraft berücksichtigt. Hier sei zu prüfen, ob und wie diese Ansätze noch verstärkt werden können. Die Verteilung von Mitteln aus dem Finanzausgleich sollte sich an der Bedürftigkeit orientieren. Eine isolierte Betrachtung der Steuereinnahmen führe ohne Berücksichtigung der Ausgabe Seite nicht zum Ziel: Entscheidend seien die ungedeckten Bedarfe der Kommunen.

### Konjunkturverlauf

Extreme Schwankungen bei den Schlüsselzuweisungen hätten vor kurzem zur Debatte um eine „Lex München“ geführt. Verantwortlich für den ungewöhnlichen Ausschlag seien der außergewöhnliche Konjunkturverlauf und überdurchschnittliche Sozialausgaben gewesen. Auf eine Phase der Hochkonjunktur folgten ein dramatischer Einbruch 2008 und ein ungewöhnlich rascher Wirtschaftsaufschwung 2011. Um solche Schwankungen künftig abzufedern, sollte nach Ansicht des Städtetagsvorstands bei der Steuerkraftermittlung ein zehnjähriger Durchschnitt herangezogen werden. Bei der Berechnung des Soziallastenansatzes soll auf der Ausgabe Seite ebenfalls ein zehnjähriger Betrachtungszeitraum herangezogen werden.

### Kindergärten

Mit Blick auf die Novellierung des BayKiBiG vertrat der Städtetagsvorsitzende die Ansicht, dass es klüger und effizienter wäre, das Geld, das jetzt in die Gebührenentlastung fließen soll, in die Qualität von Kindergärten zu investieren und den Ausbau

von Kindergärten oder Kinderkrippen voranzutreiben. Ein finanzieller Anreiz für die Eltern von Kindergartenkindern sei nicht zwingend nötig, da bereits jetzt gut 90 Prozent der Vorschulkinder das dritte Kindergartenjahr besuchen. Zudem falle gerade in größeren Städten bereits jetzt für 40 bis 50 Prozent der Eltern kein Kindergartenbeitrag an, weil bei sozial benachteiligten Kindern die wirtschaftliche Jugendhilfe die Kindergartenbeiträge übernimmt.

### Kostenfreier Kindergarten

Maly zufolge scheint den Eltern zunächst ein kostenfreies Kindergartenjahr beschert zu werden. Auf den zweiten Blick reduziere sich das in der Realität jedoch auf einen ersten Einstieg

(Fortsetzung von Seite 1)

um rund 20 Prozent vorstellen. Kaiser kritisierte den „Wahn, alles regeln zu wollen“ und forderte mehr Verantwortung und Kompetenz vor Ort: „Vertrauen Sie mehr den Landräten, geben Sie mehr nach unten ab – dann läuft's!“

Auch nach Ansicht von Landkreistagspräsident Kreidl muss die Politik die Handlungsfähigkeit der Landkreise verbessern. Kreidl denkt dabei an die steigenden Soziallasten für die Landkreise. Hier drohten die Kommunen unterzugehen. Ziel müsse es weiterhin sein, die ländlichen Regionen zu gleichwertigen Partnern der großen Ballungsräume zu machen.

### Grundsatzrede

In seiner Grundsatzrede wies Ministerpräsident Seehofer darauf hin, dass die aktuelle Steuererschätzung für Bayern von erheblichen Mehreinnahmen für die Staatskasse ausgeht, dies jedoch „zu keinem Wunschkonzert“ führen werde. Solide Finanzen, verbunden mit Null-Neuverteilung, Schuldenabbau sowie Investitionen in Zukunftspunkte und Innovationen, seien die „Mutter des bayerischen Erfolges“ – und diese werde man nicht in Frage stellen. Es gehe nicht darum, „schnell Euro zu verteilen“, sondern die Zukunft zu sichern. „Alles, was wir tun, müssen wir prüfen, ob es der Zukunft unseres Landes dient.“ Er halte nichts davon, Strohfeuer abzubrennen und hinterher in Kummer zu verfallen, stellte Seehofer klar.

„Alles bleibt Schall und Rauch, wenn es nicht gelingt, eine prosperierende Wirtschaft zu halten“, fuhr Seehofer fort und verwies auf die Basis einer dynamischen Wirtschaft. Soziale Marktwirtschaft bedeute: Soziale Markt wie möglich und soziale Belange wie möglich. „Keine Region wird abgehängt. Kein starkes Bayern ohne starke Landkreise!“ betonte der Ministerpräsident. Hierzu müssten Investitionen in eine starke Infrastruktur erfolgen.

### Strukturformen

Investiert werden soll laut Seehofer in den Straßenbau und die Verbesserung des Schienenverkehrs, den Internetausbau in der Fläche, in alternative Energien sowie in Familienförderung und Bildung. Neue Strukturformen im Bildungsbereich werde es freilich nicht geben, vielmehr will der Ministerpräsident „die kulturelle Breite und Qualität“ unterstützen. Auch bekannte sich Seehofer zum umstrittenen Betreuungsgeld: „Das ist keine Herdprämie.“ Zwei Drittel der jungen Leute wollten Kinder in Bayern nicht in eine Krippe geben. Im Sinne eines Alternativangebots bejahe er aber dennoch

in eine Beitragsermäßigung. So sollen ab September 2012 für Vorschulkinder die Gebühren im letzten Kindergartenjahr um 50 Euro monatlich sinken, ab dem Kindergartenjahr 2013 ist dann ein weiterer Schritt mit 50 Euro monatlich geplant. Die Beitragsermäßigung, die insgesamt 2012 rund 64 Millionen Euro und 2013 insgesamt rund 132 Millionen Euro kosten dürfte, ist der größte Ausgabenblock der geplanten Novelle des Bayerischen Kinderbildungs- und Betreuungsgesetzes (BayKiBiG), das derzeit das Anhörungsverfahren durchläuft. Der Bayerische Landtag will das Gesetz vor der Sommerpause verabschieden.

### Zusätzliches Fachpersonal

Ein weiteres Problem bringt

## Erfolg auf der ganzen...

einen Ausbau des Betreuungsangebots für Kinder.

Was die Diskussion um den kommunalen Finanzausgleich anbelangt, meinte der Ministerpräsident: „Wir tun zu wenig für die strukturschwachen Kommunen und schonen die strukturstarken zu viel.“ Eine „einvernehmliche Lösung“ zum Finanzausgleich werde es noch vor der Sommerpause geben. Ebenso sicherte Seehofer zu, die Umstellung auf Digitalfunk für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste im Kabinett zu behandeln.

„Wir gehen den differenzierteren Weg der Gestaltung von inklusiver Schule mit allen Partnern vor Ort konsequent weiter“, machte Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle anschließend deutlich. Die Schulen dürften bei der schrittweisen Umsetzung der vielfältigen Maßnahmen nicht überfordert werden. Hier sei Zeit und Ruhe nötig. Die Entwicklung werde vom Kultusministerium durch ein Monitoring intensiv begleitet, um an den entsprechenden Stellen behutsam steuernd eingreifen zu können. Klar sei dabei, dass es ohne zusätzliches Personal nicht gehe.

Um beim gemeinsamen Unterricht von jungen Menschen mit und ohne Behinderung weiter voranzukommen, seien daher bereits in diesem Schuljahr zusätzliche 100 Lehrerstunden für inklusive Bildung eingerichtet worden. Und auch im nächsten Schuljahr werden nochmals zusätzlich 100 Stellen zur Verfügung stehen. Weitere 250 Stellen für Lehrkräfte für Sonderpädagogik sind im Nachtragshaushalt vorgesehen.

### Gleiche Chancen

„Wir werden weiter große Anstrengungen unternehmen, um für alle Kinder und Jugendlichen in Bayern gleiche Lebens- und Lernchancen zu ermöglichen“, betonte Spaenle und verwies darauf, dass Bayern die UN-Behindertenrechtskonvention konsequent umsetzt.

Beim Thema Inklusion sehen die Landkreise, die unter anderem für die Beförderung der Kinder verantwortlich sind, allerdings eine Kostenlawine auf sich zurollen. Laut Kreidl haben sich von 2009 bis 2011 die Ausgaben von zwei Millionen auf sechs Millionen Euro verdreifacht. Nahmen bayernweit vor drei Jahren noch 245 körperlich und geistig behinderte Kinder diese Leistung in Anspruch, so sind es inzwischen bereits 570. Der Freistaat ziehe sich derweil auf eine für ihn unter finanziellen Gesichtspunkten angenehme Position zurück: Die Inklusion sei kein Konnexitätsfall, weil kein Wille der Staatsregierung, also müssten die Kommunen die entsprechenden Ausgaben selbst tragen. Vor diesem Hintergrund wollen die Landkreise darauf dringen, dass die Aufnahme von

laut Bayerischem Städtetag die angestrebte Änderung des rechnerischen Anstellungsschlüssels von 1:11,5 auf 1:11,0 mit sich, d. h. ein Erzieher soll nun rein rechnerisch elf Kinder betreuen. Dies erfordere zusätzliches Fachpersonal, das bereits jetzt händeringend gesucht werde. Zudem stelle sich das Problem der Konnexität. So rechne der Freistaat beim Mindestanstellungsschlüssel mit Mehrkosten von 33 Millionen Euro, obgleich die wirklichen Mehrkosten mindestens doppelt so hoch sein dürften, stellte Maly fest und forderte: „Der Freistaat muss die von ihm gewünschte Verbesserung des Anstellungsschlüssels nach den Regeln der Konnexität voll finanzieren und eine ausreichende Übergangsregelung schaffen.“

DK

zu bleiben, müsse die Industrie als Leitsektor gestärkt werden. Brossardt plädierte für eine zukunftsgerechte Infrastruktur. Dazu gehöre eine regionale Wirtschaftspolitik, die nicht an Verwaltungsgrenzen endet. „Das Landesentwicklungsprogramm und die regionale Entwicklung müssen an tatsächlichen Verflechtungen von Wirtschaftsräumen ansetzen“, so der Hauptgeschäftsführer.

### Stromautobahnen

Den Ausbau leistungsstarker Stromautobahnen von Nord nach Süd bezeichnete Brossardt als ein Muss, ebenso den Bau von Gas- und Pumpspeicherkraftwerken. Unerlässlich sei eine effizient vernetzte Verkehrsinfrastruktur einschließlich des Ausbaus des Main-Donau-Kanals und des Baus der Dritten Startbahn am Flughafen München. Darüber hinaus forderte der vbw-Vertreter bayernweit hochleistungsfähige und sichere Kommunikationsnetze und Internet-Dienstleistungen für Unternehmen. Die zentrale Herausforderung in allen Regionen Bayerns sei jedoch die Fachkräftesicherung. Brossardt: „Um gut ausgebildete Fachkräfte zu gewinnen, brauchen wir bayernweit eine hochwertige Gesundheits-, Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur. Damit neues Wissen auch effizient in Innovationen fließt, muss die Zusammenarbeit öffentlicher Forschungseinrichtungen mit der Wirtschaft weiter ausgebaut werden.“

In der darauf folgenden Podiumsdiskussion sprachen Brossardt, Ulrich Adams (Leiter des Projekts „Mehr Breitband für Deutschland“, Telekom), Ministerialrat Dietrich Schirm (Bayerisches Wirtschaftsministerium) und Landrat Dr. Jakob Kreidl über den Breitbandausbau in Bayern.

### Kritik

Zwar loben die Landkreise grundsätzlich die Maßnahmen der Staatsregierung, aber im Detail üben sie weiterhin Kritik. So gefällt dem kommunalen Spitzenverband unter anderem nicht, dass die Förderung in Kumulationsgebieten von mindestens fünf Unternehmen abhängig gemacht wird. Für diese muss ein Bedarf nach Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s bestehen. Hingegen werden Schulen und Behörden zur Erfüllung dieser Förder Voraussetzung nicht in Anbindung gebracht.

„Die Anbindung von Behörden und Schulen an leistungsfähige Datennetze sollte nicht ein erwünschter Nebeneffekt bleiben“, lautet deshalb der Standpunkt des Bayerischen Landkreistags, „sondern muss eines der zentralen Ziele eines staatlichen Förderprogramms sein.“ Ansonsten werden staatliche Projekte wie das Digitale Bildungsnetz Bayern oder Rechenzentrumslösungen in der öffentlichen Verwaltung aufgrund fehlender Bandbreiten nicht umsetzbar sein, zeigte sich Jakob Kreidl überzeugt.

Während Ministerialrat Schirm, der von einem „gewaltigen Kraftakt“ sprach und Bayern in der „Pionierrolle“ sieht, die bayerische Glasfaserstrategie vorstellte, warb Telekom-Repräsentant Adams für „Planbarkeit und Investitionssicherheit“; dann stehe die Industrie auch „Gewehr bei Fuß“, um eigenständig zu investieren. Es gelte, eine große konzertierte Aktion an den Start zu bringen, so Adams. Förderprogramme seien hierzu nur ein erster Schritt. Adams bekräftigte, dass die Telekom keinen Unterschied zwischen Stadt und Land mache. Die Glasfasertechnologie müsse im Übrigen auch in Gebäuden zum Einsatz kommen. DK

## Dynamik der...

(Fortsetzung von Seite 1)  
Geschäftsführer ebenso außer Frage wie der Umstand, dass sich die Netzbetreiber im Spannungsfeld zwischen Energiepolitik und Regulierung befinden. Während die Energiepolitik ihren Fokus auf den Ausbau der Erneuerbaren Energien, Smart Grids, den technologischen Fortschritt, den Wettbewerb, die dezentrale Erzeugung, die Aufrechterhaltung hoher Versorgungsqualität und die Senkung der Bürokratiekosten richtet, hat die Marktregulierung primär die Senkung der Netzentgelte im Blick. Re-Kommunalisierung sei ein unerwünschter Trend. Die Kommune nehme auf dem Gebiet der Energieeffizienz die Rolle eines Koordinators und Mediators ein. Wertschöpfung vor Ort bedeute Stärkung der Kommunen.

### Spitzenergebnisse

Spitzenergebnisse für die CSU in der aktuellen Emnid-Umfrage konnte Abteilungsleiter Werner Bumeder vermelden. Sie erhält von der bayerischen Bevölkerung mit Abstand die besten Kompetenzwerte. Bei der Sonntagsfrage kommt die CSU stabil auf 46 Prozent. Das Dreierbündnis aus SPD, Grünen und Freien Wählern verschlechtert sich dagegen um 2 Prozentpunkte auf 39 Prozent. 55 Prozent der Wähler sind der Ansicht, dass Horst Seehofer und die CSU für eine stabile

Regierung in Bayern stehen. Christian Ude und der SPD trauen das nur 30 Prozent zu.

Die CSU kann mit ihrer Politik auch stark die jungen Wähler erreichen. Bei den unter 30-Jährigen erzielt die CSU 48 Prozent.

### Wirtschaftskompetenz

Klarer Sieger ist die Partei auch in Sachen Kompetenz. 57 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die CSU am besten in der Lage ist, die Wirtschaft voranzubringen und für die Sicherheit der Bürger zu sorgen. Bei den Staatsfinanzen erreicht die Christlich-Soziale Union einen Kompetenzwert von 51 Prozent. 48 Prozent sind davon überzeugt, dass die CSU Arbeitsplätze sichert und 42 Prozent glauben, dass sie jungen Menschen gute Bildungschancen ermöglicht. 46 Prozent sehen mit ihr die besten Zukunftschancen.

### Bayerisches Lebensgefühl

Die CSU ist die Partei, die das bayerische Lebensgefühl verkörpert, sagen 58 Prozent der Menschen in Bayern und 60 Prozent meinen, dass die Interessen am besten von ihr vertreten werden. Für das Betreuungsgeld spricht sich eine deutliche Mehrheit von 67 Prozent aus. 78 Prozent können keinen Bildungsnachteil darin sehen, dass Kleinkinder von ihren Eltern betreut werden. DK

Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen in Nürnberg:

## Gestaltbare Zukunft

Wertvolles Wissen für Unternehmer, Vertreter von Kommunen und Freie Berufe über Trends, Wandel und Abhängigkeiten der Märkte und Akteure von morgen vermittelte die 10. Unternehmerkonferenz der bayerischen Sparkassen in Nürnberg. Die Tagung, die unter dem Motto „Zukunft im Blick - Zukunft im Griff!“ stand, verzeichnete heuer über 1.200 Teilnehmer.

Im Vordergrund standen Kommunikation und Information sowie fundierte und individuelle Beratung. Das Programm umfasste 30 Wissensvorträge zu den Themen Finanzen, Management, Investment, Kommunikation, Sicherheit, Energie & Umwelt, abgerundet durch motivierende Impuls-, Keynote- und Best-Practice-Vorträge mit konkret umsetzbarem Praxisbezug.

### Bayerischer Gründerpreis

Eingebettet in die Unternehmerkonferenz war die Verlei-

### Ergebnisse der Steuerschätzung:

## Landkreisen laufen die Sozialausgaben davon

Mittel für Zukunftsinvestitionen fehlen

Anlässlich der Veröffentlichung der Ergebnisse der Steuerschätzung hat der Deutsche Landkreistag deutlich gemacht, dass die kommunale Finanzsituation trotz erfreulicherweise ansteigender Steuereinnahmen nach wie vor prekär bleibe. Präsident Landrat Hans Jörg Duppré stellte fest, dass der neuralgische Punkt der Kommunalhaushalte auf der Ausgabeseite liege: „Die beständig wachsenden Sozialausgaben nehmen vor allem den Landkreisen, die nicht über eigene Steuereinnahmen verfügen, die Luft zum Atmen.“ Dadurch könnten notwendige Zukunftsinvestitionen etwa im Bereich der Anpassung kommunaler Infrastruktur infolge der demografischen Entwicklung letztlich nicht erfolgen, weil keine freien Finanzmittel – z.B. für die Kofinanzierung von wichtigen Projekten – verfügbar seien. „Das ist ein auf Dauer unhaltbarer Zustand!“

In den Landkreisen, die im kommunalen Bereich die Hauptlast der Sozialausgaben zu tragen hätten, sei die Lage besonders dramatisch: „Die Hälfte der Landkreise haben einen defizitären Haushalt und müssen sich immer öfter mit Kassenkrediten über Wasser halten, um die laufenden Ausgaben, z. B. für Personal, zu bezahlen. Da ist kraftvoll und gestaltend agierende kommunale Selbstverwaltung fast nicht mehr möglich“, so Duppré. Allein die Kassenkredite seien im letzten Jahr um 12,5 % auf einen neuen Höchststand von 7,3 Mrd. Euro angestiegen.

### Verschlechterte Situation

Während Städte und Gemeinden über höhere Steuereinnahmen von der anziehenden Konjunktur profitierten und die Gewerbesteuer steige, verschlechterte sich die Lage der Kreise, die über praktisch keine Steuereinnahmen verfügten, weiter. „Insgesamt hat sich die Situation der Landkreise im letzten Jahr sogar gegenüber dem Vorjahr noch weiter verschlechtert. Allein die Sozialausgaben sind auf über 19 Mrd. Euro angestiegen.“

Damit würde gerade im ländlichen Raum das angesichts der Herausforderungen durch den demografischen Wandel dringend benötigte Geld für wichtige Zukunftsinvestitionen fehlen, sei es im Straßenbau, beim (Um-)Bau und der Unterhaltung von Schulen oder für den Ausbau der Kindertagesbetreuung, schilderte Duppré.

### Notwendige Korrekturen

Zwar werde die in der Gemeindefinanzkommission verabredete Entlastung der kommunalen Ebene um die Finanzierungslasten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung für eine spürbare Linderung sorgen. „Allerdings bedarf es grundlegender struktureller Korrekturen, um Einnahmen und Ausgaben besser aufeinander abzustimmen. Seit

langem wachsen die – vor allem durch den Bund im sozialen Bereich veranlassten – Ausgaben der Landkreise, während ihre Einnahmen nahezu unverändert bleiben. Das kann so nicht weitergehen!“, stellte Duppré abschließend fest. □

### Kategorie „Konzept“

In der Kategorie „Konzept“ ging der Preis an die oberfränkische Firma „BestSens AG“ für die Entwicklung von neuen Sensoren zur Überwachung von Wälz- und Gleitlagern. Als „Aufsteiger“ ausgezeichnet wurde

die Firma „terrafix Anlagenbau GmbH“ aus Essenbach-Altheim. Das Unternehmen beschäftigt sich mit der Entwicklung und Herstellung von betonlosen Fundamenten, Gestell-Systemen und Nachführungssystemen für Photovoltaik-Anlagen.

### Kategorie „Nachfolge“

In der Kategorie „Nachfolge“ konnte sich die aus Simmerberg im Allgäu stammende „Schmid GmbH“, ein mittelständischer Betrieb für anspruchsvolle Baulösungen, durchsetzen. Die Nachfolgeregelung wurde frühzeitig gesteuert und mit einer Neu-Positionierung verknüpft.

Der Sonderpreis ging in diesem Jahr an das Therapiezentrum Burgau. Die Spezialklinik versorgt Menschen mit schwersten Hirnschädigungen. Jedes Jahr trifft es in Deutschland bis zu 100.000 Menschen, die schwerste Schädigungen davontragen. Dass man heute viele von ihnen auch nach längerem Koma rehabilitieren kann, ist Verdienst des Therapie-zentrums Burgau.

### Lebenswerk

Die Auszeichnung für das „Lebenswerk“ erhielt Max Schuster, Gründer der Max-Schuster-Stiftung. Durch den schweren Unfall seiner Tochter und der langen Odyssee auf der Suche nach geeigneten Therapieplätzen wurde auf seine Initiative hin eine Fachklinik für die intensive Frühbehandlung von schwer schädeldarmverletzten Patienten gegründet. Mit heute 700, regional verteilten Betten – nicht nur im Therapiezentrum Burgau, sondern auch in den Nachsorgezentren, z. B. in Augsburg – ist für eine adäquate, flächendeckende und heimatnahe Versorgung der Patienten gesorgt. Die Einrichtungen wurden zunächst mit Spenden und eigenem Geld aufgebaut. Heute fun-

### Bau der zweiten Stammstrecke:

## Finanzielle Beteiligung der Landkreise wird rechtlich geprüft

Klärung liegt jetzt bei der Regierung von Oberbayern

Landrätin Johanna Rumschöttel widerspricht einer vermeintlichen Blockadehaltung hinsichtlich einer finanziellen Beteiligung beim Bau einer zweiten Stammstrecke. „Den Ausbau einer zweiten Stammstrecke halte ich sowohl für unsere Bürgerinnen und Bürger wie auch vor dem Hintergrund der Europäischen Metropolregion für unverzichtbar“, stellt die Münchner Landrätin klar.

„Die Zuständigkeit für die Finanzierung ist gesetzlich klar geregelt und liegt beim Freistaat und beim Bund“, so Rumschöttel. Vor dem Hintergrund der Nichtzuständigkeit hatte sich der Münchner Kreistag in seiner letzten Sitzung mehrheitlich dafür ausgesprochen, „alle Mandatsträger im Deutschen Bundestag und im Bayerischen Landtag dazu aufzufordern, sich nachdrücklich gegenüber der Bundesrepublik und dem Land Bayern für die Realisierung der sogenannten zweiten Stammstrecke einzusetzen.“

### Neu entfachte Diskussion

Durch die Äußerungen von Staatsminister Joachim Herrmann, der eine finanzielle Beteiligung der Landkreise für vertretbar hält, wurde die Diskussion neu entfacht. Entscheidend ist die Frage, ob sich die Landkreise überhaupt an einer Finanzierung beteiligen dürfen. Zweifel daran hegt der Sprecher der am MVV beteiligten Landkreise, Landrat Thomas Karmasin aus Fürstentfeldbruck, auch weiterhin. Er hat deshalb die Regie-

rung von Oberbayern, der die Rechtsaufsicht über die Landratsämter obliegt, um eine diesbezügliche rechtliche Klärung gebeten.

Anders als die Landeshauptstadt finanzieren sich die Landkreise über die Kreisumlage, die von den Gemeinden erhoben wird. Hieraus könnte sich ergeben, dass die Beteiligung an der Finanzierung einer zweiten Stammstrecke als sogenannte freiwillige Aufgabe nicht von den umlagefinanzierten Landkreisen übernommen werden darf.

### Ergebnis abwarten

„Das Ergebnis der Prüfung durch die Regierung von Oberbayern sollten wir abwarten und anschließend auf dieser Grundlage diskutieren und entscheiden. In keinem Fall dürfen wir aber die finanziellen Belange der Landkreiskommunen außer Acht lassen, die ihre finanziellen Leistungsgrenzen teilweise bereits erreicht oder überschritten haben“, machte Landrätin Johanna Rumschöttel abschließend deutlich. □

giert seine Stiftung als Betreiber.

### Gründungsdarlehen

Wie der Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern Prof. Rudolf Faltermeier feststellte, haben die bayerischen Sparkassen 2011 für ca. 1.500 Existenzgründungen insgesamt 150 Mio. Euro an Gründungsdarlehen ausgereicht. Da mit einer Errichtung eines Unternehmens jeweils mehrere Arbeitsplätze geschaffen werden, ermöglichten die Initiativen der Gründer sowie die Kredite der Sparkassen etwa rund 5.000 neue Jobs. Die aktuellen Zahlen zur Vergabe von Neukrediten zeigten außerdem, so Faltermeier, dass es für Projekte mit einem wirtschaftlich tragfähigen Geschäftsmodell keine Kreditklemme gebe.

### Praxisorientierter Preis

Der Bayerische Gründerpreis entstand aus dem 1997 ins Leben gerufenen StartUp-Wettbewerb für Existenzgründer. „Nicht die Konzeption allein entscheidet. Auch Wachstum, Aufstieg und Nachfolge wollen im ökonomischen Leben gut organisiert sein“, stellte Faltermeier fest. Deshalb sei aus dem „StartUp“-Gedanken der ersten Stunde ein umfassender, praxisorientierter Unternehmerpreis entwickelt worden. Neu hinzugekommen sei außerdem eine Unternehmerkonferenz als Plattform für Wissen und Erfahrung. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten sei es wichtig, das Unternehmertum zu fördern.

Eine ausführliche Dokumentation der Unternehmerkonferenz wird die Bayerische Gemeindezeitung in einer ihrer nächsten Ausgaben veröffentlichen. DK

## Genossenschaften sorgen für lebendige Bürgergesellschaft

In Bayern setzt sich der Trend zu genossenschaftlichen Neugründungen 2012 fort. Zum 30. April haben 26 Genossenschaften ihre Arbeit aufgenommen\*. Nach 54 Neugründungen 2010 und 51 Neugründungen 2011 rechnet der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) damit auch für das laufende Jahr mit einem anhaltend hohen Niveau beim Gründungsgeschehen.

„Die Unternehmensform ist vorwiegend dann erste Wahl, wenn es darum geht, regionale Infrastruktur zu erhalten oder zu schaffen“, so GVB-Verbandspräsident Stephan Götzl. Das zeige sich besonders im Bereich Energie: Bei 22 der neu etablierten Kooperationen liegt der Geschäftszweck in der regenerativen Energieerzeugung und der nachhaltigen lokalen Energieversorgung.

Neben Kommunen sind es vor allem Bürger, die in dezentrale Strom- und Wärmeprojekte in ihrer Region investieren, um die Energiewende aktiv mitzugestalten. Dafür schließen sie sich immer häufiger in Genossenschaften zusammen. „Gerade in Zeiten klammer Kassen tragen Genossenschaften damit wesentlich zu einer lebendigen Bürgergesellschaft bei“, sagt der Verbandspräsident.

\*Von den 26 Neugründungen entfielen acht auf Schwaben, sieben auf Oberbayern und drei auf Mittelfranken. In Niederbayern, der Oberpfalz, Unterfranken und Oberfranken kamen jeweils zwei neue Genossenschaften dazu. □

MdEP Ferber zu französischen Wahlversprechen:

## Konjunktur auf Pump funktioniert nicht

„Der deutsche Steuerzahler wird nicht für die teuren Wahlversprechen des neuen französischen Präsidenten Hollande gerade stehen“, so der Vorsitzende der CSU-Gruppe im EP, Markus Ferber.

Hollande wolle die französische Wirtschaft mit einem schuldenfinanzierten Konjunkturprogramm ankurbeln. „Damit wird das Vertrauen in den Euro weiter geschwächt, denn Wirtschaftswachstum entsteht aus wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen“, so der Finanzexperte.

„Es kann nicht sein, dass Herr Hollande auf Kosten des deutschen Steuerzahlers die träge Wirtschaft seines Landes mit Euro-

bonds auf Vordermann bringen will“, fuhr Ferber fort. „Dort wo es Wachstum gibt, sind Arbeitsmärkte flexibel, das Renteneintrittsalter auf einem realistischen Niveau und die Arbeitnehmer qualifiziert. Das zeigt, dass Konjunktur auf Pump nicht funktioniert. Und für neue Schulden gibt es fast nirgends Spielraum. Am allerwenigsten beim Fiskalpakt, der die Staatsverschuldung zurückführen hilft“, so der Europaabgeordnete. □



# INFRASTRUKTUR

Ohne uns fehlt Ihnen was.



**LfA FÖRDERBANK BAYERN**

**Wir fördern die Infrastruktur – für einen starken Standort Bayern.**

Sie investieren in Versorgungs-, Verkehrs- oder Energievorhaben? Die LfA Förderbank Bayern unterstützt kommunale Infrastrukturprojekte mit zinsgünstigen und langfristigen Finanzierungen.

Lassen Sie sich persönlich und kostenlos beraten.  
Telefon: 0800 / 21 24 24 0

www.lfa.de

ÖPP-Projekt „Schulen Landkreis Miesbach“:

## Landkreis setzt auf Öffentlich-Private Partnerschaft

Vor einer wahren Mammutaufgabe standen Landrat Dr. Jakob Kreidl und sein ganzer Miesbacher Kreistag; denn in kürzester Zeit müssen drei neue Schulen gebaut werden. Mit nahezu einstimmiger Mehrheit entschieden sich die verantwortlichen Gremien dafür, die komplette Errichtung und den Betrieb für die nächsten 25 Jahre als ÖPP-Projekt zu realisieren. Rund 1.800 Schüler werden ab 2013/14 in neuen Schulen lernen, der formale Grundstock dafür ist jetzt gelegt worden: Der Landkreis Miesbach erteilte der Firma SKE Facility Management GmbH den Zuschlag für den Neubau und die langfristige Bewirtschaftung von Schulgebäuden und Sporthallen in Gmund und Holzkirchen. Der Landrat unterzeichnete jüngst den Vertrag für das gemeinsame Vorhaben „Schulen Landkreis Miesbach“.

„Mein erster Weg führte mich zum damaligen Vorstandsvorsitzenden unserer Kreissparkasse Miesbach-Tegernsee, Georg Bromme. Der wiederum aktivierte die ganze S-Finanzgruppe, weil's da für jeden Bedarf passende Partner gibt“, erläuterte Kreidl, wie er letztlich seine Sorgen in den Griff bekam, die durch die umfassende Erweiterung der Schullandschaft in seinem Landkreis zu bewältigen waren. Schnell sei man bei der DKC – Deka Kommunal Consult GmbH - auf den richtigen Experten gestoßen.

Bei der europaweiten Ausschreibung hat der Landkreis von Beginn an auf die Erfahrungen und Unterstützungen der Kommunalberatungsgesellschaft DKC gesetzt. Über gut zwei Jahre waren die Berater Rainer Book und Grit Jackson regelmäßig in Miesbach, um die Anforderungen des Landkreises zu bewältigen, das ÖPP-Modell zu entwickeln und im Wettbewerb verschiedener Bieter die intensiven Verhandlungen zu strukturieren. „Herr Bromme ist nunmehr im Ruhestand. Aber mit seinem Nachfolger Dr. Martin Mihalovits arbeite ich ebenso vertrauensvoll zusammen“, versicherte Kreidl.

### Fertigstellung 2013 und 2014

Den Neubauten einer Realschule (18 Klassen) nebst Dreifeldsporthalle in Gmund sowie eines Gymnasiums (31 Klassen), einer Fachoberschule (18 Klassen) und ebenfalls einer angegliederten Dreifeldsporthalle und Freisportanlagen für beide Schulformen in Holzkirchen steht nichts mehr im Wege. Nach der Fertigstellung der beiden Standorte – Gmund im Dezember 2013 und Holzkirchen im Juli 2014 – werden rund 1.800 Schülerinnen und Schüler ihr neues, schönes und funktionales „Bildungszuhause“ beziehen können. Danach schließen sich die vereinbarten Betriebsleistungen seitens der SKE mit einer Gesamtlaufzeit von 25 Jahren an.

### Zahlen und Fakten zum Projekt „Schulen Landkreis Miesbach“

Das gesamte ÖPP-Projekt „Schulen Landkreis Miesbach“ umfasst eine Gesamtfläche von zirka 28.000 Quadratmetern Bruttogeschossfläche. Für Bau- und Finanzierungsleistungen sind 56,25 Millionen Euro brutto vorgesehen, davon 17,4 Millionen Euro für die Realschule in Gmund und 38,85 Millionen Euro für die FOS und das Gymnasium in Holzkirchen. Die Bewirtschaftungsleistungen mit einer Gesamtsumme von 33,1 Millionen Euro umfassen sämtliche Projekt- und Serviceleistungen, Wartung und Instandhaltung inklusive der Bauunterhaltung, Inspektionen, technische und bauliche Instandhaltungen, Hausmeisterdienste, Reinigung, Catering, Energiemanagement, die Pflege der Außenanlagen sowie entsprechende Sicherheitsdienste. Das Gesamtvolumen des Projektes „Schulen Landkreis Miesbach“ beträgt 89,35 Millionen Euro.

Landrat Kreidl rechnet mit Ersparnissen in der Höhe von etwa zehn Prozent durch die ÖPP-Vorteile. Bei der DKC gibt man sich noch optimistischer und geht gar von 15 Prozent im Vergleich zu konservativer Herstellung und Bewirtschaftung aus.

### Energetische Einsparpotenziale als Priorität

Ein besonderer Fokus liegt auf dem Einsatz moderner Technologien im Bereich Energie. „Der Bauherr achtet besonders auf bestmögliche energetische Ergebnisse. Auf Basis dieser Maßgabe haben wir zielgerichtet geplant und setzen die gewünschten Anforderungen entsprechend um“, betonte SKE-Geschäftsführer Johannes Huismann. Dass die angestrebten Einsparpotenziale dauerhaft sichergestellt sind, regelt ein entsprechendes Energiemanagement nebst definierten Mengengarantien, die im Rahmen der

vertraglich vereinbarten Bewirtschaftungsleistungen explizit festgeschrieben sind.

„Wir werden die Anforderungen der 'EnEV 09' um stattliche 30 Prozent unterschreiten. Die Optimierung des Lüftungs-Wärmebedarfs für die Schulen erfolgt durch eine zentrale mechanische Be- und Entlüftung, die für eine Wärmerückgewinnung sorgt. Gleiches gilt für die beiden Dreifeldsporthallen in dezentraler Ausführung“, erklärte der Facility-Management-Spezialist.

### Realschulgebäude und Dreifeldsporthalle in Gmund

Das Entwurfskonzept für die Realschule in Gmund basiert auf den pädagogischen Zielsetzungen einer offenen Schule mit vielseitigen Blickbeziehungen sowie einer zentralen, mehrgeschossigen Aula, die als Pausenraum und für schulische Veranstaltungen genutzt wird. Beide Baukörper, Schule und Dreifeldsporthalle, bilden mittels einer Überdachung optisch gelungene ein verbundenes bauliches Ensemble. Dazwischen eingebettet liegt der Pausenhof.

### Städtebauliche Besonderheiten Holzkirchens berücksichtigt

Im Zentrum der Entwurfsplanung in Holzkirchen steht die städtebauliche Vorgabe, eine beeindruckende Baumasse dergestalt zu gliedern, dass optisch ansprechende und gleichzeitig gut nutzbare Außen- und Innenräume entstehen, die ein unabhängiges Miteinander der beiden Schulen ermöglichen.

Die Besonderheit bei dieser Architektur besteht darin, dass beide Schulgebäude über zusammenschaltbare Aulen miteinander verbunden sind. Gymnasium und Sporthalle bilden quasi ein bauliches Ensemble aus Einzelgebäuden mit einer gemeinsamen Aula, dazwischen das Außenforum als verbindendes Element. Durch die Gliederung der Baumassen in Einzelbaukörper wird für das Ortsbild eine verträgliche, städtebaulich ansprechende Situation geschaffen. Die technischen Konstruktionen bei Schulgebäuden und Dreifeldsporthalle entsprechen den Gmunder Planungen.

Die knappen Mittel zur Förderung von Bildung und Ausbildung waren für den Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Kreidl, letztlich der An-



Zufriedene Gesichter bei der Vertragsunterzeichnung: Landkreistagspräsident Dr. Jakob Kreidl, Landrat von Miesbach (3. v. l.), mit Holzkirchens Bürgermeister Josef Höß (links daneben) und SKE-Geschäftsführer Johannes Huismann (3. v. r.) inmitten der Projektbeteiligten.

lass, sich bei seinen Verbandskollegen umzusehen, wie diese ihre Probleme beim Schulhausbau in den Griff bekommen haben. Gebraucht wurde immer technische, kaufmännische und juristische Betreuung. Die Landräte von Ebersberg, Hof und Würzburg konnten mit ausgezeichneten Erfahrungen mit den Partnern aufwarten, für die man sich jetzt auch in Miesbach entschieden hat.

„Nur innovative Kooperationen“, so Kreidl, „stellen zielgerichtete, nachhaltige und sinnvolle Investitionen in die nachfolgenden Generationen sicher und gewährleisten die Zukunftsfähigkeit der jeweiligen Standorte.“ Denn nachweislich habe sich der Stellenwert von Bildung und Ausbildung längst zu einem zentralen Standortkriterium entwickelt. Befrage man Familien und vor allem auch Unternehmen nach relevanten Entscheidungsfaktoren bei der Auswahl ihres Standortes, nehme der Faktor „schulisches Angebot“ einen oberen Tabellenplatz ein.

Den Ausführungen des Land-

rats schloss sich Holzkirchens Bürgermeister Josef Höß voll inhaltlich an. Seine Marktgemeinde ist einer der avisierten Schulstandorte, in denen man den Neubau dringend benötigt.

### Erfahrung und Know-how für bestmögliche Ergebnisse

Rainer Book und Grit Jackson bereiteten über zwei Jahre die Ausschreibung für den Landkreis vor, an der sich fünf Firmen beteiligten. Letztlich erhielt die SKE den Zuschlag, weil sie speziell im Bereich ÖPP-Schulprojekte über langjährige Erfahrungen verfügt.

Die öffentlichen Auftraggeber profitieren von kurzen Bauzeiten und fachübergreifenden Dienstleistungen aus einer Hand. In der Summe erwarten die kommunalen Auftraggeber von den ÖPP-Modellen mit der SKE deutliche Einsparpotenziale. „Wir freuen uns auf das Projekt ‚Schulen Landkreis Miesbach‘ – übrigens bereits unser viertes in Bayern – und ganz besonders auf die Zusammenarbeit mit dem Land-

kreis“, betonte SKE-Geschäftsführer Johannes Huismann.

### Einbeziehung der örtlichen Wirtschaft

Zur Unternehmensphilosophie gehöre, die anstehenden Arbeiten und Aufträge nach Möglichkeit an lokale und regionale Unternehmer zu vergeben. Für die Ausschreibung wird auf eine webbasierte Portallösung zurückgegriffen, bei der sich interessierte Unternehmen registrieren lassen können.

„Kurze Reaktionszeiten und das Vorhalten von projektspezifischem Know-how vor Ort sind hier als vorrangige Ziele zu nennen. So können wir beim Projekt ‚Schulen Landkreis Miesbach‘ die vorhandene Logistik unserer derzeitigen bayerischen ÖPP-Projekte Kirchseeon und Poing sowie Nürnberg perfekt einbinden und somit zahlreiche Synergieeffekte nutzen, ob es dabei um organisatorische Abläufe oder die bereits bestehenden Kontakte zu regionalen Firmen geht“, stellte Huismann fest.

### Stadtparkasse München:

## Sieger bei den portfolio Awards 2012

Mit zwei Auszeichnungen des Fachmagazins portfolio institutionell gehört die Stadtparkasse München zu den großen Gewinnern der portfolio Awards 2012. Wie bereits im Vorjahr siegte Bayerns größte Sparkasse in der Kategorie „Bestes Risikomanagement“. Zusätzlich erhielt die Stadtparkasse bereits zum zweiten Mal seit 2010 die Auszeichnung als „Beste Bank“ aller untersuchten Kreditinstitute.

Die Jury der portfolio institutionell Awards lobte die gelungene Umsetzung der taktischen und strategischen Asset Allocation im Bereich Treasury Management. Dr. Bernd Hochberger, für Treasury zuständiges Vorstandsmitglied der Stadtparkasse München, erläuterte die Anlagenschwerpunkte des Jahres 2011: „Wir haben unsere Liquiditätsreserve vorrangig in gedeckte, zinstragende Wertpapiere investiert, vor allem in deutsche Pfandbriefe, Anleihen deutscher Bundesländer und Anleihen von deutschen Förderbanken“. Neben der Hauptanlageklasse Renten hat das Münchner Kreditinstitut aus Gründen der Diversifikation weitere Anlageklassen wie beispielsweise Unternehmens- und Wandelanleihen in das Portfolio integriert.

Auch die Prozesse zur Steuerung und Risikokontrolle überzeugten die Experten. Sie begründeten ihre Entscheidung damit, dass die Prozesse den zeitgemäßen Erfordernissen eines großen Finanzinstitutes entsprechen. Das verstärkte Szenariodenken der Stadtparkasse München und die zum Einsatz kommenden Sicherungskonzepte spiegeln eine umfangreiche Reflexion der Finanzmarktkrise wider: „Festzuhalten bleibt, die Stadtparkasse München hat auf die mannigfaltigen Herausforde-

rungen der Finanzkrise sehr gut reagiert und konnte sich erfolgreich in turbulenten Marktphasen behaupten.“

### Stadtparkasse Augsburg:

## Großes Interesse an „Euro- Informationsveranstaltung“

„Die spinnen die Europäer – Scheitert Europa am Euro?“ - Mit dieser provokanten Fragestellung startete die „Euro-Informationsveranstaltung“ der Stadtparkasse Augsburg in der Kundenhalle der Hauptstelle. Vorstandsmitglied Cornelia Kollmer begrüßte die rund 500 Gäste gewohnt charmant und führte in einen Abend ein, der einen Ausblick auf den Konjunktur- und Kapitalmarkt gab.

Dr. Ulrich Kater, Chefvolkswirt der DekaBank Deutsche Girozentrale Frankfurt, beantwortete die Frage „Scheitert Europa am Euro?“ mit „Nein“ und hatte hierfür auch die entsprechenden Begründungen parat: „Der Euro wird nicht auseinanderbrechen – Griechenland vielleicht einmal ausgenommen. Das heißt aber nicht, dass der Euro ab jetzt reibungslos funktioniert.“

Ohne eine zentrale finanzpolitische Instanz mit Durchgriffsrechten funktioniert es nicht. Es ist weniger die Euro-Debatte, als die Nachwehen der Finanzkrise, die das Sparen und Anlegen in den kommenden Jahren grundlegend verändern werden.

Anleger in „sicherer“ Anlagen (Staatsanleihen „sicherer“ Staaten,

Bankeinlagen) werden in dem zu erwartenden Inflationsumfeld scheinbar enteignet: die Inflation ist schon jetzt vielerorts höher als die sicheren Zinsen. Das heißt aber, dass die Kaufkraft des Ersparnis mit den Jahren abnimmt.

Daher muss der Anleger dafür sorgen, mit seinen Anlagen mindestens die Inflationsrate zu verdienen. Da bei Staatsanleihen entweder die Verzinsung zu gering oder die Perspektiven zu unsicher geworden sind, muss man näher an der Wirtschaft investieren, also stärker in Sachwerte gehen, breit diversifiziert in Aktien, Unternehmensanleihen oder Gewerbeimmobilien, und zwar sowohl in Deutschland als auch international breit gestreut.“

### Deka Kommunal Consult GmbH. Kommunen – fit für die Zukunft!

Praxisnahe Kommunalberatung – Ein Mehrwert für Kommunen und Sparkassen.

- Investitionen wirtschaftlich realisieren.
- Immobilien effizient managen.
- Haushalts- und Finanzwirtschaft modernisieren.
- Den „Konzern Kommune“ für den Wettbewerb stärken.
- Krankenhäuser strategisch entwickeln.
- Verwaltung bedarfsgerecht organisieren.

Sprechen Sie uns an:

DKC Deka Kommunal Consult GmbH  
Hans-Böckler-Straße 33, 40476 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 88288 – 811, Telefax: (0211) 88288 – 781  
E-Mail: dkc@deka.de, Internet: www.dekalkc.de

DKC

Finanzgruppe



BayernGrund im GZ-Interview:

## Starker Partner bei kommunalen Investitionen

Investitionen in die Zukunft sind Voraussetzung für Wachstum und Entwicklung jeder Kommune. Jedoch erlaubt die finanzielle Situation der Städte und Gemeinden in Bayern nicht immer eine zeitnahe Realisierung dieser Vorhaben. Mit neuen Konzepten und einem umfangreichen Dienstleistungsangebot steht die 1972 gegründete BayernGrund Grundstücksbeschaffungs- und Erschließungs-GmbH mit Sitz in München und weiteren Geschäftsstellen in Nürnberg und Chemnitz den Gebietskörperschaften bei der Umsetzung ihrer Investitionspläne zur Seite.

Wie Geschäftsführer Gerold Draxler und die Abteilungsleiter Klaus Heller sowie Franz Schonlau in einem Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung erläuterten, ist ein Team von über 40 Mitarbeitern aus den unterschiedlichsten Disziplinen Garant für eine professionelle Realisierung des jeweiligen Vorhabens. Rund 1100 bayerische Gemeinden und Städte hätten bisher mit BayernGrund über 3500 Projekte verwirklicht. „Entsprechend groß ist der Vertrauensvorschuss“, urteilte Klaus Heller.

### Leistungsspektrum

Grob umrissen konzentriert sich das Leistungsspektrum der BayernGrund auf die Aufgaben Baulanderwerb und -erschließung, Bau- und Sanierungsmaßnahmen sowie Stadtentwicklung. Die Leistungen der BayernGrund werden bei vielen unterschiedlichen Infrastrukturprojekten eingesetzt – so in der Baulandentwicklung, der Flächenbevorratung, dem Neubau oder der Sanierung kommunaler Hochbauten, zudem bei Trink- und Abwasseranlagen, Hochwasserschutzanlagen, in der Photovoltaik, bei Maßnahmen zur Energieeinsparung, Contractingmodellen, städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen sowie bei Sanierungsträgerschaften.

Gerold Draxler zufolge „sehen wir uns als Ansprech- und Beratungspartner, letztlich als Begleiter des Bürgermeisters im politischen Prozess. Wir bieten bewährte und rechtssichere Vertragskonstruktionen an, die die Verwaltungen entlasten und u.a. im Rahmen einer Projektfinanzierung unabhängig von der aktuellen Haushaltsplanung manche Projekte erst möglich machen.“

Mit Blick auf das Geschäftsfeld Baulanderschließung wies Heller darauf hin, dass im klassischen Fall die Kommune selbst Grundstücke erwirbt und Träger der Erschließung ist. Ausschreibung und Vergabe werden von der Kommune in Zusammenarbeit mit den beauftragten Ingenieurbüros durchgeführt. BayernGrund nimmt als Finanzierungsdienstleister die Kredite auf und bezahlt die Kosten für die Herstellung der Erschließungsanlagen, die Herstellung aller erforderlichen Ver- und Entsorgungsanlagen und die Verbesserung oder Erneuerung von Ortsstraßen. Beim „Treuhandrischen Grunderwerb“ wickelt BayernGrund als Eigentümer über die Finanzierung hinaus auch den gesamten Grundstücksverkehr ab.

### Erschließungsträgerschaft

Als Alternative zur Erschließung durch die Kommune bietet BayernGrund ihren Kunden seit etwa zehn Jahren auch die Erschließungsträgerschaft nach § 124 Baugesetzbuch an. Vorher sei das Thema nach Draxlers Worten „für die Kommunen uninteressant“ gewesen. Dies habe sich erst geändert, als viele Städte und Gemeinden auch wegen ihrer Finanzsituation die kommunalen Eigenanteile nicht mehr tragen, sondern an die Grundstückseigentümer weitergeben wollen. Hier könne aus Sicht der Kommunen in vielen Fällen erheblich Geld gespart werden,

das an anderer Stelle dringend gebraucht wird.

Nach einem Beschluss des Gemeinde- bzw. Stadtrats zur Übertragung der Erschließung erarbeitet BayernGrund einen individuellen Erschließungs- und städtebaulichen Vertrag. In diesem Vertrag verpflichtet sich das Unternehmen, die Erschließungsanlagen auf eigene Rechnung herzustellen. Grundlage für die spätere Abrechnung der Erschließungskosten sind Kostenerstattungsverträge. Die privaten Grundstückseigentümer müssen für ihre Zahlungsverpflichtung eine Sicherheit vorlegen. BayernGrund übernimmt als Träger der Maßnahme die gesamte Steuerung und Koordination des Projektes. Die Kommune behält dabei uneingeschränkt ihr Gestaltungsrecht und die Entscheidungshoheit.

Bei kommunalen Baumaßnahmen und Maßnahmen zur Energieeinsparung fußt die Finanzierung dagegen auf einem Geschäftsbesorgungsvertrag, d. h. einem kreditähnlichen Rechtsgeschäft. Nachdem der Gemeinderat bzw. Stadtrat oder die Zweckverbandsversammlung entschieden hat, diesen Service zu nutzen, schließt die Kommune mit BayernGrund den Vertrag. Dieser ist von der Rechtsaufsichtsbehörde zu genehmigen. Laufzeit und Rückzahlung werden individuell auf das Projekt der Kommune abgestimmt. Der Finanzierungs-Service kann dadurch als Bauzeitmodell oder Amortisationsmodell (Langfristfinanzierung) genutzt werden.

### Amortisationsmodell

Während das Bauzeitmodell mit Laufzeiten bis zu zehn Jahren sich speziell für rentierliche Investitionen wie Wasser- und Abwassermaßnahmen anbietet (die zeitliche Lücke zwischen Kosten und späteren Einnahmen wird hier haushaltsneutral überbrückt), eignet sich das Amortisationsmodell insbesondere für nichtrentierliche und teilrentierliche Bauprojekte, dem „Brot-und-Butter-Geschäft eines Bürgermeisters“, wie Klaus Heller verdeutlichte. Hierzu zählt Neubau und Sanierung von z. B. Turnhallen, Feuerwehrhallen, Kindergärten und Schulen – „viele dabei auch in Verbindung mit dem Konjunkturpaket II“.

Das Amortisationsmodell mit einer langfristigen Laufzeit von bis zu 30 Jahren bietet die Finanzierungsvorteile eines PPP-Modells ohne dessen Nachteile. „Wir nennen das PPP mit der BayernGrund“, betonte Franz Schonlau. Die Vorteile für die Kommune liegen auf der Hand: Zum einen bleibt sie Träger und Eigentümer der Baumaßnahme „und damit Herr im eigenen Haus“, zum anderen wird das Projekt innerhalb der Laufzeit entschuldet. Die finanzielle Last wird zudem auf die Nutzungsdauer verteilt und der Tilgungsplan den Rückzahlungswünschen individuell angepasst. Auch entstehen keine Kosten für Objektgesellschaften. Schonlau: „Die Belastung wird also insgesamt entsprechend der zu erwartenden Nutzungsdauer gestreckt und den finanziellen Möglichkeiten der Kommunen angepasst.“

Basis der Finanzierung ist ein Kontokorrentkreditrahmen der Sparkasse, aus dem die Kosten in

der Bauphase nach Baufortschritt bezahlt werden (liquide Baukasse). Nach Fertigstellung der Baumaßnahme und Eingang von Fördermitteln oder Beiträgen wird der Restfinanzierungssaldo in der Rückzahlungsphase langfristig getilgt. Dabei werden Annuitäten- und Festdarlehen so miteinander kombiniert, dass das Zinsänderungsrisiko reduziert und eine kontinuierliche Tilgung bis zum Ende der Vertragslaufzeit sichergestellt wird.

„Dieses Finanzierungsmanagement ist integrierter Teil unserer Dienstleistung. Zins- und Tilgungsleistungen an BayernGrund werden aus dem Haushalt bezahlt. Das Kreditvolumen belastet auch in dieser Phase nicht den Vermögenshaushalt“, stellte Heller fest. Gleichzeitig verwies er darauf, dass auch alle Investitionen zur Energieeinsparung oder -gewinnung wie beispielsweise Baumaßnahmen zur Energieeinsparung, die Erstellung von Wärmenetzen oder Contractingmodelle mit externen Partnern über dieses innovative Modell finanziert werden können.

### Kommunales Bürgerbeteiligungsmodell

Ein breites Spektrum an Möglichkeiten bietet neuerdings ein von BayernGrund konzipiertes kommunales Bürgerbeteiligungsmodell für die Energiewende in Form einer GmbH & Co. KG. Als Komplementär fungiert die BayernGrund Verwaltungs-GmbH. „Mit der Bereitstellung eines gesellschaftsrechtlichen Rahmens ist BayernGrund der zentrale, professionelle Ankerpunkt in diesem Konstrukt“, so Heller.

Haftungsbeschränkung und eine klare Organisationsstruktur (Komplementär als Geschäftsführer) zählen ebenso zu den Vorzügen der GmbH & Co. KG wie die mögliche Einbindung von Bürgern, Kommunen (Art. 92 Gemeindeordnung), Sparkassen, Stadt- und Gemeindegewerken (sowohl auf Gesellschafterebene als auch hinsichtlich technischer Betriebsführung), aber auch von Bürgergenossenschaften. Zudem spielt der finanzielle Aspekt eine gewichtige Rolle: Es fällt keine Körperschaftsteuer an und die Gewerbesteuer ist bei der Einkommensteuer der Kommanditisten anrechenbar. Der Vertriebspartner vor Ort gewährleistet den Regionalbezug, Transparenz und Sicherheit schafft ein von Wirtschaftsprüfer und BaFin kontrollierter Verkaufsprospekt. Im Beratungsgespräch wird der Anleger über Chancen und Risiken aufgeklärt. Geschäftsführer Draxler geht davon aus, „dass noch in diesem Jahr vertragliche Grundlagen geschaffen werden und das erste Pilotprojekt spätestens Anfang 2013 starten kann“. Insbesondere beim Thema Windkraftanlagen würden konkrete Gespräche geführt.

### Aktive Kommune

Voraussetzung für das BayernGrund-Modell ist zunächst die Bereitschaft der Kommune, sich zu beteiligen und aktiv einzubringen. Das Investitionsvolumen sollte mindestens ein Windrad in der Größenordnung von etwa fünf Mio. Euro umfassen. Ein geeigneter Standort sollte vorhanden sein, der eine ausreichende Eigenkapitalrendite ermöglicht und genügend Beteiligungspotenzial zur Einwerbung des Eigenkapitals. Zudem bedarf es der Einbindung eines seriösen Projektentwicklers.

Auf eine bereits jahrzehntelange Erfahrung kann BayernGrund dagegen bei der Durchführung

von Stadtentwicklungsprojekten sowie der Modernisierung von Wohngebäuden verweisen. Um Synergien zu nutzen, wurden die konzernweiten Kompetenzen im Städtebaulichen Projektmanagement von der DKB Wohnungsbau- und Stadtentwicklung GmbH und der KGE Kommunalgrund GmbH in der BayernGrund GmbH zusammengeführt.

Einen gewichtigen Beitrag zum Erscheinungsbild leistet BayernGrund nach den Worten von Franz Schonlau beispielsweise im mittelfränkischen Schwabach. Seit 1975 betreibt die Kommune mit Unterstützung von BayernGrund die Stadtsanierung. Für die vorbildlich sanierte Altstadt wurde Schwabach als erste deutsche Stadt mit der „Europa-Nostramedaille“ für den Schutz des architektonischen und landschaftlichen Erbes in Europa prämiert.

### Stadtentwicklung

In Augsburg wiederum entsteht auf einer innerstädtischen, ehemaligen Kasernenfläche moderner Wohnraum für über 1.500 Bewohner, Gewerbeflächen für ein Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten sowie ein Studentenwohnheim, zwei Kindergärten und eine ausgedehnte Parkanlage zur Naherholung. Aufgrund zukunftsweisender Qualitätsmerkmale wurde das Projekt Prinz-Karl-Viertel durch die Bayerische Staatsregierung in das Sonderprogramm der „Offensive Zukunft Bayern - Neue Siedlungsmodelle“ aufgenommen. In Roth schließlich wurde auf dem Gelände einer Industriebrache ein Textilfachmarktzentrum etabliert, weitere Beispiele erfolgreicher Stadtentwicklung finden sich unter anderem in den fränkischen Städten Nürnberg, Windsbach und Röthenbach. **DK**



Das BayernGrund-Team Franz Schonlau, Gerold Draxler und Klaus Heller (v. l.) mit GZ-Chiefin vom Dienst Doris Kirchner. **□**

## Meitinger gründet Stiftung zugunsten Behinderter

### Kreissparkasse Augsburg übergibt Stiftungsurkunde an Walter Pietsch

Die Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse Augsburg freut sich über ein neues Mitglied: die Pietsch-Hoffmann-Stiftung. Mit dieser unterstützt der Meitinger Walter Pietsch die Arbeit des Dominikus-Ringeisen-Werks im Kloster Holzen, einer Einrichtung für Menschen mit Behinderung. Der Stifter nahm nun die Gründungsurkunde entgegen.

„Menschen mit Behinderung werden in den vier Wohnhäusern in Kloster Holzen nicht nur betreut, sondern erhalten dort eine Heimat und Arbeit in den Werkstätten“, beschreibt Walter Pietsch seine Motivation. „Da ich selbst schwerbehindert bin, möchte ich dies gerne fördern.“ Den Anstoß für das Engagement des 64-Jährigen, der selbst keine Nachkommen hat, gab der Tod seiner Mutter im Juni vergangenen Jahres. Mit einem Teil ihres Nachlasses schuf er den finanziellen Grundstock von

25.000 Euro für die Stiftung, die zum Andenken an die Mutter auch ihren Mädchennamen trägt.

### Dauerhaft Gutes bewirken

Über die Stiftergemeinschaft der Kreissparkasse gelang es, auf einfachem und schnellem Weg die Stiftung zu gründen. Im Gegensatz zu einer einmaligen Spende kann man mit den Erträgen einer Stiftung dauerhaft Gutes bewirken – auch über das eigene Leben hinaus. **□**



## Nehmen Sie die Energiewende in die Hand

Mit dem Energiekredit Kommunal Bayern fördern wir die energetische Sanierung Ihrer Gebäude der kommunalen und sozialen Infrastruktur.

Informieren Sie sich unter [www.bayernlabo.de](http://www.bayernlabo.de)

Das Förderinstitut der BayernLB

**Bayern Labo**

Zeil und Homann:

## Ausbau der Energienetze duldet keinen Aufschub

Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Martin Zeil hat sich zum Gespräch mit dem neuen Präsidenten der Bundesnetzagentur, Jochen Homann, getroffen. „Wir sind uns einig, dass dringender Handlungsbedarf besteht, um die Stromversorgung zu sichern“, betonten Zeil und Homann.

Aufgabe Nummer eins sei der Ausbau der Energienetze. „Die ‚Thüringer Strombrücke‘ von Altenfeld in Thüringen nach Redwitz in Oberfranken gehört zu den Projekten, die unabhängig von der Abschaltung weiterer Kernkraftwerke in Süddeutschland schon heute unverzichtbar sind, um die Netzstabilität zu gewährleisten“, erläuterte Homann im Rahmen des Gesprächs.

Die bayerischen Genehmigungsbehörden leisteten laut Zeil gute und schnelle Arbeit. „Die Bundesregierung ist jetzt gefordert, ihr seit langem angekündigtes ‚Bundesbedarfsplangesetz‘ schnell ins Gesetzblatt zu bringen. Denn das wird künftig die Verfahren erleichtern“, unterstrich Zeil. „Die Bundesnetzagentur wird ihren Beitrag zur Beschleunigung des Netzausbaus leisten“, ergänzte Homann.

### Netzausbau und neue Gaskraftwerke

Ebenso wichtig ist nach übereinstimmender Auffassung von Zeil und Homann, dass in Süddeutschland auch nach dem Abschalten der Kernkraftwerke noch genügend Kraftwerkskapazität vorhanden ist, die unabhängig von Wind und Sonnenschein Strom erzeugen kann. „Mit Blick auf Bayern rechnet die Bundesnetzagentur für die Jahre 2012 bis 2014 im Moment allerdings mit Stilllegungen von Kraftwerken mit einer Leistung von rund 1.700 Megawatt, denen in Bayern kein Zubau gegenüber steht“, betonte Homann. „Wir brauchen beides:

Netzausbau und neue Gaskraftwerke“, zeigte sich Zeil überzeugt.

Der Wirtschaftsminister unterstrich, dass es erforderlich sei, Anreize für den Bau neuer Gaskraftwerke zu schaffen. „Zahlreiche Gespräche mit potenziellen Investoren belegen, dass unter gegenwärtigen Marktbedingungen niemand in neue Kraftwerke investiert, die wir zum Erhalt der Versorgungssicherheit dringend brauchen“, erläuterte Zeil. Der Bund müsse jetzt schnell eine Entscheidung über die Einführung sogenannter Kapazitätsmechanismen fällen, mit denen honoriert werde, dass Kraftwerkskapazitäten für Zeiten mit hoher Stromnachfrage, aber ohne Wind und Sonne vorgehalten würden.

### Hoher Stellenwert der Versorgungssicherheit

„Die dringend notwendigen Investitionen in die Energieinfrastruktur dulden keinen Aufschub“, bekräftigte Zeil. Der hohe Stellenwert der Versorgungssicherheit rechtfertige, trotz der notwendigen umfassenden Reform des Markt-designs im Strommarkt, diesen Bereich vorzuziehen. Zumindest mittelfristig sei eine grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) unausweichlich, die mehr Kosteneffizienz in das System bringt. Mit dem Wechsel hin zu einem marktkonformen, europatauglichen Quotenmodell könnten auch die zusätzlichen Kosten für einen Kapazitätsmechanismus mehr als ausgeglichen werden, so Zeil abschließend. □

## Zuschüsse für kommunale Energiekonzepte

Landwirtschaftsminister Helmut Brunner will den bayerischen Kommunen bei der Umsetzung der Energiewende unter die Arme greifen. Wie der Minister zum Auftakt der Fachtagung „Land schafft Energie“ der Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Regensburg mitteilte, soll dazu die Entwicklung hin zu weitgehend energieautarken Kommunen in Bayern besonders gefördert werden.

Mit 75 Prozent der entstehenden Kosten will das Landwirtschaftsministerium entsprechende Energiekonzepte in 100 ländlichen Gemeinden bezuschussen. Um rasch Fortschritte zu erzielen, sollen vorrangig solche Kommunen zum Zug kommen, die bereits mit den Antern für Ländliche Entwicklung zusammenarbeiten oder entsprechende Projekte vorbereiten. Zudem will Brunner ein landesweites Beratungsnetzwerk aufbauen, das neben den Land- und Forstwirten auch den Kommunen und Investoren bei der Umsetzung von Energieprojekten zur Seite steht und Informationen aus erster Hand liefert.

Nach Aussage des Ministers ist die Verwaltung für Ländliche Entwicklung in Sachen Energiewende ein kompetenter Ansprechpartner und Ratgeber für die ländlichen Gemeinden und kommunalen Allianzen. Ein erfolgreicher Umstieg auf die erneuerbaren Energien sei nur mit einer Vielzahl kleiner, dezentraler und miteinander vernetzter Initiativen möglich. Das erfordere maßgeschneiderte Lösungen für jede Gemeinde und jede Region sowie eine frühzeitige und intensive Einbindung der Bürger. Die Verwaltung für Ländliche Entwicklung habe mit Dorfneuerung, Gemeindeentwicklung, Integrierter Ländlicher Entwicklung und Flurneuordnung die passenden Instrumente. Derzeit werden in rund 2.200 Projekten mehr als 1.300 Gemeinden betreut. □

## Grünes Licht für E-Wald

Überarbeitetes Konzept in Deggendorf vorgestellt

Zwar noch nicht endgültig gesichert, aber doch auf der Spur ist das groß angelegte Elektromobilitätsprojekt E-Wald. Es gibt nun einen genauen Plan, wie die Kommunen in den Modellversuch zur Erprobung von Elektro-Mobilität eingebunden werden.

In Deggendorf stellten Wirtschaftsminister Martin Zeil, der Deggendorfer Landrat Christian Bernreiter als Sprecher der niederbayerischen Landräte, Regens Landrat Michael Adam und Anton Drexler, stellvertretender Bezirksvorsitzende des Gemeindetags, das Konzept einer Arbeitsgruppe aus Vertretern von Innen- und Wirtschaftsministerium, Projektträger sowie der Re-

gierung von Niederbayern vor.

Damit die Lösung gelingt, müssen mindestens 60 Gemeinden in den Landkreisen Cham, Regen, Freyung-Grafenau, Straubing-Bogen, Deggendorf und Passau bereit sein, sich mit jeweils 15.000 Euro an einer E-Wald-GmbH zu beteiligen. Die sechs Landkreise sollen sich mit je 50.000 Euro beteiligen, sechs Sparkassen mit jeweils weiteren 50.000 Euro. Außerdem sind 650.000 Euro von Privatunternehmen zugesagt. So sollen 2,15 Millionen Euro zusammenkommen, mit denen Elektro-Fahrzeuge gekauft werden, die der Freistaat mit 50 Prozent fördert.

### Rechtsform

Über die geeignete Rechtsform einer solchen Gesellschaft waren die Partner zuletzt uneins gewesen. Die koordinierende Fachhochschule Deggendorf hatte deshalb bereits das Scheitern des Projektes und die Kündigung von Mitarbeitern befürchtet. Die zunächst favorisierte Aktiengesellschaft hatte sich als ungeeignet herausgestellt, da Gemeinden laut Kommunalrecht nicht betreten dürfen.

Wenn alle Projektteile wie geplant umgesetzt werden, müssen laut Bernreiter über 22 Millionen Euro investiert werden, von denen 15 Millionen vom Freistaat bereitgestellt würden. Minister Zeil betonte, an einer Deckelung der Förderung werde E-Wald sicher nicht scheitern. Sein Haus habe trotz der Differenzen der vergangenen Monate nie einen Zweifel gehegt, dass es im Grundsatz hinter dem Projekt stehe.

Landrat Bernreiter lobte den „engen Schulterschluss“ der beteiligten politischen Gremien und der Verwaltungsstellen. Die Idee bezeichnete er als „unverändert gut“. Und für Bürgermeister Drexler stellt das Projekt E-Wald eine große Chance für die Tourismusregion Bayerischer Wald dar.

Das Projekt „E-Wald“ umfasst mehr als 7.000 Quadratkilometer. Forscher untersuchen, ob Elektromobilität in ländlichen Räumen wie dem Bayerischen Wald realisierbar ist. Die ersten Testergebnisse der Forscher der Fachhochschule Deggendorf haben dies bestätigt. Ministerpräsident Seehofer hatte das Projekt vor zwei Jahren ins Leben gerufen. DK

Erneuerung von Straßenbeleuchtungsanlagen:

## Vorteile für Kommunen durch ÖPP

Von Rechtsanwalt Claudius Franke, LL.M. (Durham) und Rechtsanwalt und Wirtschaftsmediator Eric Holger Glatfeld\*

Die Beleuchtung von Straßen und Plätzen ist eine kommunale Pflichtaufgabe, die zumeist in den Landesstraßengesetzen ausdrücklich geregelt ist. Jede der rund 13.000 Kommunen in Deutschland hat eine verkehrssichere Straßenbeleuchtung im Rahmen der Daseinsvorsorge als originäre Aufgabe dauerhaft zu gewährleisten. Bereits seit langem bedienen sich Kommunen dabei der Unterstützung privater Unternehmen. Diese beschränken sich jedoch in vielen Fällen auf die Erbringung von Betriebsführungs- und Dienstleistungsaufgaben.

Die für einen nachhaltig kostengünstigen Betrieb erforderlichen Erneuerungsinvestitionen in das Anlagevermögen unterbleiben. Die Folge: Leuchten, Tragsysteme, Kabel und Schaltschränke werden über ihre betriebsübliche Nutzungsdauer hinweg genutzt und sind daher in vielen Kommunen hoffnungslos überaltert. Dies führt zu hohen laufenden Kosten für Instandhaltung und Strombezug, die nur durch eine umfangreiche Erneuerung der Straßenbeleuchtungsanlage - insbesondere durch den Einbau energieeffizienter Leuchten - reduziert werden können.

Der entstandene Investitionsstau ist in Anbetracht der Haushaltslage vieler Kommunen kurzfristig nicht zu beheben. Dieses Dilemma lässt sich durch die vertiefte Zusammenarbeit mit einem privaten Anlagenbetreiber im Rahmen einer sog. Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP) beseitigen.

Hierfür ist es zunächst erforderlich, den Bedarf an substanzerhaltenden Investitionen zu ermitteln. Aus einer Analyse des Alters der einzelnen Anlagenkomponenten lässt sich der in den nächsten Jahren anstehende technische Erneuerungsbedarf ableiten und der konkret zu tätigende Investitionsaufwand berechnen. In einem weiteren Schritt gilt es die herkömmlichen Betriebsführungsverträge mit privaten Partnern um das Investitions- bzw. Finanzierungselement zu erweitern.

Dabei wird das erforderliche Investitionsvolumen durch die Bildung von Zahlungsreihen auf die avisierte Vertragslaufzeit verteilt. Das Unternehmen, das die Beleuchtungsdienstleistungen erbringen und die Erneuerung der Anlage durchführen soll, erhält ein über die Vertragslaufzeit konstant bleibendes Beleuchtungsentgelt zur Vornahme der jährlich schwankenden Erneuerungsaufwendungen. Dadurch wird die Finanzierung der erforderlichen Erneuerungsmaßnahmen über die Vertragslaufzeit gestreckt. Eine kurze Vertragslaufzeit führt zu einem höheren, eine längere Vertragslaufzeit zu einem niedrigeren Beleuchtungsentgelt.

Dieses Vorgehen eignet sich besonders, wenn kurzfristig umfangreiche Energieeffizienzmaßnahmen angezeigt sind und der Kommune die finanziellen Mittel hierfür fehlen. Der Energieverbrauch der meisten Straßenbeleuchtungs-

anlagen lässt sich durch den Einsatz aktueller Technik erheblich (45 bis 85 %) reduzieren. Dies ermöglicht es, das beschriebene Finanzierungsmodell anzuzusteuern. Aufgrund des enormen Einsparpotentials und der über den Vertragszeitraum gleich bleibenden Vergütung erhält der Betreiber der Straßenbeleuchtungsanlage einen Anreiz, den zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses bereits bestehenden Investitionsstau möglichst zu Beginn der Vertragslaufzeit aufzulösen.

Der hieraus resultierende Margenzuwachs, bestehend aus der Differenz zwischen dem Beleuchtungsentgelt und den gesunkenen Kosten für den Anlagenbetrieb, verbleibt beim Anlagenbetreiber. Durch ein flankierendes Malusystem kann der Anreiz die Kosten der Anlage zügig zu optimieren verstärkt werden. Dazu wird etwa ein Durchschnittsalter für einzelne Anlagenkomponenten vereinbart, welches zu vorab bestimmten Zeitpunkten während der Vertragslaufzeit erreicht sein muss. Werden Vorgabe nicht erreicht, kommt es zu einem Abschlag auf das Beleuchtungsentgelt.

Der Vorteil für die Kommunen bei derartigen Finanzierungsmodellen besteht in der Haushaltssicherheit aufgrund des über die Vertragslaufzeit konstant bleibenden Beleuchtungsentgelts. Gleichzeitig erfolgt eine Modernisierung der Straßenbeleuchtungsanlage und wird die technische Substanz auf einem hohen Niveau erhalten. Das Eigentum von Bestandsanlagen kann während der Vertragslaufzeit bei der Kommune verbleiben, während Neuanlagen zum Zeitpunkt der mangelfreien Inbetriebnahme in das Eigentum der Kommune übergehen. Am Ende der Vertragslaufzeit erhält die Kommune eine sowohl technisch als auch wirtschaftlich optimierte Anlage, welche fortan - ohne Zuhilfenahme des beschriebenen Finanzierungsmodells - nachhaltig und effizient weiterbetrieben werden kann.

Gerade kleinere Kommunen sollten über die Möglichkeit einer Kooperation zur Auflösung des Investitionsstaus im Interesse einer langfristig möglichst kostengünstigen Straßenbeleuchtung unter Verwendung derartiger ÖPP-Modelle nachdenken.

\*Unsere Autoren sind tätig am Münchener Standort der Kanzlei Becker Büttner Held. □

LEW

Lechwerke



## SICHER. VERSORGT. LEW.

„Wir sind Tag und Nacht im Einsatz, damit bei Ihnen der Strom sicher ankommt. Wir beheben Störungen, koordinieren Ausbau und Wartung der Netze, kontrollieren regelmäßig die Umspannwerke und kümmern uns um das Straßenbeleuchtungsnetz.“

Werner Weiß, Elektromeister beim LEW Netzservice

VORWEG GEHEN

www.lew.de

## 5. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz am 29. Juni 2012

Die Stadt Neumarkt lädt zur 5. Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz ein. 14 Themenblöcke widmen sich während der ganztägigen Konferenz sowohl den Ergebnissen des diesjährigen UN-Klimagipfels von Rio, als auch den Möglichkeiten vor Ort, praxisnah und nachhaltig zu handeln.

Im Fokus der diesjährigen Konferenz stehen dabei Themenbereiche wie Green Economy, Lebensmittelverschwendung, der Werdegang des Ökoklosters Plankstetten, „20 Jahre Agenda 21“, „Fairer Handel“, „Nachhaltigkeit als Grundprinzip der Gemeindeentwicklung“, die Bedeutung des Regenwalds am Beispiel des Kongo, „Land Grabbing“ und das Projekt „Solar für Afrika“. Die Kinderakademie beschäftigt sich mit „Klimagerechtigkeit und Ernährung“.

Die Neumarkter Nachhaltigkeitskonferenz findet in der Zeit von 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr in den Festsälen der Residenz statt. Anmeldungen sind unter der Rufnummer 09181-255-111 möglich oder über [www.neumarkter-nachhaltigkeitskonferenz.de](http://www.neumarkter-nachhaltigkeitskonferenz.de) □



Erzieherin Nicole Wiesbeck (rechts) und Kinderpflegerin Alexandra Dickert betreuen momentan die ersten sechs „Stromspatzen“.

Bioenergie-Region Achenal:

## Holzvergaser mit Heatpipe-Technologie feierlich eingeweiht

Mit einem Festakt wurde kürzlich die neue Bioenergie-Anlage der agnion Technologies GmbH auf dem Gelände des Biomassehofs Achenal im Beisein von Ehrengast Prof. Dr. Kurt Biedenkopf ihrer Bestimmung übergeben.

Die Bioenergie-Region Achenal und der Biomassehof in Grassau sind somit um ein Wahrzeichen reicher: Der weltweit erste Holzvergaser mit Heatpipe-Technologie wird künftig 700 Haushalte im Achenal mit Strom und 200 mit Wärme versorgen.

Vertreter aus Politik und Wirtschaft gratulierten den Initiatoren im Achenal und den Mitarbeitern der agnion Technologies GmbH für die erfolgreiche Realisierung des Projekts und für deren unternehmerischen Mut. Die Region habe viel erreicht, stünde aber mit ihrem ehrgeizigen Ziel der Energie-Autarkie bis zum Jahr 2020 erst am Anfang, so die einhellige Meinung aller Redner.

Die Energiebeauftragte des Landkreises Traunstein, Dr. Birgit Seeholzer, betonte, dass man zwar stolz sei, bereits mehr als fünfzig Prozent des Stroms im Landkreis aus erneuerbaren Quellen zu beziehen. Jedoch sei noch viel zu tun, um den Vorsatz der Initiative „Sonnenkreis Traunstein“, die Deckung des gesamten Strombedarfs aus regenerativen Energien, auch verwirklichen zu können. Wege dazu seien im sogenannten bayerischen Dreisprung verankert: Energieeinsparung, Erhöhung der Energieeffizienz und Ausbau der erneuerbaren Energien.

### Handeln tut not

Rudi Jantke, Erster Bürgermeister der Marktgemeinde Grassau und zweiter Vorsitzende des Ökomodells Achenal, appellierte eindringlich an die Politik, nicht nur über die Energiewende zu reden, sondern auch die nötigen Maßnahmen zu deren Realisierung zu ergreifen. „Es gibt nichts Gutes, außer man tut es“, unterstrich Rudi Jantke seine Forderungen mit einem Zitat von Erich Kästner.

Die Bevölkerung in die Pflicht nahm indes MdL Klaus Steiner. Mitglied des Bayerischen Landtags: Zwar herrsche allgemeiner Konsens in der Bevölkerung zur Energiewende, aber wenn es um die Umsetzung ginge, hieße es oftmals „nicht bei mir vor der Haustür“. Man müsse alle Alternativen ausschöpfen - sei es die Energieerzeugung über die Windkraft, über Biomasse, Sonne, Wasserkraft oder Einsparungen über effektive Maßnahmen.

Dr. Stephan Mey, Geschäftsführer der agnion Technologies GmbH, lobte die Bioenergie-Region Achenal und Geschäftsführer Wolfgang Wimmer für den Mut, mit dem Heatpipe-Reformer auf eine neue, bislang noch nicht im Serienbetrieb erprobte Technik zu setzen. Sein Dank richtete sich auch an das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), das den Bau des Holzvergasers im Rahmen des Umweltinnovationsprogramms mit rund einer Million Euro förderte, und an die ausländi-

schon Investoren, auf die man antwortend gewesen sei, da deutsche Banken ihre Unterstützung untersagt hätten.

Der Vertreter des Umweltbundesamtes (UBA), Dr. Peter Pichel, zeigte sich erfreut über die erfolgreiche Realisierung des Projekts und über die gute Verwendung der Fördergelder. Mit dem Heatpipe-Reformer verfüge man über ein geeignetes Instrument für die Realisierung der CO<sub>2</sub>-Freiheit. Das UBA und das BMU würden die Verbreitung der innovativen Technik in Deutschland weiterhin fördern. Im Rahmen der gerade zu Ende gegangenen Hannover Messe habe der Holzvergaser sogar bei ausländischen Investoren großen Anklang gefunden. Er bedauerte es jedoch sehr, dass ihm die Ansiedlung in der Umgebung seiner Behörde in Dessau bislang nicht gelungen sei.

### Beeindruckter Ehrengast

Ehrengast Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Ministerpräsident a. D., zeigte sich beeindruckt von der innovativen Technik des Heatpipe-Reformers, habe er doch in seiner Jugend, in einer Zeit großen Mangels an Kraftstoffen, selbst ein Auto gefahren, das von einem Holzvergaser angetrieben worden wäre. Doch mit dem ersten Holzvergaser des Erfinders George Imbert aus den 1920er Jahren hat die Anlage in Grassau nur noch wenig gemein. Der neue Heatpipe-Reformer basiert auf einer Technik, die vor rund zehn Jahren an der Technischen Universität München entwickelt und von der agnion Technologies GmbH aus Pfaffenhofen a. d. Ilm zur Marktreife geführt wurde.

Kern des technischen Konzepts sind sogenannte Heatpipes. Mit deren Hilfe werden die erforderlichen Wärmeströme bei geringem Temperaturgefälle und hoher spezifischer Leistung zwischen Brennkammer und Reformer übertragen. Damit wird das Kernproblem des Wärmeeintrages zur Brennstoffvergasung auf einfache Weise energieeffizient und umweltfreundlich gelöst.

### Innovative Technik

Diese Innovation ermöglicht die Energiegewinnung aus holzartiger Biomasse mit einem Gesamtwirkungsgrad von 80 Prozent und einer Leistung von 380 kW Strom und 630 kW Wärmeenergie selbst in kleinem Maßstab. Zugleich spart die Anlage jährlich bis zu 2.800 Tonnen des Treibhausgases CO<sub>2</sub> ein und dies, ohne organisch belastetes Abwasser oder kohlenstoffhaltige Stäube zu produzieren. Sie ist damit beispielhaft für eine dezentral angelegte, ökologische und zugleich wirtschaftliche Energieversorgung in ländlichen Regionen. □

## „Stromspatz“ für E.ON-Mitarbeiterkinder

Kinderkrippe mit 24 Betreuungsplätzen

Regensburg. „Ich werde mit ganzem Herzen auf die Kinder zugehen, denn ich mache das mit Leib und Seele.“ Die Erzieherin Nicole Wiesbeck leitet seit kurzem die Kinderkrippe von E.ON Bayern, die die Mitarbeiter in einer Intranet-Namenssuche „Stromspatzen“ getauft haben. Schon jetzt betreut sie sechs Babys, die meisten um ein Jahr oder jünger.

Hoch motivierte und hoch qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für jeden Unternehmenserfolg unabdingbar. „Unsere Mitarbeiter sind hoch motiviert“, sagte der Personalvorstand von E.ON Bayern Andreas Ladda kürzlich auf der Jahrespressekonferenz und führte dies nicht zuletzt auf die Familienfreundlichkeit des Unternehmens zurück.

Die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf liege E.ON sehr am Herzen. Dazu gehörten auch entsprechende Angebote zur Betreuung von Kindern. Nach dem Umzug in die neue Hauptverwaltung an der Lilienthalstraße Ende letzten Jahres stehen seit 2. April zunächst elf Betreuungsplätze in der betriebseigenen Kinderkrippe bereit. Bis zum Sommer ist die Krippe nach der Anlaufphase bereit, die gesamte Kapazität von 24 Kleinen auszu-schöpfen.

### Mutter-Kind-Büro

Für die Krippe können Mitarbeiter ihre Kinder im Alter von sechs Monaten bis zum Eintritt in den Kindergarten mit etwa drei Jahren anmelden. Und noch ein familienfreundliches Projekt hat E.ON in der neuen Unternehmenszentrale gestartet: Das Mutter-Kind-Büro. Wenn Eltern im Notfall nicht wissen, wohin mit dem Nachwuchs, gehen die Kinder einfach mit Mama oder Papa ins Büro mit großer Spielecke.

Träger der Kinderkrippe sind die Johanniter, die hier professionelle Kinderbetreuung zur besseren Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familienleben anbieten. Bei voller Belegung kümmern sich bis zu sechs Betreuerinnen um die Krippengruppen. Die Fachkräfte sind Erzieher, Sozial- oder Diplompädagogen sowie Kinderpfleger.

Dem Neubau der Kinderkrippe

mussten die Betriebssportler einen Tennisplatz opfern. Jetzt sind in einem hellen, freundlichen und bunten Flachbau alle Einrichtungen vorhanden, die Kinder in einer modernen Krippe brauchen: Spielbereich, Schlafbereich mit sicheren Stockwerkbetten, Esszimmer, Bad- und Toilettenbereich mit Wickeltischen, ein Matratzlied und eine „Bobbycar-Rennstrecke“.

Von 7 bis 17 Uhr ist die Kinderkrippe werktags geöffnet, erzählen Nicole Wiesbeck und Kinderpflegerin Alexandra Dickert, wobei die Zeiten völlig flexibel gestaltet werden können. Natürlich müssen die Mitarbeiter für die Betreuung bezahlen, aber es wird individuell auf die Bedürfnisse eines jeden der Kleinen eingegangen: „Sie sollen sich hier wie zuhause fühlen.“ Dazu gehört auch, dass sie die gleichen Pflegeprodukte wie daheim bekommen oder ihr Nickerchen im eigenen Schlafsack machen können.

### Beruhigendes Gefühl

Schon nach der ersten Woche kommentiert eine Mama mit einem Wort: „Klasse!“ Es sei beruhigend, wenn man sein Kind mit zur Arbeit nehmen könne und die Öffnungszeiten an die Arbeitszeiten angepasst sind. Dem stimmt ein Vater uneingeschränkt zu. Wir hätten unsere Kleine nirgends anders hingegeben, dann hätte halt einer zuhause bleiben müssen. „So können wir beide in die Arbeit gehen und wissen unser Kind in einer vertrauensvollen Umgebung gut betreut.“

Warum ein Unternehmen so etwas macht? Personalvorstand Ladda: „Mit dieser neuen Einrichtung wollen wir unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine schnellere Rückkehr aus der Elternzeit ermöglichen und eine qualifizierte und arbeitsplatznahe Kinderbetreuung anbieten.“ □



Die E.ON-Mannschaft in (nicht alltäglicher) Aktion. □

## Spektakuläre 20.000-Volt-Seekabelverlegung

E.ON Bayern optimiert Stromversorgung rund um den Schliersee

Durch Netzverstärkung noch mehr Versorgungssicherheit für die Kunden: Dafür legte E.ON Bayern, zusätzlich zu den vier bereits vorhandenen, ein weiteres 20.000-Volt-Seekabel durch den Schliersee. Das neue Mittelspannungskabel führt in drei Abschnitten vom Umspannwerk Hausham durch den Schliersee bis nach Bayrischzell. Mit der Seekabelverlegung sind nun zwei der drei Bauabschnitte abgeschlossen. Der dritte Bauabschnitt - ein Erdkabel vom Südufer des Schliersees bis nach Bayrischzell - soll im Herbst fertig gestellt werden. E.ON Bayern investiert in diese Maßnahme insgesamt 1,4 Millionen Euro.

Die Trasse führt in etwa entlang der Bundesstraße 307 und ist insgesamt 21 Kilometer lang. Davon wurden 2,4 Kilometer mit einem Gewicht von 18 t entlang des Westufers von Breitenbach nach Fischhausen durch den See gelegt.

### Einsatz eines speziellen Schubschiffs

Das Kabel wurde auf bis zu 20 Meter Tiefe auf dem Seegrund versenkt. Ein spezielles Schubschiff sorgte für die Antriebsenergie. In den Uferbereichen wurde das Kabel durch Kunststoffrohre in den See eingeführt, die es auch vor Beschädigung schützen.

### 20 Fachleute

Unter der technischen Leitung des E.ON Bayern Netzzen-

ters in Kolbermoor begleitete eine Gruppe von 20 Fachleuten, bestehend aus Technikern, Mitgliedern der Wasserwacht Schliersee und Tauchern der E.ON Wasserkraft diese nicht alltägliche Aktion.

### Highlight

„Erdkabel verlegen - das gehört zu unserem täglichen Geschäft - aber Seekabel, das ist ein Highlight, das bei E.ON Bayern durchschnittlich alle zehn Jahre vorkommt“, betonte Christian Nagel, Mitglied der Geschäftsleitung der E.ON Bayern AG. „Die Verlegung von Seekabeln ist sehr aufwändig und mit hohen Kosten verbunden. Aber durch das neue Seekabel haben wir die Stromversorgung für unsere Kunden in der Region langfristig optimiert.“ □



## Ein Partner für alle Leistungen: die E.ON EnergieSpar-Sanierung

Legen Sie die energetische Sanierung Ihrer kommunalen Gebäude in kompetente Hände: Ihr persönlicher Ansprechpartner kümmert sich um alle Leistungen, von der ersten Analyse über die Bauausführung bis zur Abnahme.

Wir sind Ihr zuverlässiger Partner!

Sie profitieren von geringeren Energiekosten, schonen die Umwelt und steigern den Wert Ihrer Gebäude.

[www.eon-bayern.com/sanierung](http://www.eon-bayern.com/sanierung)



Wir informieren Sie gerne  
T 0180 - 2 15 14 15\*

\* 6 Cent pro Anruf aus dem deutschen Festnetz. Maximal 42 Cent pro Minute für Anrufe aus den Mobilfunknetzen.

e-on | Bayern

## Innovatives Energiemanagement:

# Batterie „Sonnenschein“

Technologien zur Speicherung von Strom sind ein Schlüssel für das Gelingen der Energiewende. Das Überlandwerk Krumbach, ein gemeinsames Tochterunternehmen der Lechwerke und der Stadt Krumbach, testet deshalb den Einsatz leistungsstarker Batterien in einem Privathaushalt, die den über eine Fotovoltaikanlage bei Sonnenschein erzeugten Strom speichern. Die Batterien versorgen am Nachmittag und in den Abendstunden die Haushaltsgeräte mit Strom. Später sollen sie zusätzlich den Energiebedarf eines Elektroautos decken.

Die Lechwerke haben in den Bereichen Erzeugung, Netz und Anwendungen für Endkunden eine Reihe von Projekten aufgelegt, in denen der Einsatz neuer Technologien erprobt und untersucht wird. Eine dieser neuen Technologien steht im Technikraum des Hauses von Dr. Ildiko Sugar, die im vergangenen Jahr westlich von Augsburg ihr neues Haus bezogen hat. Bei der Planung ihres Eigenheims hatte sie darauf geachtet, dass es den höchsten Anforderungen an den Klimaschutz entspricht.

## Geringer Heizenergiebedarf

Das Resultat ist ein Gebäude nach dem KfW-30-Standard, das einen Heizenergiebedarf von nur noch etwa 15 kWh/qm im Jahr hat. Eine Lüftungsanlage mit Wärmetauschern zur Wärmerückgewinnung sorgt für frische Luft und ein wohlthuendes Raumklima. Das nach Süden ausgerichtete Pultdach bietet Platz für eine integrierte Photovoltaikanlage mit einer Nennleistung von 23 kW. Sie erzeugt etwa 25.000 Kilowattstunden im Jahr. Das ist in Summe erheblich mehr, als die Ärztin für Hausgeräte, Lüftungsanlage und Wärmepumpe verbrauchen wird.

## Plusenergiehaus

„Man spricht in einem solchen Fall von einem Plusenergiehaus. Dieser Begriff ist allerdings nur zutreffend, wenn man die über einen längeren Zeitraum verbrauchten Strommengen saldiert“, erklärt Arno Pöhlmann, Geschäftsführer des Überlandwerks Krumbach (ÜWK). „Betrachtet man einzelne Tage, kann es durchaus sein, dass wegen fehlender Speichermög-

lichkeiten mehr Strom aus dem Netz bezogen als erzeugt wird.“

Dabei bringt das Haus von Ildiko Sugar sehr gute Voraussetzungen mit: Die Wärmepumpe ist mit einem 2.000 Liter fassenden Heizungs-pufferspeicher verbunden, der die Energie in Form von Wärme aufnehmen und wieder abgeben kann. Tagsüber kann die Wärmepumpenanlage auch an kalten, aber sonnigen Wintertagen die mit hoher Leistungszahl erzeugte Wärme im Pufferspeicher „zwischenlagern“. In den dann folgenden, meist noch kälteren Winternächten wird die Wärmeenergie dem Pufferspeicher entnommen und somit das Gebäude äußerst effizient beheizt.

## Testregelung

Pöhlmann hatte bereits den großen Pufferspeicher für das Haus von Ildiko Sugar angeregt und schlug ihr nun eine Testregelung beim Strombezug vor: Haushalt und Wärmepumpe sollten über eine gemeinsame Messeinrichtung an das Stromnetz angeschlossen werden. Der eingebaute Zähler ist ein Zweitarif-Zweirichtungszähler. Dieser kann Strombezug und Rücklieferung getrennt erfassen. Beim Strombezug gibt es darüber hinaus unterschiedliche Strompreise für Starklast- und Schwachlastzeiten.

## Batteriespeicher

Damit kann Ildiko Sugar die Erzeugung ihrer PV-Anlage sowohl für den Haushalt als auch für die Wärmepumpe nutzen und je nach Tarif getrennt verrechnen. „Wir wollten beim Thema Eigenverbrauch aber noch einen Schritt weiter in Richtung Stromspeicher

gehen“, berichtet der Geschäftsführer. In Kooperation mit der RWE Effizienz GmbH, die derzeit verschiedene Batteriespeicher testet, wurde deshalb ein System mit einem Lithium-Ionen-Akku mit einer Kapazität von 20,5 Kilowattstunden im Rahmen eines Pilotprojekts in das Haus eingebaut. Der Batteriespeicher kann Wechselstrom und Drehstrom erzeugen, den die Geräte im Haushalt sowie die Wärmepumpe benötigen.

## Dreijähriger Test

Die Testanlage ist nun seit einigen Wochen in Betrieb. „Wir wollen das System drei Jahre lang testen und verschiedene Fragestel-

# Durach verringert seinen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck

„Jede Bürgerin, jeder Bürger kann bei sich zu Hause für den Umweltschutz handeln. In Durach sind wir auf einem guten Weg“, fasst Bürgermeister Herbert Seger zusammen. 18.600 Tonnen CO<sub>2</sub> hat Durach bereits gespart und jährlich vermeiden sie 1860 Tonnen des Klimakillers CO<sub>2</sub>. Die Gemeinde hat sich für eine nachhaltige und sichere Energieversorgung entschieden und den Wegerechtsnutzungsvertrag Erdgas um 10 Jahre verlängert.

„Erdgas ist Partner der Erneuerbaren Energien“, sagt Markus Kittl, Sprecher der Geschäftsführung schwaben netz, „dadurch hält Durach für die Zukunft alle Möglichkeiten in der Hand – ob diese Bio-Erdgas oder Wasserstoff heißen“.

schwaben netz ist die Netzgesellschaft im Unternehmensverbund von erdgas schwaben. erdgas schwaben beauftragt die 100 %ige Tochtergesellschaft mit dem Bau und Unterhalt des fast 6.000 km langen Erdgasnetzes.

## Verlängerter Vertrag

Der erste Wegenutzungsvertrag mit der Gemeinde Durach wurde erst im Jahr 1983 geschlossen und geht nun durch den Beschluss des Gemeinderates vom 21.11.2011 bereits zum zweiten Mal in die Verlängerung. Bürgermeister Her-

bert Seger freut sich über die Entscheidung des Gemeinderates und die Fortführung des Vertragsverhältnisses. „Der Wegenutzungsvertrag mit erdgas schwaben wurde erstmalig im Jahr 1992 für weitere 20 Jahre verlängert. Schon damals durfte ich für die Gemeinde unterzeichnen. Deshalb freut es mich umso mehr, auch an der erneuten Verlängerung um weitere 10 Jahre mitzuwirken. Schließlich blicken wir zwischenzeitlich auf mehrere Jahrzehnte bester Zusammenarbeit zurück.“

## Mikroprozessor

Messtechnisch wird der Versuch maßgeblich durch das Umwelttechnikunternehmen Bacs & Söhne aus Gauting bei München unterstützt. Paul Bacs, Mitglied der Geschäftsführung, hat einen kleinen, leistungsstarken und preisgünstigen Mikroprozessor ent-

wickelt. Dieser wird am Zählerplatz wie eine Sicherung eingebaut und ist über ein Zweidraht-Bus-System mit den Smart-Metern verbunden. Die Zählerdaten werden im Abstand weniger Sekunden abgefragt und in diesem Mini-rechner gespeichert. Ein integrierter Webserver bereitet die Daten auf und stellt sie per Internet den Berechtigten zur Verfügung. Über einen Filetransfer lassen sich die Daten im Viertelstundenraster auch auf den eigenen Rechner übertragen und dort per Excel auswerten.



Über ein Touchpanel am Batteriespeicher oder von jedem PC aus kann die Anlage bedient und überwacht werden.

weit entfernt – auch wenn wir mit einer Lebensdauer von etwa 15 Jahren rechnen“, berichtet Pöhlmann. Allerdings werde es ähnlich wie bei der Entwicklung von Solarzellen wohl auch eine starke Preisdegression geben. Heute seien schon einphasige Speicher auf der Basis von Bleigel-Batterien mit einer haushaltstypischen Kapazität von etwa 5 kWh auf dem Markt. „Ich denke, ein solches System mit bis zu 50 qm PV-Modulen – auf dem Dach fertig montiert, inklusive der Wechselrichter, der Batterien und der Steuerung – kann für etwa 15.000 Euro angeboten werden. Das sind dann nur etwa 5.000 Euro mehr als ohne Batteriespeicher. Und so etwas rechnet sich auch nach der Neufassung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes“, stellt Pöhlmann fest.

## Preisdegression

„Mit einem Preis von deutlich über 20.000 Euro ist das Batteriespeichersystem, das wir eingesetzt haben von einer Marktreife noch

## Das Mikro-BHKW:

# Zuhause Strom und Wärme selber machen

Minimaler Energieverbrauch dank maximaler Effizienz

Mit einem Blockheizkraftwerk (BHKW) kann dezentral Strom und Wärme erzeugt werden, d. h. überall da wo sie auch gebraucht werden. Ein BHKW schöpft das Maximum aus der eingesetzten Energie – über 90 % werden vor Ort verwertet.

Inzwischen gibt es BHKWs für jede Größenordnung vom Industriebetrieb bis zum Privathaushalt. Das Mikro-BHKW, betrieben mit Erdgas oder Bio-Erdgas, wurde speziell für Ein-

ne. erdgas schwaben unterstützt die Anschaffung eines Mikro-BHKW mit einer finanziellen Förderung.

## KWK-Prinzip

Wie jedes BHKW funktioniert auch das Mikro-BHKW nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK): Ein Motor, betrieben mit Erdgas oder Bio-Erdgas, produziert Strom und dessen Abwärme wird für Heizung und Warmwasser genutzt. Bei Bedarf liefert ein Brennwertgerät zusätzliche Wärme. Wird mehr Strom erzeugt als verbraucht, wird er über den Stromzähler ins öffentliche Netz eingespeist und vergütet. Richtig auf den Verbrauch ausgelegt, amortisiert sich die Investition in ein BHKW innerhalb weniger Jahre.

## Ideale Kombination

Energiesparen heißt auch gleichzeitig die Umwelt schonen und dieser Umweltnutzen des BHKW lässt sich noch steigern: Ein Erdgas-BHKW funktioniert, wie jede Erdgasteknik, hervorragend mit CO<sub>2</sub>-neutralem Bio-Erdgas. Diese ideale Kombination macht die CO<sub>2</sub>-Bilanz der Heizung sogar negativ.

## Bio-Erdgas aus vier Anlagen

erdgas schwaben investiert jährlich über 10 Mio. Euro in den Bereich erneuerbarer Energien und bietet Bio-Erdgas aus vier regionalen Anlagen an. Dazu gehört Altenstadt, wo biogene Abfälle aus Unternehmen der Umgebung entsorgt werden, indem man daraus Bio-Erdgas gewinnt.

Detaillierte Informationen: [www.erdgas-schwaben.de](http://www.erdgas-schwaben.de).



Strom und Wärme selber machen mit dem **Mikro-BHKW**, dem Kraftwerk für zuhause

Wir beraten Sie gerne:

0821 9002-373, Mo-Do 8-17:00 und Fr 8-14:00 Uhr  
Informationen unter [www.erdgas-schwaben.de](http://www.erdgas-schwaben.de)

**erdgas schwaben**  
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

## Planungssicherheit

Markus Kittl dankt Bürgermeister Seger für das Lob und ergänzt: „Im Wegerechtsnutzungsvertrag Erdgas hat der Gesetzgeber die Rechte und Pflichten von Kommune und Netzbetreiber geregelt. „Wir erhalten von der Gemeinde Durach das Recht, öffentliche Straßen, Wege und Plätze für den Bau der Versorgungsleitungen zu nutzen. Hierfür erhält die Gemeinde die sogenannte Konzessionsabgabe, die in ihrer Höhe vom Gesetzgeber in der Konzessionsabgabenverordnung geregelt ist“, erläutert Markus Kittl. „Die Verlängerung um weitere 10 Jahre bedeutet also sowohl für die Kommune als auch für uns Planungssicherheit.“

## Eckdaten

In Durach sind derzeit rund 31 km Leitungsnetz verlegt und 750 Haushalte, Gewerbetriebe und kommunale Einrichtungen an das Versorgungsnetz angeschlossen. Dies bedeutet, dass jeder siebte der in Durach lebenden über 18-Jährigen Zugang zu Erdgas hat. Das benötigte Erdgas wird über die Hochdruckleitung „Oberes Allgäu“ und eine Gasdruckregelanlage in das Duracher Ortsnetz eingespeist.



Mikro-BHKW.

und Zweifamilienhäuser oder Kleingewerbetreibende entwickelt. Es spart rund 30 Prozent Primärenergie, bei einem bis zu 60 Prozent geringeren CO<sub>2</sub>-Ausstoß – und ist dabei kleiner als eine Waschmaschi-



V. l.: Mario Haak (Gemeindehauptverwaltung Durach), Markus Kittl (Sprecher der Geschäftsführung schwaben netz), Uwe Somer (Prokurist schwaben netz), Herbert Seger (1. Bürgermeister Durach).



Förderstandort der RAG im bayerischen Assing.

## Heimische Erdgasversorgung und ihr Potenzial für Bayern

Land und Kommunen stehen aktuell vor der großen Herausforderung, die Energiewende voranzutreiben und dadurch die Energieversorgung der Zukunft zu sichern. Ein wichtiger Aspekt hierbei ist die Entwicklung hin zu einer dezentralen, regionalen Energieversorgung, die CO<sub>2</sub>-arm ist und weitgehend unabhängig von teuren Importen macht. Hier kommt dem heimischen Erdgas eine besondere Bedeutung zu, denn die regionale Erdgasförderung ermöglicht die Realisierung der Energiewende bereits heute. Die österreichische Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft (RAG) fördert für und im Freistaat Bayern Erdgas und leistet so einen Beitrag zur sicheren Energieversorgung für Bayern spricht Kurt Sonnleitner, RAG-Vorstandsdirektor Technik.

**GZ:** Herr Sonnleitner, wo sehen Sie das Potenzial der heimischen Erdgasförderung für Bayern?

**Sonnleitner:** Gerade in der heutigen Zeit, in der das Thema Energiewende in aller Munde ist und die Regierung selbstige vorantreibt, kommt dem Erdgas

Kommunen auch einen ökonomischen Pluspunkt, beispielsweise durch neue Arbeitsplätze und Mehreinnahmen wie Gewerbesteuern.

**GZ:** Wie sehen Sie die Zukunft der Erdgasförderung in Bayern?

**Sonnleitner:** Erdgasförde-

trag zur Versorgungssicherheit: Es reduziert die Importabhängigkeit, stärkt die dezentrale Energieversorgung und ist eine CO<sub>2</sub>-arme, feinstaubfreie und regionale Energiequelle. Heimisches Erdgas punktet auf allen Linien!

**GZ:** Welche Rolle spielen Ihrer Ansicht nach die Kommunen bei der Umsetzung von Energie-Infrastrukturprojekten?

**Sonnleitner:** Kommunen kommt bei der Umsetzung regionaler Energie-Infrastrukturprojekte eine große Bedeutung als Mittler zu den Bürgern zu, denn von diesen hängt letztlich der Erfolg solcher Projekte ab. Es gilt den Bürgern die Bedeutung einer dezentralen, regionalen Energieversorgung zu vermitteln.

In Österreich hat die Förderung von Erdgas bereits einen hohen Stellenwert: Die österreichische Erdgasförderung entspricht dem jährlichen Erdgasverbrauch von rund 80 % der österreichischen Haushalte!

**GZ:** Wie sehen Sie hier die Rolle der RAG bei solchen Projekten?

**Sonnleitner:** Die RAG handelt generell stark dialogorientiert. Alle Projekte werden stets im Dialog mit Kommunen, Bürgern und Anrainern vor Ort umgesetzt, da wir Förderprojekte in möglichst großem Einvernehmen mit der Bevölkerung umsetzen wollen.

**GZ:** Wie erfolgt die Förderung von Erdgas in Bayern seitens der RAG?

**Sonnleitner:** Wir bauen auf einer jahrzehntelangen Erfahrung auf. Alle unsere Projekte unterliegen höchsten Sicherheits- und Umweltstandards.

Bei unserem Förderprojekt im bayerischen Assing werden seit Februar 2012 täglich rund 20.000 Kubikmeter umweltschonendes Gas für bayerische Kunden gefördert.



Kurt Sonnleitner, RAG-Vorstandsdirektor Technik.

– noch dazu dem heimischen Erdgas – eine besondere Bedeutung zu. Das heimische Erdgas leistet einen wichtigen Beitrag bei der dezentralen Energieversorgung und beim Ausbau der Infrastruktur der erneuerbaren Energien.

**GZ:** Welchen Nutzen haben die Kommunen von einer dezentralen Energieversorgung?

**Sonnleitner:** Durch die Nutzung der regionalen Ressourcen, wie Erdgas, werden Kommunen zunehmend unabhängiger in ihrer Energieversorgung. Und Erdgas leistet einen weiteren Beitrag, der den Kommunen zugutekommt: Auf der einen Seite sprechen wir hier von einem doch bedeutenden ökologischen Vorteil. Durch den unterirdischen Transport und die kurzen Transportwege des umweltfreundlichen, heimischen Erdgases haben wir hier eine sehr umweltschonende Ressource. Andererseits gibt es für die

Region hat in Bayern bereits Tradition. So wurden hier in den letzten Jahrzehnten über 50 Erdgas- und Erdöllagerstätten entdeckt. Heimisches Erdgas leistet einen bedeutenden Bei-

### Die Bedeutung von Erdgas in Bayern

- ▶ Beim jüngsten Förderprojekt, das die RAG gemeinsam mit der Bayerngas GmbH im bayerischen Assing umsetzt, werden täglich rund 20.000 Kubikmeter Erdgas zu bayerischen Kunden gefördert. Seit Jahresbeginn wurden hier bisher über 1 Mio. Kubikmeter gefördert.
- ▶ Ein weiteres Bohrprojekt ist in Breitbrunn in Planung. In dieser Lagerstätte werden rund 300 Mio. Kubikmeter Erdgas vermutet. Dies entspricht dem Bedarf der Stadt Rosenheim für rund 30 Jahre.
- ▶ Die RAG handelt nach dem Grundsatz „Verantwortung aus Tradition“. Das Unternehmen fördert seit 1935 Öl und Gas in Mitteleuropa und unterstützt eine regionale Energieversorgung für die Bürger.

50 Jahre ESB:

## Energie Südbayern hilft vor Ort

Unterstützung u. a. für die Starnberger St. Johannis-Almeida Sozialstiftung

Energie Südbayern (ESB) ist seit einem halben Jahrhundert fest in Südbayern verwurzelt. Dass diese Region eine der reizvollsten und gleichzeitig aber auch der struktur- und sozialstärksten ist, folgt aus dem Bewusstsein der Bürger vor Ort, die Verantwortung für ihre Mitmenschen übernehmen. Dieses Engagement wird nun von der ESB ausgezeichnet, als Dankeschön und Anerkennung für die Leistung, die oft ehrenamtlich geleistet wird. Im Rahmen des 50-jährigen Jubiläums ist die ESB von März bis Oktober mit dem EnergieMobil in Ober- und Niederbayern unterwegs. Auf jeder der einzelnen Stationen der ESB Südbayern Tour 2012 werden ausgewählte gemeinnützige Projekte unterstützt.

In Starnberg erhielt die St. Johannis-Almeida Stiftung einen Scheck über 1.000 Euro. Ferdinand Pfaffinger, Bürgermeister der Stadt Starnberg und Vorsitzender des Stiftungsrates, freute sich sehr über die Spende: „Mit dem Geld wird in Not geratenen Starnberger Bürgern geholfen. Wir können das Geld gut brauchen.“ Denn selbst in einer der reichsten Gegenden Deutschlands gibt es Menschen, die große Not leiden und sich oft erst trauen, um Hilfe zu bitten, wenn sie keinen anderen Ausweg mehr sehen. Die Stadt kann sich durch die St. Johannis-Almeida Stiftung solcher Hilferufe annehmen.

den muss. Im EnergieMobil hat jeder die Gelegenheit, auf einem Fahrrad mit eigener Muskelkraft Strom zu erzeugen. Die

mühsam gewonnene Energie steht gleichzeitig zur Benutzung einer Carrera-Bahn zur Verfügung und für eine Runde Spaß muss ganz schön gestrampelt werden! Hausbesitzer können sich einen kostenlosen Energie-Check von einem unabhängigen Energieberater holen und sich über die neueste Technologie informieren: vom Mikro-Blockheizkraftwerk bis zur Mini-Gaswärmepumpe.

Weitere Infos zum Jubiläum, u. a. den Tourkalender, gibt es unter <http://www.esb.de/50>.



Von links: Jürgen Hirtz, Hauptabteilungsleiter Handel/Vertrieb Energie Südbayern, Ferdinand Pfaffinger, Bürgermeister der Stadt Starnberg, Martin Filser, Unternehmenskommunikation Energie Südbayern, Michael Herle, Bezirkskaminkehrermeister und Gebäudeenergieberater. Text und Bild: CH

### Therapeutischer Aspekt

Für die ESB hat die Tour auch einen therapeutischen Aspekt. Schließlich wissen viele Leute nicht, in welchen Dimensionen im Energiebereich gedacht wer-

### Ökostrom und Erdgas zum fairen Preis.

Günstig, umweltfreundlich, unkompliziert – Ökostrom aus 100 % Wasserkraft und Erdgas von Energie Südbayern lohnen sich für Sie und für die Natur. Zählen Sie auf unseren TÜV-zertifizierten Kundenservice. Über 160.000 Haushalte profitieren davon. Erfahren Sie mehr unter [www.esb.de](http://www.esb.de) oder über unsere kostenlose Hotline: 08 00/03 72 372



Energie Südbayern GmbH

**ESB**  
IDEEN. INNOVATIONEN. ENERGIE.

## Energiewende als Chance für die kommunale Wertschöpfung

Energieberater unterstützen die Kommunen dabei, das lokale Wertschöpfungspotenzial Erneuerbarer Energien auszuschöpfen. Das Unternehmen Green City Energy hat dafür eine innovative Software entwickelt. Bürgerbeteiligungsmodelle machen die lokale Energiewende bezahlbar und die Wertschöpfung kann in der eigenen Kommune gehalten werden.

Die Nutzung der Windkraft an Land ist zu einem entscheidenden Erfolgsfaktor für die Energiewende und den Aufbau einer dezentralen Energieversorgung geworden. Auch an windschwächeren Standorten im Binnenland sind Windparks heute durch modernste Anlagentechnik wirtschaftlich. Und Erneuerbare Energien sind ein Konjunkturmotor, fast 370.000 Menschen waren im Jahr 2010 in diesem Bereich beschäftigt. Die Tendenz war bisher steigend: Seit 1998 hatte sich die Zahl mehr als verdreifacht.

### Aktive Kommunen

Für die Kommunen stellt sich nun die Frage, wie sie sich die regenerativen Energiepotentiale in ihrer Region sichern können, um selbst von der steigenden Wertschöpfung zu profitieren. „Durch den Bau und Betrieb regenerativer Anlagen wie Windparks entstehen nicht nur qualifizierte Arbeitsplätze, zugleich steigen auch die Auftragsingänge für lokale Handwerker und die Gewerbesteuererträge für die Gemeinde“, erklärt Peter Keller, Bereichsleiter für Kommunale Energieberatung des Münchner Energiedienstleisters Green City Energy. „Daher sollten die Kommunen hier selbst aktiv werden und sich nicht die Butter vom Brot nehmen lassen.“

Die Grundlage einer erfolgreichen kommunalen Energiewende ist zunächst die Erhebung der vorhandenen Potentiale und die Identifizierung geeigneter und konsensfähiger Anlagen-Standorte. Fehlt den Kommunen dafür das entsprechende Fachwissen, empfiehlt sich die Unterstützung

durch professionelle Energiedienstleister wie etwa Green City Energy und KlimaKom, die bayerischen Marktführer für kommunale Energieberatung. Im Rahmen von Klimaschutzkonzepten werden der voraussichtliche zukünftige Energiebedarf, gegebene Einsparmöglich-



Windkraftanlage in Unterried. □

lichkeiten sowie die regionalen Potentiale ermittelt und individuelle und handlungsorientierte Maßnahmenkataloge auf die Ziele der Kommune zugeschnitten.

Um den jeweils passenden Maßnahmenmix für die betreffende Region zu ermitteln, hat Green City Energy eigens ein innovatives Tool entwickelt. „Das Tool „Optimix“ bietet den Kommunen eine übersichtliche Entscheidungsgrundlage. Neben der Bestimmung des Investitionsbedarfs und der Ermittlung der regionalen Wertschöpfung zeigt es

unter anderem priorisierend auf, wo der Einsatz Erneuerbarer Energien dringend und sinnvoll ist“, erläutert der Entwickler Dr. Martin Demmeler von Green City Energy. Momentan ist das Tool im Rahmen der Entwicklung eines Klimaschutzkonzeptes für den Wirtschaftsraum Augsburg im Einsatz.

### Hebel für die Energiewende

„Das Ergebnis des anhand von „Optimix“ errechneten Szenarios zeigt uns sehr anschaulich, wo die großen Hebel für die Energiewende in der Region sind“, kommentiert Hans Peter Koch, Klimaschutzbeauftragter der Stadt Augsburg, das neue Angebot des Energiedienstleisters. „Zusammen mit der umfassenden Datenerhebung zum Wärme- und Strombedarf und den Potentialen der Erneuerbaren Energien liegt eine sehr gute Planungs- und Entscheidungsgrundlage für das zu verabschiedende Konzept vor.“

Auf Wunsch unterstützt Green

### Kooperationsforum der Bayern Innovativ GmbH:

## Gaskraftwerke - zentral und kommunal

Moderne, hocheffiziente Gaskraftwerke eignen sich besonders gut zur Ergänzung einer zunehmend auf erneuerbaren Energien basierenden Stromversorgung. Die hohen Lastgradienten dieser Anlagen harmonisieren mit der unvermeidbar fluktuierenden Einspeisung aus Windkraft- und Photovoltaikanlagen. Der beschlossene Umbau der Infrastruktur bietet in den nächsten zehn Jahren speziell in Bayern ein erhebliches Ausbaupotenzial von insgesamt mehr als 4.000 MW sowohl für zentrale Gaskraftwerke als auch dezentrale Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung. Ein modernes Gasnetz und die bereits vorhandenen Speichersysteme bieten hierfür beste Voraussetzungen.

Vor diesem Hintergrund konzipierte und organisierte die Bayern Innovativ GmbH, Projektträger des Bayerischen Energie-Forums und verantwortlich für das Management des Clusters Energietechnik, das Kooperationsforum „Gaskraftwerke - zentral und kommunal“. Über 160 Experten aus allen Bereichen der Branche berichteten in München über die Rahmenbedingungen für Gaskraftwerke, die Weiterentwicklung der Konzepte und Komponenten und gaben Einblick in die neuesten technologischen Entwicklungen.

Verbesserungen im Teillastbereich, Optimierung im fluktuierenden Betrieb und die Eignung für den stromgeführten Betrieb mit Kraft-Wärme-Kopplung sind die aktuell drängenden Themen der Kraftwerksbranche. Prof. Dr. Josef Nassauer, Geschäftsführer der Bayern Innovativ GmbH meinte: „Um die mit dem Energieumstieg verbundenen Herausforderungen bewältigen zu können, sind Kooperationen zwischen den Herstellern von Gaskraftwerken, deren Zulieferern, den Komponentenherstellern und weiteren Branchen wie den Netzbetreibern notwendig, um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten und der Kraftwerksindustrie eine führende Rolle zu erhalten, in Bayern und Deutschland aber auch darüber hinaus“, betonte Nassauer.

Laut Wirtschaftsminister Martin Zeil hat sich inzwischen herumgesprochen, dass die „Energiewende“ in Bayern ohne neue Gaskraftwerke und einen Ausbau des Gasnetzes nicht funktionieren wird. „Dieses neue öffentliche Bewusstsein für den Energieträger Gas ist ein Erfolg unseres Energiekonzeptes“, konstatierte Zeil. Er appelliert an die Bundespolitik, die Rahmenbedingungen für Investitionen in Kraftwerke und Stromnetze zu verbessern. Benötigt würden nicht nur das angekündigte Förderprogramm für neue Kraftwerke, son-

der auch weitere Maßnahmen wie die Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes und zusätzliche Anreize für den Bau hocheffizienter Gaskraftwerke.

### Finanzierung durch Bürgerbeteiligung

Bürgerbeteiligungsmodelle halten dabei die Kosten für die Gemeinde in Grenzen und steigern außerdem die Akzeptanz noch weiter. Und das Interesse von Kleinanlegern an Investitionen in diese ökologischen Sachwerte ist groß: Einer Studie des Marktforschungsinstituts trend:research zufolge machten im Jahr 2010 unter den regenerativen Anlagenbesitzern Privatpersonen mit etwa 42 Prozent den Löwenanteil aus. So schaffen Bürgerbeteiligungsmodelle den Dreisprung und verknüpfen den ökologischen Gewinn mit ökonomischen Vorteilen für Kommunen und Privatpersonen gleichermaßen.

Weitere Informationen zur kommunalen Energieberatung unter [www.klima-kommune.de](http://www.klima-kommune.de)

## Bürgerwind Edelsfeld baut mit an Energiezukunft

### Eröffnung des neuen Windparks Edelsfeld im Landkreis Amberg-Weilburg

Ganz Bayern baut an einer neuen und einer anderen Energiezukunft, so wie jetzt die Gemeinde Edelsfeld und ihre Bürgerinnen und Bürger mit ihrem neuen Windpark an der Zukunft ihrer Region bauen. Der kürzlich offiziell ans Netz angeschlossene Bürgerwindpark Edelsfeld ist deshalb ein landesweites Musterprojekt für die angestrebte Energiewende im Freistaat - „weil hier einfach alles stimmt und alles zusammenpasst“, wie Gisela Wendling-Lenz und Ulrich Lenz, die Ostwind-Unternehmensleitung, anlässlich der Einweihung zufrieden konstatierten.

Gleichzeitig bedankten sie sich bei all jenen, die das Projekt möglich gemacht haben. „Unser Dank gilt Landrat Richard Reisinger und den beteiligten Behörden für das zügige Genehmigungsverfahren. Er gilt Bürgermeister Hans-Jürgen Strehl und den Gemeinderatsmitgliedern für den Mut und Weitblick, sich auf ein solches Projekt einzulassen und es konsequent zum Wohl der eigenen Gemeinde und der Gemeindebürger zu nutzen. Er gilt Erich Wust für die ebenso engagierte wie sachkundige Organisation der Bürgerbeteiligung und gilt nicht zuletzt den Gesellschafterinnen und Gesellschaftern der Bürgerwind Edelsfeld, weil sie damit Mut zur Zukunft zeigen“, heißt es bei Ostwind.

### Strom für über 3.000 Haushalte

Das Bürgerwind-Projekt Edelsfeld, das sind 2 Enercon E 82-E2 mit je 2,3 MW Leistung, einer Nabenhöhe von 138 m und einem Rotordurchmesser von 82 m, die Strom für über 3.000 Haushalte erzeugen und mit einem Anteil von 7.700 Tonnen pro Jahr zur CO<sub>2</sub>-Einsparung beitragen. Sie stehen auf kommunaler Fläche, gehören der Gemeinde selbst sowie den Bürgerinnen und Bürgern von

Edelsfeld – und zu einem kleineren Teil auch darüber hinaus. Sie produzieren weitaus mehr elektrische Energie, als alle Haushalte in der Gemeinde verbrauchen. Geplant und gebaut wurde das Projekt von der Ostwind-Gruppe aus Regensburg.

### Erfolgreicher Schritt

Mit dem Bau und der Inbetriebnahme des Bürgerwindparks Edelsfeld ist die Energiewende im Landkreis Amberg-Weilburg erfolgreich vorangebracht worden. Zu hoffen ist, dass diesem eingeschlossenen Schritt in ein neues Energiezeitalter bald weitere folgen. Der Wind steht gut und die Potentiale im Landkreis sind gegeben. Ostwind will diese weiterhin nutzen – gemeinsam mit den Kommunen und gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

Ostwind ist ein unabhängiges Familienunternehmen, das von Gisela Wendling-Lenz und Ulrich Lenz gleichberechtigt geleitet wird. Die in Regensburg, Straßburg und Prag ansässige Firmengruppe entwickelt, projektiert und errichtet Windparks. Bisher hat Ostwind 70 Projekte mit insgesamt 440 Anlagen und einer Leistung von 640 MW geplant, gebaut und ans Netz gebracht. □

### STEAG New Energies:

## Partnerschaftsmodell für Stadtwerke geplant

Saarbrücken. Die Steag New Energies GmbH plant eine Projektgesellschaft im Bereich der erneuerbaren Energien. Über ein Partnerschaftsmodell werden Stadtwerke in regenerative Energien investieren können.

Neben der gemeinsamen Realisierung von Neuprojekten aus den Bereichen Onshore Wind, Bioenergie und Geothermie wird das Unternehmen gleich zu Beginn aus seinem eigenen Erzeugungsportfolio eigene Biogas-Anlagen und Onshore Projekte in die Kooperation einbringen. „Unser Portfolio mit verschiedenen Technologien und Standorten bedeutet für die Stadtwerke eine Risikostreuung.“

Auch bieten wir den Kommunen den Vorteil des Zugangs zu größeren Projekten und den Zugriff auf unsere technische Kompetenz“, erklärt Dr. Stephan Narrath, Sprecher der Geschäftsführung der Steag New Energies.

Installation gasbetriebener Blockheizkraftwerke entstehen. Die aktuell verfügbaren Anlagen hätten dabei einen hohen Grad der technischen Reife erlangt und skalierten von Kleinanlagen bis in den Multi-Megawattbereich.

Mit einem elektrischen Wirkungsgrad von klar über 40 % und einem Gesamtwirkungsgrad von über 90 % im KWK Verbund stellen diese Anlagen eine echte Alternative zu zentralen Kraftwerken dar. Durch die verbrauchsnahe Erzeugung von Strom und Wärme würden zudem die Netze entlastet. Voraussetzung für einen dauerhaft wirtschaftlichen Betrieb sei allerdings ein entsprechender Wärmebedarf und künftig die Kombination mit Wärmespeichern für den optimalen Einsatz im stromgeführten Betrieb.

Das Tochterunternehmen der Steag GmbH ist innerhalb des Steag Konzerns auf dezentrale Energieerzeugung insbesondere bei erneuerbaren Energien spezialisiert. Steag New Energies wird eine Tochtergesellschaft gründen und 51 % der Anteile an dieser Gesellschaft halten.

Die übrigen 49 % sollen an eine kommunale Beteiligungsgesellschaft gehen, in der die kommunalen Partner ihre Aktivitäten bündeln können. Derzeit würden erste Gespräche mit potentiellen Partnern geführt. Die Kooperationsgesellschaft solle nach derzeitigen Planungen zum Jahreswechsel an den Start gehen. □

Das jüngst in Bayern gebaute GuD-Kraftwerk in Irsching mit dem derzeit weltweit höchsten Wirkungsgrad macht deutlich, dass technologischer Fortschritt essenziell ist, um die Kraftwerke an die künftigen betrieblichen Herausforderungen anzupassen. Wie Dr. Peter Maagh von der E.ON Kraftwerke GmbH und Lothar Balling von GT Power Plant Solutions Siemens AG in Erlangen darstellten, sei dieser Erfolg nur durch eine abgestimmte und vertrauensvolle Kooperation der Projektpartner möglich gewesen. Für die exportorientierte Kraftwerksindustrie in Bayern habe sich die Anstrengung gelohnt, der erfolgreiche Abschluss des Projektes stelle eine herausragende Referenz für künftige Aktivitäten dar. **DK**



Die Regensburger OSTWIND-Gruppe realisiert Windparks – aus Überzeugung. Denn Windkraft ist Energie fürs Leben. Aus der Region und für die Region.

OSTWIND-Gruppe  
93047 Regensburg  
[www.ostwind.de](http://www.ostwind.de)

**OSTWIND**

## 20 Jahre Flughafen München II:

## Bayerns Tor zur Welt

Im Rahmen eines Festempfangs feierten Betreiber, Partner und Nutzer des Münchner Flughafens 20. Jahrestag der Eröffnung des Münchner Flughafens. Nach der historischen Nacht des Flughafenzugs von München-Riem ins Erdinger Moos war der neue Airport am 17. Mai 1992 pünktlich und reibungslos in Betrieb gegangen.

„Der Flughafenstart war ein gigantisches Zukunftsversprechen und dieses Versprechen ist mehr als eingelöst worden“, erklärte Dr. Michael Kerkloh, Vorsitzender der Geschäftsführung der Flughafen München GmbH (FMG). Der Münchner Airport habe in seinen ersten 20 Münchner Betriebsjahren eine „weit über den Branchendurchschnitt verlaufende Wachstumsentwicklung“ vollzogen. Motor des Aufstiegs des Münchner Flughafens sei insbesondere dessen funktionale Weiterentwicklung zu einem Drehkreuz des internationalen Luftverkehrs gewesen.

Eröffnung hätten sich die Flugbewegungen mehr als verdoppelt, die Passagierzahlen stiegen sogar auf mehr als das Dreifache. 2011 war für den Flughafen München ein Rekordjahr. 37,8 Millionen Passagiere nutzten den Flughafen, was einer Zunahme um über 3 Millionen Fluggäste entspricht. Damit wurde allein in München ein Drittel des gesamten Passagierzuwachses aller deutschen Verkehrsflughäfen erzielt. Das Luftfrachtaufkommen war in 2011 über fünf Mal größer als im ersten Betriebsjahr 1992.

## Jobmaschine

Analog zu seinem dynamischen Verkehrswachstum entwickelte der Münchner Flughafen auch als Wirtschaftsmotor und „Jobmaschine“ immer mehr Schubkraft, ergänzte Kerkloh. Während im Eröffnungsjahr 1992 insgesamt 12.000 Beschäftigte am Flughafen München

arbeiteten, sind es mittlerweile mehr als 30.000 Mitarbeiter, die bei 550 Unternehmen und Behörden am Flughafen München unter Vertrag stehen. Da mit jedem neuen Arbeitsplatz am Flughafen ein weiterer Arbeitsplatz in der Region induziert werde, reichen die Beschäftigungsimpulse des Airports weit über den Flughafenzaun hinaus.

„Der Flughafen München ist Bayerns Tor zur Welt. Als stark exportorientiertes Land braucht der Freistaat gute internationale Flugverbindungen“, sagte Minister Zeil. Das gelte auch für die Zukunft. Deshalb ist Zeil davon überzeugt, dass die Dritte Start- und Landebahn für die langfristige Entwicklung Bayerns enorm wichtig ist.

Durch die Erweiterung werde der Flughafen in die Lage versetzt, dem für das Jahr 2020 beziehungsweise 2025 prognostizierten Ver-

kehrsbedarf von rund 536.000 beziehungsweise rund 590.000 Flugbewegungen gerecht zu werden. Diese Nachfrage könne auf dem bestehenden Zweibahnssystem mit einer maximalen Kapazität von rund 480.000 Flugbewegungen nicht abgewickelt werden.

## Dritte Start- und Landebahn

„Mit einer Exportquote von 50 Prozent braucht die bayerische Wirtschaft dauerhaft gute internationale Luftverkehrsverbindungen. Im Sommer 2012 weist der Münchner Flugplan im regelmäßigen Flugverkehr insgesamt 215 Ziele in 61 Länder aus. Eine solche Vielfalt lässt sich nur über einen Drehkreuzverkehr darstellen. Nur durch die mit der Dritten Bahn verbundenen Wachstumsmöglichkeiten für die hier ansässigen weltweit agierenden Fluggesellschaften kann der Flughafen München seine Funktion als Hub von europäischem Rang auch in Zukunft behaupten“, bekräftigte Zeil. DK



Gaben den Startschuss für das Online-Magazin des Landkreises Donau-Ries: V.l. Regionalmanager Klemens Heining, Günther Zwerger, Leiter der Stabsstelle Kreisentwicklung am Landratsamt Donau-Ries, Landrat Stefan Rößle sowie von der Agentur DesignKonzept in Mertingen Schwabens IHK-Vizepräsident Jürgen Schmidt und Michael Pauer.

## 1.600 Besucher in einem Monat

Bilanz des Onlinemagazins: Viele Zugriffe auf die neue Internetbroschüre des Landkreises Donau-Ries

Einen Monat nach dem Startschuss des Onlinemagazins des Landkreises Donau-Ries liegt die erste Bilanz vor. „Bisher haben bereits über 1.600 Personen das Onlinemagazin betrachtet und 37.000 Mal Seiten des Onlinemagazins aufgerufen“, gab Günther Zwerger, Leiter der Stabsstelle Kreisentwicklung, bekannt.

Regionalmanager und Projektleiter Klemens Heining freut sich über das rege Interesse des Magazins: „Wir wollen jetzt weitere Partner einbinden und bis Oktober das Magazin drucken lassen, um noch mehr Bürgerinnen und Bürger zu erreichen.“

Unter der Webadresse [www.emagazin-donau-ries.de](http://www.emagazin-donau-ries.de) kann das Onlinemagazin abgerufen werden. Über eine App kann auch von einem Smartphone und ei-

nem Tablet zugegriffen werden.

Das Onlinemagazin ist ein Projekt der landkreisweiten Imagekampagne. Ziel der Kampagne ist es, „den Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, in welcher lebens- und liebenswerten Region sie wohnen“, betont Landrat Stefan Rößle. Neben dem Onlinemagazin wirbt der Landkreis auch mit einer Plakatkampagne, Radio- und Kinowerbung für die Region.

## Neues Institut in Deggendorf

Kommunikation kann man lernen – zum Beispiel an der Hochschule Deggendorf. Dort wurde Mitte Januar das Institut für neue Kommunikationskultur, kurz INK genannt, offiziell eröffnet. Ziel ist es, den kommunikativen Austausch in der Region zu fördern und weiterzuentwickeln. Dabei soll das Institut ein Kompetenznetzwerk zwischen wissenschaftlicher Forschung einerseits und Medienpraxis andererseits sein.

Die Region biete optimale Voraussetzungen, sich auf diesem Gebiet zu profilieren, ist Prof. Ernst Jürgens überzeugt. Er ist Leiter des Instituts und will bereits in diesem Jahr erste Projekte durchführen. Dazu zählen ein Workshop für den Poetry Slam der Stadtbibliothek, eine neue Wissenschaftssendung im Internet und Unterstützung für Lehrer, die mit ihren Schülern Internet-Fernsehen machen möchten.

Das Institut sieht sich dabei

auch als Dienstleister für Behörden, Gemeinden und Firmen. Zwei Partner sind bereits von Anfang an mit im Boot: E.ON Bayern und der örtliche Fernsehsender Donau TV.

Thomas Eckl, Geschäftsführer von Donau TV, erklärte bei der Eröffnung, dass der Sender bereits seit Jahren erfolgreich mit der Hochschule kooperiere. Mit der Gründung des Instituts sei nun ein „Dach“ für die Zusammenarbeit geschaffen worden.

## Standort- und Wirtschaftsfaktor

Wie Wirtschaftsminister Martin Zeil ausführte, habe der Münchner Flughafen sich für Bayern als ein unverzichtbarer und strategisch wichtiger Standort- und Wirtschaftsfaktor erwiesen. Seit seiner

## Optimierte Ausschreibungen

Bundesweite Präqualifizierung im Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ-VOL)

Wer vergeben will, muss ausschreiben und darf dabei nur geeignete Unternehmen bezuschlagen - eine zeit- und papieraufwändige Prozedur für Beschaffer und Unternehmen. Diese kann optimiert werden durch das in Bayern noch wenig bekannte bundesweite Präqualifizierungssystem im Liefer- und Dienstleistungsbereich, kurz PQ-VOL.

Hier werden Nachweise der Unternehmen hinterlegt und die Unternehmen in ein bundesweites Register fachkundiger, leistungsfähiger und zuverlässiger Unternehmen aufgenommen. Diejenigen Behörden, die bei ihren Vergabeverfahren die Präqualifizierung PQ-VOL anerkennen, können diese Vorteile nutzen.

So werden durch den verringerten Prüfaufwand beim Beschaffer Bürokratie und Kosten minimiert, der Zeitdruck im Vergabeverfahren reduziert, Wettbewerbsverzerrungen vermieden, die Rechtssicherheit erhöht und die Gefahr des Ausschlusses von Unternehmen im Vergabeverfahren wesentlich verkleinert.

Die vergaberechtliche Grundlage zur Nutzung von Präqualifizierungssystemen durch die öffentlichen Auftraggeber bilden der § 97 Abs. 4a GWB, sowie § 6 (4) VOL/A und § 7 EG (4) VOL/A.

Beratung und Service hierfür übernimmt das Auftragsberatungszentrum Bayern e.V. (ABZ) als Präqualifizierungsstelle für Bayern. Die Daten der erfolgreich zertifizierten Unternehmen werden an die bundesweite Datenbank [www.pq-vol.de](http://www.pq-vol.de) übermittelt und sind so von den öffentlichen Auftraggebern kostenfrei und unkompliziert einsehbar.

Bei öffentlichen Aufträgen ist das ABZ der erste Ansprechpartner. Es informiert und berät öffentliche Auftraggeber oder Unternehmen rund um das Vergaberecht. Träger des ABZ sind die bayerischen IHKs und die Arbeitsgemeinschaft der bayerischen HWKs. Gefördert wird die Institution durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft sowie durch die EU-Kommission. Das ABZ ist im bundesweiten Netzwerk der Auftragsberatungsstellen und im „Enterprise Europe Network“. Weitere Infos unter [www.abz-bayern.de](http://www.abz-bayern.de)

## Land der Ideen zeichnete Naturpark-Kampagne aus

Die gemeinsame Initiative von Wirtschaft und Bundesregierung „Deutschland - Land der Ideen“ will all jene sichtbar werden lassen, die in Deutschland Innovation, Erfindergeist und Einfallsreichtum leben. Jetzt zeichnete die Initiative die Kampagne „Mein Naturpark“ aus.

Die heimische Bundestagsabgeordnete und tourismuspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Marlene Mortler, gratulierte bei der Festveranstaltung in Berlin. „Allein in meiner fränkischen Heimat entfallen rund 15.000 qkm Fläche auf Naturparke wie Altmühltal, Fränkische Schweiz-Veldensteiner Forst oder Haßberge. Die Kampagne „Mein Naturpark“ ist eine prima Idee, um auf die Schätze der Natur vor unserer Haustür aufmerksam zu machen.“

Naturparke fördern Mortler zufolge einen nachhaltigen, umweltverträglichen Tourismus in den betreffenden Regionen. Sie böten als

Urlaubsziel vielfältige Reiseanlässe. Mortler: „Ob wandern, Rad- oder Kanufahren, gerade im ländlichen Raum sind sie hervorragende Urlaubsangebote für in- und ausländische Gäste.“ Naturparke sensibilisierten zudem eine breite Öffentlichkeit für den Wert einer intakten Natur und einen sorgsam Umgang mit der Schöpfung. Die Politikerin regte an, die Chancen, einzigartige, regionale Erzeugnisse gezielt in den bundesweit 104 Naturparken zu vermarkten, weiter auszuschöpfen. Als zu meist mit barrierefreien Angeboten ausgestattete Reiseziele seien Naturparke leider noch viel zu oft ein Geheimtipp.

## Studie der TU München:

## Arbeits- und Lebensgestaltung in der Zukunft

Nur 25 Prozent der Männer und 10 Prozent der Frauen mit derzeitiger Rollenverteilung einverstanden

Die gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie steht für immer mehr Beschäftigte im Mittelpunkt. Die Umsetzung der so genannten Work-Life-Balance wird auch für Unternehmen zunehmend wichtig, um qualifiziertes Personal zu gewinnen. Diese Trends mit Anforderungen an Gesellschaft, Unternehmen und Politik hat die TU München im Auftrag der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung untersucht. Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer: „Nur 25 Prozent der Männer und 10 Prozent der Frauen sind nach der Studie mit ihrer derzeitigen Rollenverteilung einverstanden.“

Die detaillierten Ergebnisse der Studie „Arbeits- und Lebensgestaltung der Zukunft“ stellte am 7. Mai 2012 in München Prof. Dr. Isabell Welpel vom Lehrstuhl für Strategie und Organisation der TU München vor. „Wir haben untersucht, wo Männer und Frauen in Bayern Handlungsbedarf hinsichtlich Chancengleichheit und Vereinbarkeit von Familie und Beruf sehen und welche Fördermaßnahmen von Politik und Wirtschaft anerkannt und welche abgelehnt werden.“ Dabei kommt sie zum Schluss, „dass eine Vielzahl von Maßnahmen zwar vorhanden ist, dies jedoch in der Bevölkerung häufig nur unzureichend wahrgenommen wird.“

## Mensch im Mittelpunkt

Für Bayerns Familienministerin Christine Haderthauer steht der Mensch im Mittelpunkt einer modernen Arbeits- und Familienpolitik: „Wir brauchen zukünftig bessere Chancen für modulare Lebensentwürfe durch eine Aufwertung der Lebensleistung jenseits der Erwerbstätigkeit.“

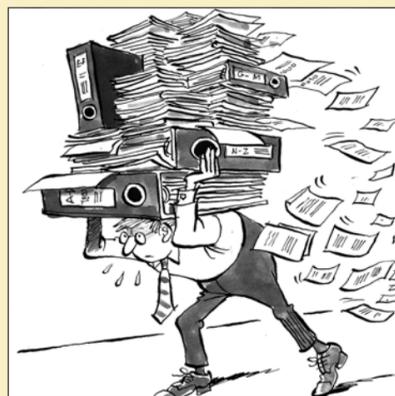
## Zeit und Infrastruktur

Die bayerische Arbeitsmarkt- und Familienpolitik will Rahmenbedingungen schaffen, damit die Menschen ihre Vorstellung von Arbeit und Familie im Lebensverlauf ohne ungerechten Chancenverlust verwirklichen können. Nach Studienergebnissen wünschen sich 89 Prozent der Frauen und 84 Prozent der Männer flexiblere Arbeitszeiten. Interessant ist auch, dass die Faktoren Zeit und Infrastruktur für die Vereinbarkeit als wichtiger angesehen werden als monetäre Leistungen.

## Beruf und Privatleben

Unternehmen haben bereits auf das veränderte Anforderungsprofil Arbeit suchender reagiert. „In Zeiten des Wettbewerbs um Talent ist die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ein zentrales Kriterium bei

## ÖFFENTLICHE AUSSCHREIBUNGEN? EINMAL ZERTIFIZIERT – IMMER LEICHTER DABEI!



[www.abz-bayern.de](http://www.abz-bayern.de)

PQ VOL

Max Aicher Arena in Inzell:

## Neues Symbol für den Eissportstandort

Pünktlich zur Eisschnelllauf-WM in Inzell wurde im vergangenen Jahr die neue Max Aicher Arena eröffnet. Die neue Halle löste das ehemalige Stadion am Zwingsee ab und ist dank ihrer weltweit einmaligen Rundumverglasung ein neues, unverwechselbares Symbol für den Eissportstandort Inzell. Die Kosten des 36 Millionen Euro teuren Bauprojekts trugen der Bund, der Freistaat, der Landkreis und die Gemeinde Inzell.

„Was lange währt, wird endlich gut“: Dieses Sprichwort könnte für das neue Stadion Pate gestanden haben, denn seit Jahren arbeiteten Sportfunktionäre und politisch Aktive auf allen Ebenen Hand in Hand für die Verwirklichung dieses Projekts. „Ohne Dach keine Zukunft für den Eislauf in Inzell“ – so einfach lautete die Formel des internationalen Sports. Wie Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer bei der Eröffnung der Max Aicher Arena betonte, „konnten wir diese Formel dank einer massiven Bundesförderung und der großen Anstrengung der heimischen Gremi-

en auflösen und ein zukunftsweisendes Stadion verwirklichen – attraktiv und funktional zugleich“. Der Bau der Eishalle sei ein Sieg für den Eisschnelllaufsport und die Region.

### Höchste Qualität

Die ehemalige Natureisanlage feierte im Oktober 1965 als witterungsunabhängige Kunsteischnelllaufbahn Premiere. Das ehemalige Freiluftstadion hatte eine insgesamt 6.600 qm große Kunsteisfläche, die mehrfach modernisiert wurde; in Vorbereitung der Saison 1985/86 erfolg-

ten weitere umfassende Ergänzungs- und Sanierungsmaßnahmen. Wettkampf- und Trainingsbereiche, Serviceeinrichtungen und Zuschauertribüne boten hinsichtlich Technik, Funktionalität und Komfort höchste Qualität.

### Weltmeisterschaften

Als die International Skating Union (ISU) Inzell im Sommer 2008 den Zuschlag für die Einzelstrecken Weltmeisterschaften im März 2011 erteilte, wurde vorausgesetzt, dass die Freiluftbahn ein Dach bekommt. Die Überdachung und Einhausung der 400 Meter langen Eisschnelllaufbahn mit einem Innenradius von 21 Metern und einem Außenradius von 33 Metern, die in zwei Wettkampfbahnen und eine Trainingsbahn von je vier Metern Breite unterteilt ist und

eine Länge der Geraden von 113,57 Metern hat, war ohnehin schon anvisiert worden.

Im Sommer 2009, als die Planungen für das 36 Millionen Euro teure Projekt schon in vollem Gange waren, gab die Bayerische Staatsregierung grünes Licht für den Bau der Eishalle. Im August 2009 wurde mit dem Abriss der überdachten Tribüne, des damaligen Hotels- und Eingangsbereiches begonnen und bereits eineinhalb Jahre später wurde die Einzelstrecken-WM im Eisschnelllauf in der neuen Eisarena durchgeführt. Die 200 mal 90 Meter große Halle verfügt über bis zu 7000 Zuschauerplätze.

### „Schnellstes Eis der Welt“

Ziel des Baukonzepts war es, das „schnellste Eis der Welt“ zu erzeugen und gleichzeitig den Kälte-, Wärme- und Strombedarf zu minimieren. Dafür sorgen neben der Rundumverglasung der Fassade 17 Oberlichter, die optimale Tageslichtversorgung im Halleninneren gewährleisten und eine freundlich-helle Trainingsatmosphäre schaffen.

Das intelligente Energie-, Tageslicht- und Raumklimakonzept ermöglicht darüber hinaus einen deutlich reduzierten Stromverbrauch und damit einen nachhaltigen, wirtschaftlichen Hallenbetrieb. Selbst die für Inzell typischen schneereichen Winter lassen die beauftragten Architekten Stefan Behnisch und Göran Pohl „kalt“. Das stützenlos geplante Dachtragwerk der Halle ist auf eine Schneelast von 7.000 Tonnen ausgelegt.

### Touristischer Aufschwung

„Die Eishalle ist natürlich kein Selbstläufer, es gibt noch viel zu tun – aber wir sind überzeugt und sehen es auch bereits heute, dass das neue Stadion einen deutlichen touristischen Aufschwung für Inzell bringen wird“, freute sich Inzells 1. Bürgermeister Martin Hobmeier bei der Halleneröffnung. Und der erste Vizepräsident der ISU, Gerd Zimmermann – selbst ein Inzeller – zeigte sich überzeugt: „Mit der neuen Eishalle bekommen die Athleten genau die professionellen Rahmenbedingungen, die Inzells Rolle als Bundesleistungszentrum für Eisschnelllauf gerecht werden.“ **DK**

## Energiewende schon Realität

### Eigenes Heizwerk in Lauterhofen

Während landauf landab über die Energiewende diskutiert wird, ist sie in Engelsberg schon Realität. Das Dorf bei Lauterhofen verfolgt schon seit 2003 das Ziel, sich selbst mit Energie zu versorgen. Dazu wurde in Eigenregie ein Nahwärmenetz erstellt, in das die Wärme des eigenen Heizwerkes eingespeist wird. Zusätzlich erzeugt seit Mitte Dezember letzten Jahres eine neue Anlage mittels eines Holzvergaser Strom, der in das öffentliche Netz fließt. Damit beschreitet Engelsberg als eine der ersten Gemeinden in Deutschland diesen Weg.

Die Engelsberger Bürger ziehen an einem Strang, wenn es darum geht, auf regenerative Energien umzusteigen. Schon im Jahr 2003 fassten sie dazu die notwendigen Beschlüsse. Den Anfang machten sie mit einer Hackschnitzelheizung, denn die Landwirtschaft wird sehr stark durch die Holzwirtschaft geprägt. So wächst der Rohstoff zur Selbstversorgung praktisch vor der Haustüre stetig nach. Zur Realisierung des Projekts bauten die Bürger 2005 und 2006 in rund 5.000 freiwillige Arbeitsstunden ein 1.500 Meter langes Nahwärmesystem, an das 27 der 30 Häuser im Gemeindebereich angeschlossen sind.

schnitzelkessel und das holzgasbetriebene Blockheizkraftwerk sicher zu stellen. So kommen nach und nach nur noch die einheimischen Waldressourcen zur Wärmeversorgung zum Einsatz.

### Eigenständigkeit

Über ihren Weg zur eigenständigen Energieversorgung informieren die Engelsberger übrigens regelmäßig. Denn es gibt viele Dörfer und Gemeinden, in denen der Rohstoff Holz ausreichend zur Verfügung steht und die den gleichen Weg einschlagen möchten. Informationen dazu gibt es im Bauhof Lauterhofen. **□**

### Erstes Bioenergie Dorf Deutschlands

Damit wurde Engelsberg als eines der ersten Bioenergie Dörfer Deutschlands mit dem E.ON-Umweltpreis, dem Preis Dorf vital und dem Preis „zukunftsfähige Landnutzung“ ausgezeichnet. Davon motiviert, wollten die Engelsberger noch einen Schritt weiter gehen. „Unser Wunsch war es, nicht nur Wärme sondern auch Strom aus Holz zu erzeugen“, so 2. Bürgermeister Michael Gottschalk und Willi Locker von der Marktgemeinde Lauterhofen. „Wenn die Technik so weit ist, wollen wir das machen“, waren sich die Bürger einig.

### Joos-Vergaser

Nun steht die Technologie bereit. Eine Firma aus dem Niederbayerischen Neufahrn entwickelte dazu eine Holz-Kraft-Anlage mit dem sogenannten Joos-Vergaser zur Serienreife. Der Vergaser beruht technologisch auf dem Prinzip des Holzvergaser, mit dem schon in den 50er Jahren Autos angetrieben wurden. Das Prinzip besteht darin, Holz zu vergasen und dieses, wie Gas das sonst aus der Leitung bezogen wird, in einem Motor zu verbrennen. Der Motor erzeugt Strom und die Abwärme wird über Wärmetauscher zum Heizen der Häuser verwendet.

### Holzgas aus Waldhackschnitzeln

Im Dezember 2011 erweiterten die Engelsberger ihre Versorgung um eine Holz-Kraft-Anlage der Firma. Darin wird aus naturbelassenen Waldhackschnitzeln Holzgas gewonnen, aus dem in einem Blockheizkraftwerk Strom und Wärme erzeugt wird. So schlagen die Engelsberger zwei Fliegen mit einer Klappe. Zum einen erhalten sie für den eingespeisten Strom Vergütungen nach dem Erneuerbaren Energien Gesetz und andererseits wird die anfallende Wärme zusätzlich in das bestehende Nahwärmenetz eingespeist. Die Engelsberger erzeugen dreimal mehr Strom als im Dorf verbraucht wird.

### Reserve-Ölheizung

In der Zukunft will das Bioenergie Dorf die Reserve-Ölheizung nur noch bei absoluten Spitzenlasten befeuern und die Wärmeversorgung durch den Hack-



### CSU-Kreisverbandstreffen in Karlsbad

Anfang Mai trafen sich die Vorstandsmitglieder des CSU-Kreisverbandes Nürnberg-Süd, teilweise mit Familien, in Loket (Kreis Karlsbad, Tschechien). Mit der Fortsetzung der Beratungen aus den Arbeitskreisen Familie und Bildung, Lokale Identität, Bürgerservice und Sicherheit, Verkehr und Wirtschaft wurden weitere Ziele im Detail für die nächsten Wahlen erarbeitet. Auf diesen Grundlagen werden sechs regionale Veranstaltungen für und mit den Bürgern vorbereitet. Dass dabei auch ein Treffen mit dem Bürgermeister und Stadträten aus Loket stattfand, war eine Selbstverständlichkeit. So wurde regionale Politik mit europäischer, politischer Nachbarschaft verbunden. Gemeinsame Geselligkeit und ein historischer Stadtrundgang mit Burgbesichtigung rundeten die Tagung ab. Auf dieser Grundlage wollen die Verantwortlichen des Kreisverbandes Nürnberg-Süd mit dem Vorsitzenden, Stadtrat Andreas Kriegelstein, die nächsten Wochen und Monate vor Ort gestalten. Die Ortsvorsitzenden aus den Stadtteilen von Fischbach über Langwasser, Zollhaus, Gartenstadt, Kornburg, Worzeldorf, Katzwang bis Reichelsdorf waren mit den örtlichen Themen vertreten. Organisatorisch war die Tagung bei Jürgen Jordan und Dr. Blanka Jordanova in besten Händen. **□**

## Zehn Millionen Kilowattstunden

Landkreis Schweinfurt:  
Biomüllvergärungsanlage bewährt sich

Diese Tage hat Unterfrankens erste Biomüllvergärungsanlage die zehnmillionste Kilowattstunde Strom ins Netz eingespeist: Die Anlage des Landkreises Schweinfurt deckt damit seit vier Jahren „den Strombedarf von etwa eintausend Privathaushalten“, sagte Landrat Harald Leitherer im Rahmen einer kleinen Feierstunde am Abfallwirtschaftszentrum Rothmühle.

Vor 23 Jahren hatte der Landkreis Schweinfurt als erster Landkreis in Bayern die Biotonne eingeführt und aus dem Biomüll der Haushalte gütegesicherten Kompost hergestellt. Im April 2008 hat der Landkreis Schweinfurt dann Unterfrankens erste Biomüllvergärungsanlage offiziell eingeweiht.

### Abwärmenutzung

Die Anlage auf dem Abfallwirtschaftszentrum Rothmühle erzeugt Strom, gleichzeitig wird auch die Abwärme genutzt, u.a. zur Beheizung des Sozialgebäudes, des benachbarten Anwesens, des Wertstoffhofes, der Werkstatt und als Prozesswärme bei der Sickerwasserreinigung. Positiver Nebeneffekt dabei ist, dass so die Kapazität der Sickerwasserreinigungsanlage gesteigert werden konnte, was die Mitbehandlung von Sickerwasser

### Optimierung

anderer Kommunen ermöglicht. Derzeit plant die Abfallwirtschaft des Landkreises Schweinfurt die Optimierung der Vergärungsanlage. Dadurch soll die Anlage künftig bis zu 1.500 Haushalte mit Strom versorgen.

### Erfolgsgeschichte

Landrat Leitherer sprach von einer „Erfolgsgeschichte“, denn mit der Errichtung der Biomüllvergärungsanlage „haben wir im Landkreis Schweinfurt unsere bereits bestehenden Aktivitäten in Bereich des Klimaschutzes, wie die Verstromung des Deponiegases und die Sonnenenergienutzung durch die Freifeldphotovoltaikanlage auf der Alten Deponie Bergheinfeld, fortgeführt.“ Die alternative Energieerzeugung



Im April 2008 hat der Landkreis Schweinfurt Unterfrankens erste Biomüllvergärungsanlage eingeweiht. Nun hat die Anlage die zehnmillionste Kilowattstunde Strom ins Netz eingespeist. **□**

gung hat am Abfallwirtschaftszentrum Tradition. Bereits 1989 wurde das Deponiegas verstromt. „Bis zum heutigen Tag konnten so allein aus dem Deponiegas über 50 Millionen Kilowattstunden Strom erzeugt werden, was einem Energiegehalt von fünf Millionen Litern Heizöl entspricht“, sagte Leitherer.

### Energie aus Haus- und Sperrmüll

Selbst aus dem normalen Hausmüll und Sperrmüll wird nutzbare Energie gewonnen: Der Abfall der Bürgerinnen und Bürger des Landkreises Schweinfurt ersetzt im Gemeinschaftskraft-

werk Schweinfurt zirka 2.750 Tonnen Kohle pro Jahr.

### Energetische Verwertung

Seit einigen Jahren erfasst der Landkreis auch das Sperrmüllholz getrennt und führt es einer energetischen Verwertung zu: In der Spanplattenherstellung werden durch das Sperrmüllholz etwa 819.000 Liter Heizöl ersetzt. Auch das gesiebte Häckselmaterial wird in Biomasseheizkraftwerken verwertet – jährlich über 3.000 Kubikmeter. Das Häckselmaterial dient als Energieträger für die Erzeugung von Strom und Nachwärme. **□**

### BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:  
Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:  
Otto Ammon

Redaktion:  
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)  
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst  
Jakob Döring  
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:  
Lutz Robmann (Landtag)  
Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)  
Christiane Juckack (KPV)  
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:  
Constanze von Hassel (verantwortlich),  
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 46 vom 01.01.2011

Anzeigenschlusstermine:  
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:  
22 Ausgaben jährlich  
(mit zwei Doppelausgaben);  
Jahresbezugspreis Inland:  
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:  
(Abrechnung über eine Adresse)  
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:  
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:  
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags  
und aller verantwortlichen Personen:  
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH  
Postanschrift:  
Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:  
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried  
Telefon 08171 / 9307-11  
Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de  
Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:  
Sparkasse Dillingen  
Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank  
Füssen-Pfronten-Nesselwang  
Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:  
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH, Geschäftsführerinnen:  
Anne-Marie von Hassel  
Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:  
Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG  
Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg  
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land – Traunstein:

## Energielandschaft im Umbruch

Das Thema „Energielandschaft im Umbruch - kommunale Entwicklungsmöglichkeiten“ stand beim EuRegio-Rat in Oberndorf bei Salzburg im Zentrum der Diskussion. Wie der Präsident der EuRegio Salzburg - Berchtesgadener Land - Traunstein, Landrat Georg Grabner, vor Vertretern aus den Mitgliedsgemeinden und Ehrengästen feststellte, könnten und müssen die Gemeinden und Regionen bei der Umstellung von fossilen Brennstoffen und Atomstrom auf erneuerbare Energien einen wichtigen Beitrag leisten.

Energieeinsparung sei der erste wichtige Schritt, jedoch „müssen wir uns auch Beispiele und modellhafte Vorgehensweisen aus der eigenen EuRegio sowie aus anderen Regionen ansehen, wenn es um die Nutzung erneuerbarer Energieträger, um die intelligente Verknüpfung von Stromproduktion und individuellem Verbrauch und um die Energieberatung für den Bürger geht“, betonte Grabner.

### Regionale Energieagentur

Die Rolle und Aufgaben einer regionalen Energieagentur beleuchtete Dr. Thorsten Böhm vom Energie- und Umweltzentrum Allgäu eza aus Kempten. Die 1998 gegründete eza mit derzeit 35 Mitarbeitern hat sich in erster Linie die Energieberatung für Privatpersonen bei Neubauten und der Sanierung von Altbauten auf ihre Fahnen geschrieben. Das Augenmerk liegt zudem auf der effizienten Energienutzung.

### Bildungskurse

Darüber hinaus werden Böhm zufolge Bildungskurse zu unterschiedlichen Themen für Energieberater, Planer oder Hausmeister ebenso angeboten wie etwa ein Energiemanagement, um den Energieverbrauch in Liegenschaften zu reduzieren. Zudem

unterstützt und begleitet eza Landkreise, Städte und Gemeinden bei der Erstellung und Umsetzung von Klimaschutzkonzepten. Mittlerweile benötigt das Energie- und Umweltzentrum Allgäu nur noch fünf Prozent seines Kapitalbedarfs von den Anteilseignern, der Rest wird über Eigenbudget bestritten. Mit mehreren Partnern in Vorarlberg wird zusätzlich an grenzüberschreitenden Projekten gearbeitet wie etwa im Servicepaket „Nachhaltig Bauen und Sanieren“.

### Modellvorhaben

Von einem Modellvorhaben in der österreichischen EuRegio-Gemeinde Köstendorf berichtete Michael Streb, Leiter des Bereiches Netze bei der Salzburg AG. Ausgehend von einem Zehn-Punkte-Programm der Salzburg AG zur Energiewende in Salzburg werden dort gemeinsam mit der Bevölkerung intelligente Netze, sog. smart grids aufgebaut. Auf jedem zweiten Dach soll eine Fotovoltaikanlage installiert werden und in jeder zweiten Garage ein Elektroauto stehen.

### Komfort

Ohne Komfortverlust soll für die Kunden Stromangebot und -nachfrage in Einklang gebracht werden. Der Klima- und Ener-

giefonds, das Land Salzburg und Electrodrive Salzburg fördern das Modellprojekt. Der Eigenanteil pro Teilnehmer beträgt zwischen 3.000 und 5.000 Euro. Alle verfügbaren Anlagen sind laut Streb bereits vergeben.

### Sanierung

Aktuelle Überlegungen seines Unternehmens zur Sanierung und energetischen Nutzung der Unteren Salzach präsentierte Herfried Harreiter von der Österreichisch-Bayerische Kraftwerke AG (ÖBK). Die ÖBK, je zur Hälfte im Besitz von E.ON und der österreichischen Verbund AG, verfolgt das Ziel der energetischen Nutzung der Wasserkraft an den Grenzflüssen Inn, Salzach und Saalach. Nachdem die Regulierung der Salzach zu massiven Eintiefungen mit drohendem und teilweise bereits erfolgtem Sohlbruch führte, schlägt die ÖBK für das Tittmoninger und das Freilassing Becken Maßnahmen vor, die die Sanierung des Flusses und die Energienutzung kombinieren.

### Fließgewässerkraftwerk

Während im Freilassing Becken ein Querbauwerk mit beweglichen Erzeugungsmodulen geplant ist, könnte im Tittmoninger Becken ein Fließgewässerkraftwerk als Teil der wasserwirtschaftlichen Sanierung an bis zu drei Standorten realisiert werden. Sowohl die Maßnahme im Freilassing als auch die im Tittmoninger Becken würde den jährlichen Strombedarf von jeweils ca. 25.000 Haushalten abdecken, informierte Harreiter. **DK**



Singen gemeinsam das Lied der Franken (von links): Annemarie Mauer, MdB Thomas Silberhorn, MdL Hans Herold mit Ehefrau Alexandra, Bezirksrat Marco Kistner, Staatsminister Joachim Herrmann, Bundesminister a. D. Michael Glos, MdEP Dr. Anja Weisgerber, Landrat Dr. Ulrich Reuter, Staatssekretär Gerhard Eck und MdL Heinrich Rudrof. **Bild: PM**

## CSU-Familientag am Dreifrankenstein

Wieder viel Zuspruch beim zwölften Drei-Franken-Treffen der CSU

„Europa ist mehr als Wechselkurse und Währungsfragen“, so der Bayerische Staatsminister des Innern, Joachim Herrmann. „Bei der Zukunft Europas geht es um die Erhaltung ethischer Fundamente, um das Bekenntnis zu christlichen Traditionen und zu Toleranz. Intoleranz werden wir nicht durchgehen lassen“. Beim diesjährigen Drei-Franken-Treffen der CSU am Dreifrankenstein inmitten der Flur am Schnittpunkt der drei fränkischen Regierungsbezirke in der Nähe von Burghaslach waren sich alle Redner einig: Bayern braucht ein starkes Franken und insgesamt stark zu sein.

Im Steigerwald trafen sich bereits zum zwölften Mal in Folge die CSU-Bezirksverbände Ober-, Mittel- und Unterfranken an Christi Himmelfahrt zum Wandern oder Rad fahren, zum Politisieren und Gedankenaustausch, aber auch zum Musizieren und Singen. Nach den Worten des mittelfränkischen CSU-Bezirksvorsitzenden Herrmann steht

Bayern nicht nur für Sicherheit und Freiheit, im Freistaat lasse es sich mit niedrigster Arbeitslosigkeit und hohem Wirtschaftswachstum auch ausgesprochen gut leben.

### Richtige Weichenstellung

„Das haben die fleißigen Menschen hart erarbeitet, zeigt aber

auch, dass die politischen Führungen in Deutschland und Bayern die Weichen richtig gestellt haben“.

Traditionell gab es wieder geistliche Worte zur Bedeutung des Feiertages Christi Himmelfahrt und übereinstimmend wurde betont, dass CDU und CSU inzwischen die einzigen Parteien in Deutschland sind, welche sich christlicher Traditionen besinnen und in diesem Sinne auch verantwortlich die Zukunft gestalten.

### Höchstmögliche Sicherheit

Der unterfränkische Bezirksvorsitzende, Staatssekretär Gerhard Eck, bezeichnete Franken als eine der schönsten Regionen

## GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„So, jetzt ist wieder Pfingsten, da fahren die Sudetendeutschen zu ihrem Heimattreffen, und ich freue mich schon auf das traditionelle Abschiedsfest.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hakte zufrieden den Termin am Donnerstagabend im Terminkalender ab.

So wie es gute Tradition ist, dass sich die Heimatvertriebenen aus dem Sudetenland jedes Jahr zu Pfingsten in einer bayerischen Stadt beim Sudetendeutschen Tag, kurz ST, treffen, um ihr Wiedersehen zu feiern und die Erinnerung an die alte Heimat wach zu halten, so ist es Brauch in unserer Stadt, dass die „ST-Fahrer“ und die Daheimgebliebenen einen zünftigen Abschied feiern und den Bürgermeister dazu einladen.

Mein Chef gehört zwar nicht zu denjenigen, deren Eltern nach dem Zweiten Weltkrieg gewaltsam aus ihrer Heimat vertrieben wurden.



keit und vor allem Identifikation mit dem eigenen Produkt, kann man nur mit Bewunderung und Dankbarkeit auf diese Pionier-Generation blicken, die im für sie fremden Westen ihre wirtschaftliche Basis neu geordnet haben.

Die Tatkraft dieser Menschen fasziniert bis heute, ihre positive Haltung trotz der schrecklichen Verluste nötigt unheimlichen Respekt ab. Sie haben nicht auf Hilfe gewartet, sondern sich selbst geholfen und damit ihren entscheidenden Anteil daran, dass unser Land nicht im Elend verharrte und in Passivität, sondern aktiv den heute selbstverständlich scheinenden Wohlstand aufbaute. Erst spät, im Alter und nach langen Jahren des Kennenlernens und Vertrauens haben sich einige dem Chef geöffnet. Er erkannte, dass viele dieser bewunderten Motoren des Wiederaufbaus Traumata zu verarbeiten hatten, die für zwei oder mehr Menschenleben gereicht hätten. Manche nahmen ihre Erinnerungen unbewältigt mit ins Grab.

Viele dieser Menschen sind für meinen Chef zum Vorbild geworden, auch wenn sich seine Eltern manchmal über deren Sprache mokiert haben, über die angeblichen Wohltaten durch den Lastenausgleich und was es sonst nicht alles gab, an dem sich die Einheimischen im Verhältnis zu den hierher Verschlagenen reiben konnten. Wenn man von einem Wunder sprechen kann, dann dass heute „die“ und „uns“ (wohlgemerkt: von welcher Seite aus man das immer sieht!) nichts mehr trennt und unterscheidet.

Mein Chef, der Bürgermeister, versteht nicht, warum wir in unserem Land die Leistungen der Heimatvertriebenen nicht stärker würdigen – und warum wir ihren Integrationswillen und ihren Weg, sich ein neues Zuhause zu bauen, nicht auch denen als Vorbild anbieten, die heute freiwillig zu uns ziehen. Wichtig wäre, endlich einen nationalen Gedenktag für die Vertriebenen einzuführen, der sie ehrt, ohne andere zu verletzen. Zur Bekräftigung schicke ich ihm einen Satz des Ostpreußen Ernst Wichert aufs Handy: „In der Fremde erfährt man, was die Heimat Wert ist.“

## Sehnsucht nach dem Verlorenen

Aber er fühlt sich dieser Gruppe in unserer Stadt persönlich sehr verbunden, unabhängig davon, ob es sich um Sudetendeutsche, Schlesier, Ost- oder Westpreußen, Karpaten- oder Buchenlanddeutsche, Siebenbürger Sachsen oder Donauschwaben handelt. Dazu haben natürlich in erster Linie die vielen persönlichen Begegnungen mit Heimatvertriebenen beigetragen, etwa mit Lehrern in seiner Jugend, die faszinierend von zauberhaften Landschaften und prächtigen Städten zu erzählen wussten, die für ihn damals so unerreichbar waren wie der Mond, da jenseits des Eisernen Vorhangs gelegen.

In diesen Menschen, die die Heimat zurücklassen mussten, spiegelte sich die Sehnsucht nach dem Verlorenen ebenso wie in ihnen der Wille loderte, sich dort, wo sie unfreiwillig eine zweite Heimat gefunden hatten, eine neue, dauerhafte und sichere Existenz aufzubauen.

So geht auch in unserem Städtchen ein großer Teil dessen, was später so schön Wirtschaftswunder genannt wurde, auf das Konto von Heimatvertriebenen. Da aber wirtschaftlicher Erfolg nichts mit Wundern zu tun hat, sondern nur mit solidem Know-how, beständiger Innovationsbereitschaft, harter Arbeit, diszipliniertem Fleiß, (in der Aufbauphase jedenfalls) eiserner Sparsam-

the Sabriul

Europas. „Das fränkische Land bietet eine gute Zukunft mit höchstmöglicher Sicherheit, einem der Markenzeichen der CSU im Bund und im Freistaat“. Mit großem Dank bedacht wurde der frühere Bundesminister und unterfränkische Ehrenbezirksvorsitzende Michael Glos nicht nur für die Initiative zum Drei-Franken-Treffen, sondern auch für seine großartigen jahrzehntelangen Leistungen für die gemeinsame Heimat, für Bayern und Deutschland.

### Grüße vom Innenminister

Der stellvertretende oberfränkische Bezirksvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Thomas Silberhorn überbrachte die Grüße von Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich, dem Bezirksvorsitzenden der oberfränkischen CSU, der sich in diesen Stunden bei der Innenministerkonferenz befand.

### Gedankenaustausch

Unter organisatorischer Federführung der Geiselwinder CSU mit ihrer Vorsitzenden und 2. Bürgermeisterin Annemarie Mauer an der Spitze, gab es beim Drei-Franken-Treffen auch diesmal wieder Stoff genug für intensiven Gedankenaustausch, zum Beispiel mit der Europaabgeordneten Dr. Anja Weisgerber, den Landtagsabgeordneten Heinrich Rudrof und Hans Herold, Bezirksrat Marco Kistner, Landrat Dr. Ulrich Reuter und vielen weiteren Repräsentanten der CSU aller politischen Ebenen. Das Lied der Franken durfte traditionell nicht fehlen, mit Elan intoniert von der Bläserklasse 3-Franken-Eck. **PM**



Mittelfrankens Bezirkstagspräsident begrüßwünscht Frankreichs neuen Präsidenten

François Hollande stammt aus Mittelfrankens Partnerregion Limousin Ansbach. Mit François Hollande hat Frankreich jetzt einen Staatspräsidenten, der seit Jahren der Regionalpartnerschaft zwischen dem Bezirk Mittelfranken und der Region Limousin verbunden ist.

„Ich freue mich für François Hollande, beglückwünsche ihn zum höchsten französischen Staatsamt und wünsche ihm für die nächsten fünf Jahre viel Kraft, Gesundheit und politisches Geschick“, so Mittelfrankens Bezirkstagspräsident Richard Bartsch in einer ersten Stellungnahme zum Wahlsiegs Hollandes.

Seit 2008 ist der 57-jährige Sozialist Präsident des Generalrates des Départements Corrèze in Mittelfrankens französischer Partnerregion Limousin. Außerdem war er viele Jahre Bürgermeister der dortigen Hauptstadt Tulle (16.900 Einwohner). Das Département Corrèze ist seit 1994 eines der drei Partnerdépartements des Bezirks Mittelfranken im Limousin. Unter dem Dach der Regionalpartnerschaft zwischen Mittelfranken und dem Limousin gibt es inzwischen 30 Kommunalpartnerschaften, davon elf mit Gemeinden im Département Corrèze. Die jüngste Partnerschaft zwischen der Gemeinde Flachslanden im Landkreis Ansbach und den beiden Orten Cornil und Sainte-Fortunade wurde im Oktober letzten Jahres besiegelt. François Hollande ist nach Jacques Chirac bereits der zweite französische Staatspräsident, dessen Wurzeln im mittelfränkischen Partnerdépartement Corrèze liegen.

Das Foto zeigt Staatspräsident Hollande (rechts) im Gespräch mit Bezirkstagspräsident Richard Bartsch. Anlass waren die Feierlichkeiten zum 15-jährigen Bestehen der Partnerschaft zwischen Mittelfranken und dem Département Corrèze, die im Herbst 2010 in Tulle stattfanden. **□**

# Ehrenbürgerwürde des Landkreises Krakau

Zeichen guter deutsch-polnischer Freundschaft

Der Ort hätte nicht besser gewählt werden können. Im Fontana-Saal im Palais Krzysztofory am Marktplatz in Krakau wurde jüngst in einer feierlichen Kreistagssitzung Landrätin Johanna Rumschöttel die Ehrenbürgerwürde des Landkreises Krakau verliehen.

Der Saal selbst ist dem Schutzheiligen Christopherus geweiht. Der Heilige der Brücken und Reisenden hat es auch mit der Delegation aus München gut gemeint, welche zuvor nach einer langen Reise gut in Krakau ankam. In der Kreistagssitzung sprach der Kreistagspräsident Tadeusz Nabaglo von den Brücken, die zwischen den beiden Landkreisen geschlossen worden sind. Er dankte der Landrätin für ihr großes Engagement für diese Partnerschaft. Besonders in der Not, wie beispielsweise bei dem Hochwasser 2010 im Landkreis Krakau, habe sich die Solidarität zwischen den Landkreisen Krakau und München gezeigt. Aus Nachbarschaft wurde Partnerschaft und aus Partnerschaft Freundschaft!

## Anerkennung

„Zu Besuch bei Freunden, das ist einfach schön“, sagte Landrätin Johanna Rumschöttel. Sie bedankte sich persönlich, vor allem aber im Namen aller, die diese Partnerschaft initiiert, aufgebaut und mit Leben erfüllt hätten, sowie im Namen des Landkreises für die Ehrenbürgerwürde. Es sei eine glückliche Fügung des Terminkalenders, dass diese Feier einen Tag nach dem Europatag des Jahres 2012 stattfände. Die deutsch-polnische Freundschaft sei ein Teil des Hauses Europa. Mit großer Freude, besonders aber mit Bescheidenheit und in Demut nehme sie, so die Landrätin, die Würde einer Ehrenbür-

gerin des Landkreises Krakau entgegen. Sie sehe die Auszeichnung als Anerkennung für das bereits Erreichte und als Verpflichtung für den Landkreis München und sich persönlich, sich weiter mit voller Kraft für die Partnerschaft einzusetzen.

In derselben Feier wurde auch die polnische Generalkonsulin in München, Elzbieta Sobótka mit der Ehrenbürgerwürde des Landkreises Krakau ausgezeichnet. Auch sie habe sich beispielhaft für



„Zu Besuch bei Freunden“ im Partnerlandkreis Krakau. In der Mitte Münchens Landrätin Johanna Rumschöttel und Landrat Józef Krzyworzeka.

die Partnerschaft zwischen Krakau und München eingesetzt. Eine Besonderheit auch für den Landkreis Krakau, der noch niemals zuvor diese seltene und hohe Auszeichnung gleichzeitig an zwei Personen verliehen hatte und

hierfür extra seine Ehrungssatzung ändern musste. Auch schon im Dezember des Vorjahres wurden beide Preisträgerinnen vom zweiten polnischen Partnerlandkreis mit der Perle des Landkreises Wieliczka ausgezeichnet.

# „Klinik am Greinberg“ schließt Versorgungslücke

Spezialeinrichtung für schwer- und mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche mit psychischer Erkrankung in Würzburg

Mit einem feierlichen Festakt ist die „Klinik am Greinberg“ eröffnet worden. Bezirksstagspräsident Erwin Dotzel erklärte in seiner Begrüßung, er sei sehr glücklich, „dass wir nun eine Versorgungslücke schließen können – zumindest für Nordbayern“. Die neue Klinik ist eine Spezialeinrichtung für schwer- und mehrfach behinderte Kinder und Jugendliche mit psychischer Erkrankung, für die bislang in Bayern keine entsprechende stationäre Einrichtung zur Verfügung stand. Die Klinik in der Trägerschaft des Bezirk Unterfranken und in Kooperation mit der Uni-Klinik befindet sich auf dem Gelände der Blindeninstitutsstiftung Würzburg.

„Die Eröffnung dieser Klinik bedeute das Ende eines langen Weges“, sagte der Bezirksstagspräsident in seiner Ansprache weiter. Im Mai 2007 habe der Krankenhausausschuss für Nordbayern einen Bedarf von 15 Betten festgestellt, und im darauffolgenden Monat habe der Bezirk

mit den örtlichen Kostenträgern eine Vorvereinbarung über ein künftiges Budget abgeschlossen. Anfang 2008 sei dann im Bau- und Umweltausschuss des Bezirksstags der Grundsatzbeschluss zum Bau dieser Spezialeinrichtung gefallen. „Nach intensiven Verhandlungen mit möglichen Kooperationspartnern und nach Durchführung der notwendigen Genehmigungsverfahren konnten wir am 21. September 2010 den ersten Spatenstich begeben“, erinnerte Dotzel. Am 9. Juni des vergangenen Jahres sei dann das Richtfest gefeiert worden.

Der Würzburger Oberbürgermeister Georg Rosenthal dankte dem Bezirk Unterfranken und sei-

nen Vertretern. Er lobte insbesondere die Architektur, die wunderbar in die Landschaft passe. Die neue Klinik am Greinberg ergänze das medizinische Angebot Würzburgs und schließe eine Lücke in der medizinischen Versorgung, sagte das Stadtoberhaupt.

Johannes Spielmann, der Vorstand der Blindeninstitutsstiftung, sprach von einem „gemeinsamen Traum vieler Würzburger Einrichtungen, Behörden und dem Bezirk“, der nun Wirklichkeit geworden sei. Er freue sich bereits auf die Nachbarschaft, betonte Spielmann. Endlich gäbe es einen adäquaten Ort, an dem schwer- und mehrfach behinderten Kindern und Jugendlichen mit psychischer Erkrankung geholfen werden könne, sagte Spielmann.

Direktor Hans Schöbel vom Zentrum für Körperbehinderte zitierte in seinem Grußwort aus dem Korinther-Brief: „Meine Kraft ist in den Schwachen mächtig.“ Schöbel dankte dem Bezirk Unterfranken und insbesondere dessen Präsident Erwin Dotzel

### Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegt eine **Eigenbeilage des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH** zu unserer kommunalen Energie-Fachveranstaltung „Power für Bayerns Kommunen“ bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

für seinen Einsatz. Die Klinik am Greinberg sei „sichtbarer Ausdruck des Willens zur Inklusion“, sagte Schöbel.

In Vertretung von Gesundheitsminister Marcel Huber betonte Ministerialdirigent Dr. Gerhard Knorr, die Behandlung psychischer Erkrankungen sei eine Aufgabe von hoher gesundheitspolitischer Bedeutung. Daher freue er sich sehr über den „Zuwachs in der Krankenhauslandschaft“, sagte Knorr. Auf das neue Versorgungsangebot für Nordbayern müsse man „nun im Süden eine stationäre Antwort finden“. Knorr erinnerte daran, dass der Freistaat für die Klinik am Greinberg 5,8 Millionen Euro bereitgestellt habe. „Die Kliniken können sich auch in Zukunft auf den Freistaat verlassen“, sagte der Ministerialdirigent, der seit 2008 im bayerischen Umwelt- und Gesundheitsministerium die Abteilung Krankenhausversorgung und Gesundheitschutz leitet.

Besonders unterstrich Knorr, dass der Bezirk Unterfranken auch mit Blick auf das Konzept eines „green hospitals“ vorangegangen sei. Die neue Einrichtung setzt zur Energieversorgung einen

Mix aus Geothermie, Solaranlagen und einem Blockheizkraftwerk für die Spitzenlastabdeckung ein.

Der verantwortliche Architekt des Gebäudes, Erwin Götz von der GKP-Architekten GmbH, erläuterte die Baumaßnahme. Das Gebäude verfüge über zwei Pflegestationen mit insgesamt 15 vollstationären Betten. Dazu gehöre zudem ein Diagnose-, Therapie-, Arztdienst- und Versorgungsbereich. Insgesamt umfasse die Klinik eine Gesamtfläche von 1.150 Quadratmetern.

Zum medizinischen Konzept der Klinik sagte Prof. Marcel Romanos, der seit dem 1. April dieses Jahres die Kinder- und Jugendpsychiatrie und Psychotherapie an der Universität Würzburg vertritt, die Spezialeinrichtung fasse zusammen, was eigentlich nicht zusammenzufassen sei. Diese Differenzierung erfordere individuelle Therapien.

„Die Klinik am Greinberg schafft die Voraussetzung dafür, dass dies gelingt“, betonte Romanos. Die neue Einrichtung des Bezirk Unterfranken bezeichnete er als einen „sicheren Hafen“, wenn alles gescheitert sei. mm



Mit einer Spende in Höhe von 100.000 Euro für die Stiftung „Menschenskind, Verein zur Unterstützung psychisch kranker Kinder in Würzburg und Unterfranken“, überraschte das Ehepaar Krick die Festgäste bei der Eröffnung der Klinik. Von links: Bezirksrat Dr. Peter Motsch, Robert Krick, Bezirksstagspräsident Erwin Dotzel, Margret Krick und Prof. Marcel Romanos. Foto: Mauritz

### Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 21. Juni 2012 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT für Kommunen
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Wasser · Abwasser
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge

## LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

### Abfallbehälter

BECK GmbH & Co. KG  
71364 Winnenden · Tel. 07195/69 33 00  
www.stadtmoebel.de

### Bänke

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG  
71364 Winnenden · Tel. 07195/693-111  
www.stadtmoebel.de

### Parkbänke

Zinder  
PARKBÄNKE  
Zum Moos 1a  
87772 Pfaffenhausen  
Telefon 08265/7332695  
parkbank@max-zinder.de  
www.max-zinder.de

### Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER  
05326 / 502-0  
Wartehallen  
39685 Langelsheim · www.langer-georg.de  
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

### Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

### Abzeichen

FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
www.FAHNEN-KOCH.DE eMail info@fahnen-koch.de

### Fahnen/Fahnenmasten

FAHNEN KOCH GMBH  
Querstraße 8 · Abteilung GZ  
9 6 4 0 6 C O B U R G  
Tel. 09561/55270 · Fax 552723  
eMail info@fahnen-koch.de

### Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern  
Einstieghilfen, Fallschutzsysteme  
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme  
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik  
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)82218  
Telefon: (02773)82256 · www.hailo-professional.de

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:  
**Telefon (0 8171) 93 07-13**

### Inserieren bringt Erfolg!

www.gemeindezeitung.de

### Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

### Sportgeräte

www.benz-sport.de  
ORIGINAL BENZ SPORT  
Tel. 07195 / 69 05 - 0 | Fax 07195 / 69 05 - 77 | info@benz-sport.de

### Wartung und Reinigung von Lüftungs- und Feuerungsanlagen

### Ankauf / Briefmarken

**Briefmarken-Ankauf**  
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten  
Briefmarkenauktionshaus Schulz  
Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg  
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

### Kommunale Energieberatung

KlimaKom Green City Energy  
Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen · bürgernah · handlungsorientiert  
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!  
Tel. 089/89066890 · www.klima-kommune.de  
Peter.Keller@greencity-energy.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:  
[www.twitter.com/gz\\_aktuell](http://www.twitter.com/gz_aktuell)  
[www.facebook.com/GZaktuell](http://www.facebook.com/GZaktuell)

### LRS

LÜFTUNGS-REINIGUNGS-SERVICE  
Franz Sedlmeier  
Inhaber  
Lüftungs-Reinigungs-Service  
Wolfratshäuser Straße 9a  
82049 Pullach im Isartal  
Telefon: (089) 74 44 24 98  
Fax: (089) 74 44 24 99  
E-Mail: info@l-r-service.de  
Internet: www.l-r-service.de